

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,00 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Ihre Inserations-Gebühr
 beträgt für die sechspaltige Kolonne
 je ober deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie
 Arbeitsmarkt 20 Pf. Inzerate für die
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 7. März 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3

Der Zuchthauskurs,

dessen Wesen und Zweck leuchtend im Reichstage grell beleuchtet und wie mit Röntgen-Strahlen durchleuchtet worden ist, richtet sich nicht gegen sogenannte „sozialdemokratische Ausschreitungen“, überhaupt nicht gegen die Sozialdemokratie als solche, sondern in erster Linie gegen die Gewerkschaftsbewegung, gegen alle Versuche der Arbeiterklasse, sich selbstständig zu organisieren und dem vereinzelt ohnmächtigen Arbeiter durch die Vereinigung mit seinen Massengenossen Widerstandskraft zu verleihen. Mit einem Wort: der Zuchthauskurs richtet sich gegen das Koalitionsrecht. Und da im Deutschen Reich das Koalitionsrecht ein verfassungsmäßig und gesetzlich verbrieftes Recht der Arbeiter ist, so erleben wir jetzt das widerliche und fiesche, wenn auch nicht seltene Schauspiel, daß der Zuchthauskurs, welcher sich angeblich gegen die Umsturzbestrebungen richtet, in Wirklichkeit den Umsturz des vornehmsten, den Arbeitern verfassungsmäßig und gesetzlich verbrieften Rechtes erstrebt. Es ist das ein neues Beispiel jener hodenlosen Verlogenheit, die unsere Zeit der Dekadenz auszeichnet und die von Bismarck, ihrem klaffendsten Vertreter und Träger, politische Scheuheile genannt worden ist.

Der Zuchthauskurs ist übrigens keine spezifisch deutsche Eigentümlichkeit, obgleich die Männer des Zuchthauskurses mit ihrer „nationalen“ Gesinnung sich brüsten. Allein das haben die Reaktionen aller Länder von jeher gethan; und das Wort Paul Louis Courier's: „Der nationale Patriotismus ist der Ledantel für alle volksfeindlichen Absichten und Pläne“ ist schon vor mehr als drei Vierteljahrhunderten in Frankreich geprägt worden. Und zwei Jahrzehnte früher, vor genau einem Jahrhundert, wurde von denselben Elementen, denen wir jetzt in Deutschland den Zuchthauskurs verdanken, in England der Zuchthauskurs eingeführt. Es war während der Kriege mit Frankreich, der sogenannten „Jakobinerkriege“. Die englischen Landlords — die Urbilder (freilich in größerem Maßstabe) unserer Kamme, Mirbache, Kintowströms und Konsorten — verbanden sich mit den Schloßjüngern — den Vorbildern unserer Stumm, Dohl und Konsorten — um die Arbeiter, die in ihren Gewerkschaften der wahnwitzigen, das Mark der Nation zerstörenden Ausbeutung durch die in England zuerst entwickelte maschinelle Großproduktion sich widersetzen, zu knebeln und, an Händen und Füßen gebunden, dem Kapitalismus zu überliefern. Das Recht sich zu vereinigen wurde den englischen Arbeitern durch die Anti-Combination Laws mit einem Schlag genommen, und „jeder Versuch, zum Streik anzureizen, mit Zuchthaus — hard labour (Zwangsarbeit) — bestraft, ganz wie es auf Stumm's Kommando in Deutschland geschehen soll.“

Diese Jahre Zuchthaus wurden damals verhängt, weil die Arbeiter sich an der Ausübung ihres Naturrechts nicht hindern ließen, und in dessen Vertheidigung weiter gingen, als das Gesetz es zuließ. Fast 30 Jahre dauerte das Schreckensregiment: Terrorismus der Schlot- und Landjunker — und Gewalt von unten als Antwort auf die Gewalt von oben. Die englischen Arbeiter standen aber fest; was ihnen öffentlich verboten war, thaten sie heimlich, und im Jahre 1824 war England durch den Zuchthauskurs demmaßen zerrüttet, daß die verständigen Politiker aller Parteien übereinkamen: so könne es nicht weiter gehen, wenn England nicht aus der Reihe der zivilisirten und lebensfähigen Staaten verschwinden sollte. Im Jahre 1825 wurden die Knebelgesetze vom Parlament aufgehoben. „Unabhängige“ Richter mißbrauchten zwar noch ein paar Jahrzehnte lang das Schwert und die Waage der „Justiz“ — indeß diese Herren Richter erreichten es bloß, die Arbeiterbewegung zu schädigen. Seit nahezu zwanzig Jahren ist die englische Arbeiterbewegung auch gegen Justiz-Attentate gesichert, und die Folge ist jener friedliche Verlauf der sozialpolitischen Entwicklung Englands, die unseren ostelbischen Geschäfts- und Kunstpolitikern ein unerforschliches Räthsel ist und bei ihrer hoffnungslosen Rückständigkeit wohl auch bleiben wird.

Also nicht einmal original ist der Zuchthauskurs deutscher Geldsackparteien, deutscher Industriemänner, deutscher Junkerfamilien und ihrer Werkzeuge. Nur Nachäffung und puschelhafte Nachäffung — mit der sicheren Aussicht auf noch schimpflicheres Fiasko.

Original ist nur eins: nämlich das pharisäische Geschwätz, die Arbeiter seien durch sozialistische oder sonstige Agitatoren gegen die „Arbeitswilligen“ ausgehetzt.

Als die englische Knebelakte verhängt wurde, gab es noch keinen Sozialismus, wenigstens nicht in dem modernen Sinn — und die englischen Schlot- und Landjunker, roh und brutal, wie sie waren, hatten doch zu viel Ehrlichkeit und — Bildung, um einen solchen, allen Thatsachen ins Gesicht schlagenden Unsin zu glauben und auszusprechen. Der daß der organisirten Arbeiter gegen die nicht organisirten ist so alt wie die Arbeiterorganisationen selbst. Schon bei den Chinesen, Indiern und Ägyptern — tausende von Jahren vor der christlichen Ära — finden wir Spuren dieses Hasses. Die indischen Parias sind solche Arbeiter, die keiner Organisation (Kaste) angehören — und sie werden deshalb seit Jahrtausenden allgemein verachtet. Im Mittel-

alter finden wir den Haß gegen das, was heute euphemistisch „Arbeitswilliger“ heißt, das heißt gegen den Arbeiter, der nicht mit seinen Standes- und Massengenossen zusammenhält, sondern sich auf Seite ihrer wirtschaftlichen Gegner stellt, in allen Kulturländern. In England, Frankreich, Deutschland bezeugen zahllose Schimpfworte, wie verachtet im Mittelalter und später diese Verräther an ihren Genossen waren. „Schwarze Schafe“, „räubige Schafe“, „Kauzbeine“, „schäbige Kerle“, „scabs“, „knobsticks“, und viele ähnliche Ausdrücke bekunden die Gefühle der Arbeiter für die „Ueberläufer zum Feinde“. Und wer kann sich darüber wundern? Es ist genau dasselbe Gefühl, das der Soldat gegen den Kameraden empfindet, der vor dem Feind desertirt; dasselbe Gefühl, das den Bourgeois von heute mit tödtlichem Haß den Mann verfolgen läßt, der aus den Reihen der Bourgeoisie in die der Sozialdemokratie getreten ist; dasselbe Gefühl, das, freilich mit viel weniger Recht und in viel gemeinerer Art, unsere Junker von heute gegen den braven Capribi erfüllt, weil dieser, obgleich Junker von Geburt, zu vernünftig und zu ehrlich war, das Deutsche Reich an die Junker zu verathen.

Und ein so natürliches, so selbstverständliches Gefühl will man bei den Arbeitern für das Produkt künstlicher „Verhetzung“ erklären? Es ist ja kindisch.

Darum weg mit dieser Scheuheit! Fort mit der Maske! Der Zuchthauskurs steuert auf die Anebelung und Entrechtung der Arbeiter los. Das ist sein Ziel — sein einziges Ziel. Von den Männern des Zuchthauskurses aber verlangen wir, daß sie den Ruh ihrer Ueberzeugung haben, wie weiland die Keger- und Hexenrichter. Freilich — die Keger- und Hexenrichter glaubten, was sie vertraten, und sagten, was sie dachten. Sie sündigten mit dem Geist ihrer Zeit.

Und unsere Keger- und Hexenrichter von heute — sie sündigen gegen den Geist unserer Zeit.

Politische Ueberläufer.

Berlin, den 6. März.

Veteranenfürsorge.

So lang sich die Reichstagsdebatte hinzog, so dürftig ihr Gehalt. Langausgesponnene Reden, besonders aus der Mitte und der Rechten des Hauses, die eine der anderen zum Verwechseln ähnlich.

Nicht als ob der Gegenstand selbst gleichgiltig oder unwesentlich gewesen wäre. Aber es wurde nur gesagt, was sich von selbst verstehen müßte, ohne stundenlang beredet zu werden. Allerdings gab es eine Entschuldigung für diesen Zeitverlust: die unerhörte hartnäckige Weigerung der Regierungen, einer einmüthigen Forderung des Reichstages, die zu erfüllen bei erstem Willen eine Kleinigkeit, nachzukommen.

Es handelte sich um die Versorgung der Kriegsveteranen, deren Unterstützung aus dem Reichs-Invalidenfonds nach dem Gesetz vom März 1895 durchaus unzulänglich ist und von denen ein erheblicher Theil noch gänzlich unberücksichtigt geblieben ist. Gegen diese arge Verächtlichkeit des Reiches an Männern, die im Dienste des Vaterlandes Leib und Leben daran gesetzt, wendeten sich Redner aller Parteien. Man begründete zwei Resolutionen der Budgetkommission, deren eine durch Nachtragsetat die Beihilfe von 120 Mark für alle unterstützungsberechtigten Veteranen forderte, deren andere Berücksichtigung der gesteigerten Kosten der Lebensunterhaltung für die Militärinvaliden verlangte. Da es sich um Armuth und Elend von Personen handelte, welche die bürgerlichen Parteien noch als ihre Anhängerschaft ansehen, enthüllten diese Parteien ihr Herz voll Mitleid und Besserungseifer, welche löblichen Eigenschaften ihnen fremd bleiben, so lange es sich um invalide Arbeiter handelt, die auch im Dienste der Gesamtheit Gesundheit und Leben aufs Spiel setzen. Ja, als der Staatssekretär des Reichsschatzamtes Freiherr v. Thielmann mittheilte, daß die preussische Regierung sich gegen diese Wünsche des Reichstages ablehnend verhalte, fiel manches unsanfte Worte gegen Anmaßerei und Kleinlichkeit der Regierung.

Den Standpunkt der Sozialdemokraten wahrte Singer. Er führte den anderen Parteien zu Gemüthe, daß das, was sie jetzt als nöthig für die Veteranen anerkennen und fordern, bereits bei Verathung des Reichs-Invalidegesetzes 1895 von der sozialdemokratischen Partei gefordert, daß ferner damals statt des ganz unzureichenden Satzes von 120 M. Jahresbeihilfe 360 M. verlangt worden waren. An diesem Beispiele zeige sich, wie die bürgerlichen Parteien hinter der sozialdemokratischen Partei nachhinken. Warum thun sie nicht sogleich das, was wir vorschlagen? Warum verzögern sie so die Erfüllung von Forderungen, die sie schließlich doch als berechtigt anerkennen müssen?

Den Herren in der Mitte und auf der Rechten war diese Beleuchtung ihres heißen Eifers für die Veteranen und Invaliden höchst unbequem.

Vor dieser Debatte, die mit einstimmiger Annahme der beiden Resolutionen endete, wurden der Gesandtenjour über die Errichtung eines bayerischen Senats beim obersten Militärgerichtshof in Berlin in dritter Lesung, sowie der Rest des Militärretals in zweiter Lesung bewilligt. Dienstag: Hypothekendarlehen-Gesetz, lex Feinze.

Weibliche Fabrikinspektoren in Preußen.

Im Gegensatz zu England, Frankreich, Nordamerika und vielen anderen Ländern, selbst einigen süddeutschen Staaten, besitzen wir in Preußen bisher noch keine weiblichen Fabrikinspektoren. Die gesetzgebenden Körperschaften haben sich mit dieser Frage so gut wie nicht befaßt und namentlich der Landtag hat bei der Verathung des Etats des Handelsministeriums in früheren Jahren keine Veranlassung genommen, eine so wichtige Frage auch nur zu streifen. Zum ersten Male hat sich das Abgeordnetenhaus in seiner heutigen Sitzung damit befaßt. Daß die Debatte keine erschöpfende war, versteht sich bei der einseitigen Zusammenlegung des Hauses von selbst, aber es ist doch immerhin schon als ein erfreuliches Zeichen anzusehen, wenn selbst ein so sehr in mittelalterlichen Anschauungen befangenes Parlament gezwungen wird, ein derartiges Thema zu behandeln.

Anlaß zu der Debatte gab der zum Handels-Etat gestellte Antrag Hirsch (fr. Rp.), unter dem charakteristischen Witz die Unterchriften der übrigen Mitglieder der freisinnigen Volkspartei fehlen: Das Haus wolle die Regierung ersuchen, nach dem Vorgange anderer deutscher Bundesstaaten auch in Preußen einen Versuch mit der Anstellung weiblicher Gewerbe-Aufsichtsbeamten in solchen Bezirken, wo eine große Zahl von Arbeiterinnen beschäftigt ist, zu machen.

Der Antrag ist gewiß so bescheiden wie möglich gehalten, der freisinnige Abgeordnete fordert nicht etwa prinzipiell die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren, er wünscht nur, daß die Regierung einen Versuch in dieser Hinsicht unternimmt, und auch dies nur in gewissen Bezirken. Aber selbst eine so bescheidene Forderung geht der Mehrheit des Junkerparlaments zu weit. Sogar der Sozialpolitiker des Centrums, Abg. Dr. Hise, erklärte sich nur mit der Einschränkung für den Antrag, daß ein solcher Versuch zuerst in kleinen Betrieben, z. B. im Konfektionsgewerbe gemacht werde, aber nicht in der ganzen Monarchie, sondern nur in einzelnen Distrikten.

In ähnlichem Sinne sprach sich auch der Minister Drefeld aus, der zwar nur Gemeinplätze für eine so dringende Forderung übrig hatte, aber doch dem Antrage eine gewisse Berechtigung nicht abspreschen konnte. Viel ist das ja nicht, aber für einen preussischen Minister jedenfalls schon mehr, als wir nach unseren bisherigen Erfahrungen erwarten konnten. Die Frage der weiblichen Fabrikinspektoren ist, wie der Minister ausführte, bereits seit längerer Zeit in eingehender Weise von der Regierung geprüft worden. Es seien Kommissare nach anderen Ländern entsandt, nach deren Urtheil man in England günstige, in Nordamerika aber besonders ungünstige Erfahrungen mit den weiblichen Fabrikinspektoren gemacht habe. Die Gewerbe-Inspektoren selbst seien der Ansicht, daß die weiblichen Inspektoren nicht viel nützen und daß sie dadurch keine Ersparnis an Arbeit gewinnen. Er persönlich sei der Ansicht, man solle die Frage nicht einfach von der Hand weisen. Bei der großen Zahl der weiblichen Arbeitskräfte gebe es thatsächlich eine ganze Reihe von Fragen, die eine besondere Berücksichtigung des weiblichen Geschlechtes nothwendig machen und die nicht in gleicher Weise von Männern erledigt werden könnten. Manche Fragen seien so delikater Natur, daß die Frauen sich scheuten, sich Männern anzuvertrauen, während sie keine Bedenken trügen, Frauen ihre Wünsche vorzutragen. Dies gelte nicht nur von den Großbetrieben, sondern auch von den Hausbetrieben und den Werkstätten. Die Regierung siehe ja jetzt im Begriff, die Gewerbe-Inspektion auszudehnen auf die Werkstätten, zunächst für das Konfektionsgewerbe, und gerade da wäre vielleicht in der That ein geeigneter Ort, das weibliche Element einzuführen, um die Wünsche und Beschwerden der weiblichen Arbeiter entgegenzunehmen. In Bayern und Hessen sei man mit den Frauen als Gehilfinnen und Assistentinnen der Gewerbe-Inspektoren zufrieden. Allerdings habe man in der kurzen Zeit ihrer Anstellung noch keine Erfahrung sammeln können. Er behalte sich vor, die Frage nochmals zu prüfen, sobald das Informationsmaterial vorliegt.

Allzu großen Hoffnungen werden wir uns nach dieser ministeriellen Erklärung ja nicht hingeben dürfen, denn wir wissen, in welcher Weise Herr Drefeld sein „Informationsmaterial“ verwendet hat, um die Anstellung von Arbeiterinnen als Stubenkontrollen zu bekämpfen. Und wenn der Minister sich gar erst bei den männlichen Fabrikinspektoren Rath holt, die zum großen Theile schon aus Furcht vor der weiblichen Konkurrenz nichts von weiblichen Inspektoren wissen wollen, so wird man vollends jede Hoffnung schwinden lassen müssen.

Aus der übrigen Verathung ist nur die Haltung der beiden Konservativen und der nationalliberalen Partei erwähnenswerth, deren Redner sich gegen den Antrag Hirsch, aber nach dem Vorschlage des Abg. Camp (fr.) für eine Abschwächung desselben erklärten, wonach nur weibliche Hilfsbeamte angestellt werden sollen. In einer Abstimmung kam es heute noch nicht. Es steht aber fest, daß morgen, wo die Verathung fortgesetzt wird, der Antrag Hirsch abgelehnt, der Unterantrag Camp aber angenommen werden wird.

Der heilige Paasche.

Ein Theil der liberalen Presse wendet sich gegen die „konservativ-kerikale Ausbeutung“ der Reden des Professors Paasche und des Grafen Oriola, aber — wohlgerneht — nicht gegen die Reden ihrer Parteigenossen. Im Gegentheil, das amtliche Organ der nationalliberalen Partei, die „National-liberale Korrespondenz“, erklärt, daß die Herren „sich mit berechtigter Schärfe gegen die auf das religiöse Gebiet zersiehend hinübergreifende Agitation der Sozialdemokratie“ wandten.

Die ganze possenhafte Scheuheit des Liberalismus bekundet sich in dieser „diplomatischen“ Haltung. In Wirklichkeit haben die Konservativen und Kerikalen Plätter die nationalliberalen Reden nicht „ausgebeutet“, in dem Sinne einer unberechtigten Auslegung, sondern sie haben sie einfach beim Wort genommen. In Wahrheit haben die Paasche und Oriola nur jene gebildete und besitzende Frömmigkeit reichstags-offiziell gemacht, auf die der Liberalismus jetzt Werth legt.

Das Seltsamste aber ist, daß gerade Herr Paasche als Buhprediger von Partei wegen auserselben worden ist, und

diese Personenfrage verdient noch eine Betrachtung, weil der Herr, der in seiner Trümmigkeit schier zu ersticken droht, einer der unangenehmsten und zähesten politischen Streber ist.

Herr Baasche hat freisinnig begonnen, zu einer Zeit, da der Freisinn noch kein verachtetes Unternehmen war. Er hat sich dann nach „zu seinem Vorteil“ gewandt, ohne allzu viel Gebrauch von der wissenschaftlichen Gründlichkeit zu machen, die selbst ein heutiger Professor der Nationalökonomie noch einigermaßen nötig haben soll. Baasche zieht die Bestimmungen der Wissenschaft weit vor, allerdings nur Bestimmungen im Plural, auf eine einzige läßt er sich gar nicht ein; er wäre fähig, in jedem deutschen Reichstags-Wahlkreise für eine andere Gesinnung voll und ganz und dreifach einzutreten.

Als Beamter der Wissenschaft ist Baasche ein gefährlicher Mitarbeiter von Sammelwerken, die er durch seine Beiträge nach Kräften entwertet. Von heiligen Thaten hat er bisher wenig verrathen. Er zeigte zwar ein großes Interesse für die werthvollsten Güter, aber nicht im übertragenen Sinne, sondern in dem realen der Grundstücke, für deren „Verkehr“ er seinen spekulativen Geist einsetzt. Sein Lebenswert, vielleicht seine Weltanschauung, aber lag vor seiner Heiligverdingung, — im Jücker. Er war familiär am Steigen der Jückerartien interessiert, reiste als Agent von Jückerindustriellen gelegentlich nach Amerika, und benutzte all seinen politischen Einfluß, um diesen Zweig der „nationalen Arbeit“ gedeihen zu lassen. Freilich scheiterte sein redlicher Wille an seiner national-ökonomischen Intelligenz, die ihn dazu verführte, die entgegen-gesetzten Wirkungen seiner geschäftlichen Thaten voraus- zu sehen, als dann wirklich eintreten.

Herr Baasche sah bald ein, daß er in Marburg, wo er eine ordentliche Professur inne hatte, vom Schauplatz der Weltgeschichte allzu weit entfernt war. Seine Sehnsucht war Berlin. Aber Berlin mochte ihn nicht. So begnügte er sich mit Charlottenburg. Von Marburg bezog er nur sein Gehalt, las aber dort nicht mehr. Und er sagte mit nicht zu er- müdender Hartnäckigkeit so lange in der Charlottenburger technischen Hochschule Poisto, bis endlich an dieser Anstalt eigens für ihn eine ordentliche Professur errichtet worden ist.

Ist damit Baasche's Laufbahn abgeschlossen? Wenn man Wissen, Fähigkeit, Charakter für notwendige Bedingungen des Vorwärtstommens hält, so ist schon das bisher von ihm Erreichte ein Märchen. Aber die Gegenwart ist glücklicherweise nicht so streng, und darum kann Herr Baasche sich höher hinauf träumen. Er ist ein mit Stumm'scher Vernunft arbeitender Professor der Antivolkswirtschaft, also beinahe so gut wie ein Mann der Praxis; er ist national „bis auf die Knochen“, militäristisch und marinistisch in jeder gewünschten Intensität. Steht er jetzt am Ziel? Er wäre bereit, jedes Ministerium zu übernehmen, das des Kultus vorzugsweise. Niemals hätte die Welt einen frömmere Minister geschaut, und einen frömmere Menschen hat nur einer gekannt — — Rolliöre. —

Deutsches Reich.

Aufretzung zum Massenhaß betreibt das offizielle Organ des Ministeriums des Innern, die „Berliner Korrespondenz“. Die „Römisches Zeitung“ hatte in ihrer Polemik gegen die angeführte Kommunalgesetz-Kommission, allerdings völlig unberechtigter Weise, die Ansicht ausgesprochen, durch die Kommission werde nicht nur das Zentrum, sondern selbst die Sozialdemokratie bei den Gemeindevätern große Erfolge erzielen können. Dagegen erwidert die „Berliner Korrespondenz“ eine überaus charakteristische Antwort: Was die von der „Römisches Zeitung“ befürwortete Stärkung der Sozialdemokratie als Folge der Reformen anlangt, so scheinen die Informationen, welche die Grundlage zu solchen Behauptungen geboten haben, in der That durchaus unzureichend gewesen zu sein. Der Zweck des Entwurfs ist keineswegs die Etablierung der Herrschaft der besitzlosen Massen in den Gemeindevetretungen der Monarchie. Wohin ein Wahlgesetz führt, bei dessen Geltung die Besitzlosen zur Herrschaft über die Besitzenden gelangen, dafür bieten die Gemeindevetretungen Frankreichs und einzelner amerikanischer Städte so abschreckende Beispiele, daß einer streng monarchischen Regierung die Beschreibung solcher Vahnen eigentlich nicht zugetraut werden sollte. Nicht die Erhöhung des Gewichts der besitzlosen Massen bei der Zusammenfassung der Gemeindevetretungen ist das Ziel des Entwurfs, sondern die Verminderung dieses Gewichts durch Stärkung des Einflusses, welchen der Mittelstand auf den Ausfall der Gemeindevetretungen ausübt. Denn gerade in der Stärkung des Mittelstandes erblickt die Staatsregierung das wirksamste Gegengewicht gegen die Gefahr einer Herrschaft der besitzlosen Massen in den kommunalen Vertretungsorganen.

Unberühnener und roher konnte das offizielle Organ die **Massen- herrschaft der Besitzenden über die Besitzlosen** nicht befürworten. Als „abgeschreckendes Beispiel“ wird es hingestellt, wenn in Frankreich und Amerika Gemeindevetretungen, in denen weniger oder mehr Arbeitervertreter sitzen, die Besitzenden einigermaßen zu den Lasten zur Förderung des Gemeinwohlens herangezogen haben. Als Aufgabe einer „streng monarchischen Regierung“ wird gepredigt, daß sie das Gewicht der Besitzlosen bei der Verwaltung der Gemeinden verringere und beseitige, den Besitzenden aber die ausschließliche Herrschaft überlasse. Eine schlimmere Gerab- würdigung der Monarchie und zugleich maßlosere Anreizung der Besitzlosen gegen die Besitzenden, als hier durch das Regierungsorgan gesehen, hat noch kein Feind der Monarchie und kein Sozialdemokrat vollbracht. —

Die **55000 Mark**, die für die Angehörigen der in Dresden zu schweren Zuchthausstrafen verurtheilten neun Bau- arbeiter in kurzer Zeit gesammelt worden sind, haben durch die Wucht der Zahl einen tieferen Eindruck auf die Zuchthauswärter gemacht, als die Kritik, die an dem Urtheil geübt worden ist. Die „Verl. Neuesten Nachr.“ halten es für ein „bedenkliches Symptom, daß eine Partei eine derartige Summe, die sich aus einer vielleicht noch größeren Anzahl von Einzelbeiträgen zusammensetzt, durch **Verherrlichung von Aufruhr und Gewaltthat**, die zur Aufrechterhaltung der „Arbeiter-solidarität“ verübt worden sind, zusammenbringen konnte“.

Man sieht, daß diese Kapitalistenhirne sich gar nicht mehr vor- stellen können, daß es edle Begeisterung und ideale Entlohnung gibt. — Herr von **Lucanus** soll nun doch auch seinerseits „Gesundheitsmaßregeln“ bekommen haben, von deren Vorhandensein bei anderen Ministern er so oft den davon Betroffenen die erste Kunde brachte. Die Nachricht, daß Herr v. Lucanus sich bald aus dem Staatsdienst zurückziehen wünsche, wird erneut verbreitet. Als sein nachmaliger Nachfolger wird der „Tägl. Rundschau“ von angeblich gut unterrichteter Seite der Regierungspräsident v. Wolke in Doppel genannt. —

Der **Kaisers Diebstahlsautor**. Der Kaiser hat an die Gattin des erkrankten englischen, in Amerika lebenden Schriftstellers Rudyard Kipling ein Telegramm gerichtet, das in der Uebersetzung lautet: „Als ein enthusiastischer Verehrer der unvergleichlichen Werke Ihres Mannes erwarte ich mit Spannung Nachricht über sein Ver- fassen. Gott gebe, daß er Ihnen und Allen erhalten bleibe, die ihm für die herzerhebende Art dankbar sind, in der er die Thaten unserer großen gemeinsamen Race besungen hat.“ Frau Kipling hat durch Vermittlung des deutschen Vorkassiers

in Washington dem Kaiser ihren Ant und ansprechen und gleichzeitig melden lassen, daß sich Herr Kipling auf dem Wege der Besserung befinde.

Kipling hat seinen Namen durch Erzählungen aus dem indischen Leben erworben; er ist in Bombay geboren.

Hat der Verleger Kipling's das Telegramm in die Oeffent- lichkeit gebracht? —

Bibil und Militär. Wie gefährlich es für einen gewöhnlichen Bürgersmann ist, sich nur irgendwie in militärische Dinge zu mischen, beweist wieder ein Fall aus Dresden. Auf einem dortigen Tanz- saale befahl ein irgend einem Grunde der Schankhausdiensthabe- nterierergaant Langheinrich einem Soldaten, er solle sein Seiten- gewehr umschalten. Da äußerte, wohl ohne sich etwas dabei zu denken, ein Freund des Soldaten zu diesem: „Freig, Du brauchst jetzt noch nicht umzuschalten, bis Anderen schalten auch noch nicht um.“ Diese Aeußerung nahm der sich dadurch in seiner Würde ver- letzt fühlende Sergeant so krumm, daß er hinlief und den Sünder anzeigte. Wegen Aufreizung zur Gehorsamsverweigerung wurde der junge Mann wegen der Kappalle vom Landgericht auf Grund des § 112 des Reichs-Strafgesetzbuches zu der unglücklichen Strafe von **zwei Monaten Gefängnis** verurtheilt. —

Befähigungsnachweis im Baugewerbe. Der Bundes- rath hat den Antrag der bayerischen Regierung ab- gelehnt, der Novelle zur Gewerbe-Ordnung eine Bestimmung über die Einführung des Befähigungsnachweises im Baugewerbe einzufügen.

Dies soll jedoch, wie man der „Kugsb. Abendztg.“ schreibt, keine grundsätzliche Entscheidung bedeuten. Im Gegen- theil, nach wie vor sei im Bundesrath die Stimmung für eine solche rechtsgesetzliche Vorschrift sehr günstig. Es erschien aber der Mehrheit der verbündeten Regierungen nicht angezeigt, eine so durchgreifende Forderung, wie sie im Verhältnis zu der seit dreißig Jahren bestehenden Gewerbefreiheit der obligatorische Befähigungsnachweis im Bau- gewerbe darstellen würde, im jetzigen Augenblick einzuführen. Man möchte den Handwerkerlammern nicht vorgreifen, sondern ihnen die Gelegenheit geben, sich gutachtlich über diese Frage zu äußern. Erst auf Grund dieser Gutachten, die voraus- sichtlich zu Gunsten des bayerischen Antrages ausfallen würden, würde alsdann der Bundesrath in diesem Sinne beschließen. —

Die **geplante Waarenhaussteuer** findet nicht den Beifall der kleinen Gewerbetreibenden. Die Vertreter des „Bundes der Handel- und Gewerbetreibenden“ und des „Zentralvereins selbständiger Gewerbetreibender“ zu Berlin haben zu dem Gesetzentwurf Stellung genommen und folgende Erklärung vereinbart:

„Wenn die Bestimmungen des Gesetzentwurfs über die Waarenhaussteuer den durch die Presse veröffentlichten Vorschlägen entsprechen, so berücksichtigt das Gesetz keineswegs die Wünsche der Interessenten. Die Vorschläge treffen vielmehr eine große Anzahl von Spezialgeschäften, sowie Gemischtwaaren-Geschäften mit geringen Umsätzen, die thatsächlich geschäftig und nicht besteuert werden sollten, und geben ferner zu der Verfüchtung Anlaß, daß die Steuer auf die Angestellten abgewälzt werden könnte. Die Umjazziffen, das entscheidende Merkmal hierbei, sind aus- scheinend nicht genügend gewürdigt worden. Aus diesen Gründen können die genannten Vereine, die den Berliner gewerblichen Mittel- stand vertreten, sich durchaus nicht für eine Waarenhaussteuer, die auf den von der Regierung ins Auge gefaßten Gesichtspunkten der Raum- und Personalverhältnisse in Verbindung mit einer Branchen- eintheilung beruht, begeistern und sie als geeignet ansehen, die offensibaren Schäden zu beseitigen. Der Entwurf trifft durchaus nicht den Kern der Sache und entspricht auch nicht dem in der Thronrede zum Ausdruck gekommenen Gedanken der ausgleichenden Gerechtigkeit.“

Die **Mittelstandspolitiker** werden also nun, da die Vereinten selbst mit dem Rettungswerk unzufrieden sind, weitere Versuche machen müssen. —

Der **Menschenmarkt in Olen** hat begonnen. In der „Deutsch. Tagesztg.“ liest man folgendes Angebot:

10000 Galizier, Arbeiter und Arbeiterinnen für Feld, Viegelei und Fabrik, stellt jederzeit, wie schon seit einigen Jahren geübt, bekannt (nicht unter 20 Renten mit einem Aufseher) auf Monats- lohn mit Deputat und Akkord unter Garantie des Nicht- fortlaufens bis zur beendeten Herbstarbeit, eventuell wird unentgeltlich Ersatz sofort geleistet. Auf Wunsch sende Ver- tragsformulare zur gefälligen Durchsicht. Beste Zeugnisse zur Seite. Adolf Kück, großes reales Arbeiter-Vermittlungsbüreau, Landsberg, Oberhessen.“

Das **Vermittlungsbüreau des Herrn Kück** scheint in der That ein großes, reales Geschäft zu sein. Es versteigert seine Menschenleiber nach dem Grundlage des Weisgebotes, sondern es vermittelt nur Arbeitskräfte unter Garantie und nach einem festen Preis- launat; und es verfügt über ein Waarenlager, wie es auf den bejubeltesten Sklavenmärkten Amerikas nicht gesehen worden ist. —

Wegen des **Sacharins**. Die Regierung hat den Provinzial- behörden nahe gelegt, daß auch die Aufmunterung zum Verkauf und Heilhalten mittels Sacharins gesüßten Bieres sowie die ab- sichtlich zu diesem Zwecke bewirkte Sacharinförderung an Gast- und Schankwirthschaften als Missbrauch oder Verletzung der Gewerbe- übertragung angesehen werden könne. Es ist angeordnet, daß das Geschäfts- gebahren der in Betracht kommenden Bierbrauer, sowie der zu ihren Abnehmern zählenden Schankwirthschaften, Gastwirthschaften und Bierhändler einer Uebersuchung zu unterstellen und gegebenen Falls strafgerichtliches Einschreiten herbeizuführen ist. —

Die **Damenstrahlen des Zeugniszwanges** werden in **Brandenburg** weiter angezogen. Im vorigen Jahre hatte die dortige Staatsanwaltschaft bekanntlich über einen **Druckerleh- ring** von der „Gazeta Grubjadzka“, der sein Zeugnis verweigerte, Zeugniszwang verhängt. Nach sechs wöchiger Haft wurde der 18jährige Anabe entlassen. Jetzt ist das Zeugniszwangs-Verfahren wiederum gegen den Druckerfaktor und zwei Lehrlinge von derselben Zeitung eingeleitet worden. Es handelt sich um den Ver- fasser eines Artikels, durch den angeblich die Staatsanwaltschaft be- leidigt ist, und dessen Namen jene drei Personen am 3. März vor dem Untersuchungsrichter nicht nennen wollten. —

Dresden, 3. März. (Sig. Ver.) Eine Fleischnoth giebt es nicht! So behauptet's wenigstens der hiesige Rath, und ihm nach die Stadtverordneten. Vor einiger Zeit war aus den Kreisen der Stadtverordneten herans das Ansuchen an den Rath gestellt worden, dieser solle die sächsische Regierung ersuchen, dahin zu wirken, daß von Reichs wegen Maßregeln getroffen würden, die eine reichliche Versorgung der Städte mit Schweine- fleisch, sowie ein Sinken des Preises dafür bezwecken. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde nun die Sache endgültig erledigt. Der Rath beantragte, von dem ver- langten Ersuchen abzusehen, und die Stadtverordneten fügten sich diesem Antrage lang und kluglos. Nicht uninteressant ist die „Begründung“ der Stellung des Rathes. Da heißt es, daß die derzeitigen Vieh- und Fleischpreise keine „außergewöhnlich hohen“ sind, weil — sie im Jahre 1890 „annähernd“ gleichhoch ge- wesen seien. Bei den jetzigen Preisen könne von einer wirklichen Fleischnoth in den unbemittelten Kreisen gar keine Rede sein. Uebrigens würden die Vieh- und Fleischpreise in den nächsten Monaten wieder zurückgehen, wird weiter prophetisch erklärt. Diese Schlussfolgerungen sollen angeblich das Ergebnis „ein- gehender Erwägungen“ sein.

Nach in einer anderen Sache ließ der Rath von Dresden seine Volkshörbarkeit in schönstem Lichte glänzen. Drei Organisations- hiesiger Handlungsgehilfen hatten vor einiger Zeit gleichlautende Eingaben an den Rath gerichtet. Dieser wurde darin erwidert, die Geschäftigkeit der kaufmännischen Nahrungsmittel-Geschäfte an Sonntagen auf Mittags 12 Uhr, höchstens 2 Uhr zu beschränken. Auch hier votierte der Rath rundweg ablehnend, hatte aber damit Recht. Der Rath begründete seinen Standpunkt damit, daß die Frage einheitlich für alle Nahrungsmittel-Geschäfte geregelt werden müßte, daß aber die Fleischer und Producenten sich

gegen den Antrag lehnten. Sehr lustig war es nun, als darauf zwei Stadtverordnete, welche letztgenannten Verfassern angehören, namens ihrer Fachorganisation erklärten, daß sie durchaus nichts gegen eine derartige Beschränkung der Geschäftszeit einzuwenden hätten. Der auch vom Reichs- ansehlich des Kollegiums akzeptirte Antrag des Rathes wurde darauf abgelehnt und ein dem Wunsche der Handlungsgehilfen Rechnung tragender Antrag gegen 16 Stimmen angenommen. Die Ge- schäftszeit wird demnach an Sonntagen auf 2 Uhr Nachmittags beschränkt.

Soldaten-Selbstmord. In Metz erschof sich ein Soldat des bayerischen 4. Infanterie-Regiments auf Posten am Kriegs-Pulver- magazin vor dem Diefenhofener Thore mit seinem Dienstgewehr. Ueber das Motiv der That verlautet nichts Bestimmtes. —

Chrouk der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Die Strafkammer zu **Schneidemühl** verhandelte unter Aus- schluß der Oeffentlichkeit gegen den Schafersmüch Dehne wegen Majestätsbeleidigung. Das Urtheil lautete auf Freisprechung.

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich der frühere **Gendarmerie-Beauftragte** in Worms vor der Strafkammer zu Mainz zu verantworten. Er hatte in der Trunkenheit beleidigende Aeußerungen gegen den Kaiser gemacht. Das Gericht erkannte auf Frei- sprechung, weil der Angeklagte sich seiner Worte jeden- falls nicht bewußt war, auch sei von einem früheren Gendarmerie-Beauftragten, der sich gut gefühlt hatte, nicht anzunehmen, daß er den Kaiser beleidigen wollte. — Das Urtheil erscheint uns recht vernünftig, nur möchten wir bemerken, daß in vielen anderen Fällen auf Trunkenheit eine derartige Rücksicht nicht genommen worden ist.

Ausland.

Esterhazy's Enthüllungen.

Esterhazy hat am Sonnabend angefangen, seine vor der Criminalkammer des Kassationshofes gemachten Aussagen im Londoner „Daily Chronicle“ zu publizieren.

Diese Enthüllungen machen in Paris das denkbar größte Auf- sehen. Fast alle Blätter beschäftigen sich mit ihnen. Allerdings sagt Esterhazy wenig, was nicht schon bekannt wäre. Aber einmal bringt seine diesmahlige Erzählung infolge der vielen Details, die sie ent- hält, glaubwürdiger als die früheren, und dann ist die öffentliche Meinung heute auch bereits mehr geneigt, an gewisse Umtriebe zu glauben, die man vor Kurzem noch für eine Erfindung der Dreyfus- Partei halten wollte.

Aus den Erzählungen Esterhazy's geht hervor, daß bereits einen Monat, ehe der Name Esterhazy's in der Oeffentlichkeit genannt wurde und ehe Mathis Dreyfus seine Demission erließ, der Generalstab sich bemühte, Esterhazy zu schämen, daß der General- stab dann jeden Schritt Esterhazy's geregelt, und daß die ver- schiedenen Enquêtes und Untersuchungen, denen Esterhazy unter- worfen worden war, vorher mit ihm verabredet wurden.

Auf Verleht des Generalstabes schrieb er jenen Brief, in dem er verlangte, vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden; und all seine Antworten, die er vor den Richtern gab, waren ihm Wort für Wort vorgeföhrien. Alle diese Weisungen wurden ihm durch den Oberstleutnant Pathy de Nam überbracht, der mit einem falschen Parte angefaen war, und dem wiederum Esterhazy's Geliebte, die Madame Pans, als Mittelsperson diente.

Besonders interessant ist Esterhazy's Behauptung, daß während des Pola-Prozesses die ganze Politik der Generalstabsparthei im Kabinete des Verteidigers Esterhazy's, Tzénas, geregelt wurde, und daß Tzénas auch die Worte aufsuchte, welche General Boisdeffre vor den Geschworenen sprach.

Ueber den Ursprung des **Vordereau's** giebt er eine ausweichende Antwort. Er sagt, zwei Kriegsgerichte hätten ent- schieden, daß das Vordereau nicht von ihm sei. Er könne nichts hinzuzufügen; er bestreitet, erklärt zu haben, der Autor des Vordereau's zu sein.

Esterhazy ist nach seinen Mittheilungen von den militärischen Vorgelegten erst gebet, dann am Tage, wo Oberst Henry sich umbringt, aufgegeben worden. Am zweiten Vernehmungst- age vor dem Kassationshofe wird Esterhazy mit seinen Mittheilungen zurückerhaltender. Legnet aber, der Verfasser des Vordereaus zu sein. Ghinolle, der schwerhörig sei, könne nicht gehört haben, daß er die Autorschaft eingestanden habe, und auch die Aus- sage des englischen Journalisten Mr. Strong, der Esterhazy sich ebenfalls als Verfasser des Vordereaus bekenne hörte, sei nicht schlüssig.

In einer Zugabe zu den **Eröffnungen des „Chronicle“** er- klärt Esterhazy die Technik des Briefschreibens im französischen Generalstabe, speziell des Panizzardi'schen Briefes, und behauptet, daß fast der ganze Generalstab wußte, daß der Brief gefälscht war.

Der sozialistische Abg. **Journière** kindigt eine **Anfrage über Esterhazy's Gesandnisse** an. „Gaulois“ kann die Ent- hüllungen nicht ohne Umstände todschwören, rechtfertigt aber die Haltung des Generalstabs folgendermaßen: Der Generalstab vertheidigte das Heer von Frankreich. Esterhazy's Enthüllungen beweisen, daß der Generalstab, um einen Soldaten, einen unschuldigen Offizier zu retten, vor keiner Verantwortlichkeit zurückbebt.“

Picquart wird voraussichtlich von der Militärbehörde frei- gegeben werden müssen und aus dem Cherchemidi-Gefängnis in die Santé befugt bürgerlicher Untersuchungshaft über- geföhrt werden. Jetzt läßt er sich auch herbei, von der bürgerlichen Staatsanwaltschaft seine Freilassung zu verlangen.

Die **Forderung Italiens an China**, ihm nach berühmten Mustern einen Hafen nebst dem umliegenden Gebiet zu überlassen, steht im Lande der Mitte auf Schwelgerfüßen. Das **Italienische** hat die Dreyfus- Angelegenheit, in welcher Italien die Ueber- lassung der San-mun-Wai verlangt, an den italienischen Gesandten de Martino mit einem Schreiben einfach zurückgelandt. In dem Schreiben wird erklärt, China sei nicht in der Lage, die Forderung zu gewähren.

In Italien hofft man jedoch, daß die Forderung Italiens doch erfüllt werde, da England die italienische Forderung begünstige. Dagegen verlautet, daß Rußland China unterföhle. Die Dreyfus- Angelegenheit de Martino war, wie man aus Rom meldet, in gemäßigten Ausdrücken abgefaht und enthielt keinerlei Drohung; sie hob hervor, daß die Erwerbung einer Kohlenstation durch Italien für beide Länder von Vortheil wäre. Die Note bestimmte die Grenzen der verlangten Konzeption nicht, sondern forderte für den Fall einer besahenden Antwort ein Gebiet, das zur Sicherung der Verteidigung der Station hinreichen würde.

Nunmehr verlautet, daß fünf italienische Kriegs- schiffe demüch in China erscheinen werden, um der Forderung Nachdruck zu geben. Möglich, daß sich die Angelegenheit zu einer neuen Kontroverse zwischen Rußland und England aus- wachen wird. —

Frankreich.

Paris, 4. März. Einer Meldung der „Alberts“ zufolge haben fömmliche in der **Angelegenheit Dronald-Habert** als Zeugen vorgeladenen Offiziere, ebenso wie General Roget, vor dem Unter- suchungsrichter Vasques erklärt, sie hätten die Anse: „Nach dem Einse“, „marschieren wir nach dem Einse!“ nicht gehört. Dronald- Habert bleiben jedoch dabei, diese Anse ausgesprochen zu haben, offenbar in der Absicht, ihre Schuld zu erschweren, um vor den Staatsgerichtshof gestellt zu werden.

In der **französischen Deputirtenkammer** beantragte am Montag Allard, einen Kredit von 200 000 Fels. für die Unter- bliebenen der bei der Katastrophe in Toulon Getödteten zu gewähren. Ministerpräsident Dupuy giebt seinem Mitgeföhle an dem Unglück Ausdruck und unterstützt den Antrag Allard's, welcher als- dann der Budgetkommission überwiefen wird.

In **Beantwortung einer Anfrage über den Jwischenfall in Madrat** erklärte der Minister des Auswärtigen Delcassé, daß

französisch-englische Übereinkommen vom Jahre 1893 habe Frankreich gleiche England das Recht gegeben, ein Kohlendepot in Kasbat zu besitzen, auch habe England nicht Bedenken getragen, das Recht Frankreichs anzuerkennen. Delcassé fügt hinzu, jetzt wo England mit Frankreich wegen der Abgrenzungen ihrer beiderseitigen afrikanischen Besitzungen verhandelt, sei nicht der Moment, wo dasselbe trachten könne, Frankreich in Kasbat Schwierigkeiten zu bereiten, oder wo es die bedauerliche Initiative eines seiner Bevollmächtigten blühen werde. England habe vielmehr der französischen Regierung ihr Bedauern hierüber ausgedrückt. (Beifall.)

England.

Die Stimmung Englands Rußland gegenüber ist bekanntlich angesichts des neuesten gewaltthätigen Vorgehens Rußlands in China eine ziemlich gereizte. Die „Times“ wenden sich gegen die unverantwortliche Mißachtung der gewöhnlichen Höflichkeit im internationalen Verkehr, welche das Vorgehen Rußlands in China offenbar behande, und zwar gerade in dem Augenblick, in dem der Kaiser von Rußland so großes Bestreben zeige, eine neue Ära des Friedens und Wohlwollens zwischen den Nationen herbeizuführen. Der von Rußland unternommene Schritt rufe ohne Grund Erbitterung hervor und müsse wesentlich die Schwierigkeit der diplomatischen Behandlung der vielen anderen dringenden Fragen erhöhen, die in Bezug auf die Zukunft des sibirischen Reiches zu lösen seien.

Spanien.

Madrid, 5. März. Romero Robledo hat Sagasta seine Hilfe angeboten, um gemeinsam mit ihm die Freiheiten zu verteidigen, angesichts des Umstandes, daß drei Reaktionen im Ministerium seien. Der Ministerrat beschloß die Pensionen sämtlicher früheren Minister zu streichen. Ministerpräsident Silvela erklärte Journalisten gegenüber, er wolle ein Beispiel von Sparsamkeit geben und fange hierbei von oben an.

Valencia, 6. März. Die nach der Heimath entlassenen Soldaten veranstalteten gestern wegen der Notlage, in der sie sich befinden, eine Kundgebung.

Rußland.

Russische Pressfreiheit. Petersburg, 5. März. Wie der „Regierungsbote“ meldet, hat der Minister des Innern dem Blatte „Wostok“ eine zweite Verwarnung erteilt, weil das Blatt die Regierungsmassnahmen in Finland wiederholt abfällig besprochen habe.

Türkei.

Konstantinopel, 5. März. In der Stadt Djedda brachen infolge der aus sanitären Gründen getroffenen Verfügung, daß Pilger die Stadt nicht betreten dürfen, Unruhen aus. Die Sanitätsbaraden vor dem Meerthore wurden zerstört, und es kamen Blinde runter vor. Der Sultan hat an die Behörden den Befehl gegeben, die zur Wiederherstellung der Ruhe und zur Durchführung der sanitären Massregeln erforderlichen Anordnungen zu treffen. Man bezweifelt jedoch, daß die Behörden im Stande sein werden, die Befehle durchzuführen.

Der Schutz der Arbeitswilligen.

Unter diesem Titel veröffentlicht ein Jurist, Hugo Heinemann, in der „Nation“ einen Aufsatz, worin er den gegenwärtigen Rechtszustand hinsichtlich der Ausbildung des Koalitionsrechtes einer treffenden Kritik unterzieht. Durch Vergleichung des § 153 der Gewerbe-Ordnung mit den Grundzügen des gemeinen Strafrechts führt er den Beweis, daß schon der objektive Inhalt dieses Paragraphen ein Ausnahmewort: „Ungunsten der Arbeiter“ darstellt, daß aber die Rechtsprechung durch eine dem Richturteil geradezu unfehlbare erweiternde Auslegung der Vorschriften das gesetzlich garantierte Streikrecht der Arbeiter tatsächlich aufgehoben hat. Das allgemeine Strafrecht bestraft nur die Drohung mit einem Verbrechen oder Vergehen und läßt dafür auch Geldstrafe zu; der § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung aber stellt schon die bloße Drohung unter Strafe, selbst die Bedrohung mit der legalsten Handlung, auf die der Drohende einen rechtlich erzwingbaren Anspruch hat und verhängt dafür unter allen Umständen Gefängnisstrafe. Und was wird von den Richtern alles als Drohung angesehen! Der Verfasser bringt dafür drastische Beispiele, die zwar zum Teil bekannt sind, aber noch nirgends eine so scharfe Beleuchtung erfahren haben. Hier eines davon: In einer Werkstatt-Versammlung wird berathen, ob man streiken wolle. Zwei Arbeiter erklären sich dagegen und verlassen den Saal. Ein Streikender ruft ihnen nach: „Seht Euch die Kollegen an!“ Das wird als Drohung angesehen und mit einem Monats-Gefängnis bestraft. „Das Strafrecht tritt hier, wie es ein hervorragender Strafrechtlehrer jüngst ausgedrückt hat, lediglich noch als Wachgebote auf und bewahrt sich damit des stärksten Rückhalts, den ihm das Rechtsbewußtsein im Volke bietet.“

Ein vielleicht weniger bekanntes, aber noch viel schlimmeres Beispiel der erweiternden Rechtsprechung knüpft an die Eingangsworte des Paragraphen „wer andere“ zu zwingen versucht, sich einer Koalition anzuschließen. Die Bestimmung hat doch nur dann einen vernünftigen Sinn, wenn sie bezogen wird auf den Zwang, der auf die im gleichen Lager stehenden angewendet wird: von Arbeitern auf Arbeiter und von Unternehmern auf Unternehmer. Der Arbeiter hat doch kein Interesse daran, den Unternehmer zur Theilnahme an einer Koalition zu zwingen, er hat nur ein Interesse daran, den Unternehmer zur Bewilligung von Forderungen oder Einhaltung verarbeiteter Bedingungen zu zwingen. Wohl aber hat er ein Interesse daran, seine Mitarbeiter zur Theilnahme an einer Koalition zu veranlassen. Damit dies nicht in einer die individuelle Freiheit beeinträchtigenden Weise geschieht, deshalb die Strafbestimmung. Das begriffst man und das widerspricht nicht dem allgemeinen Rechtsbewußtsein. Das Landgericht in Celle hat es aber fertig gebracht, mit Hilfe dieser Bestimmung einen Arbeiter zu bestrafen, der als Beauftragter seiner Kollegen einen Unternehmer zu zwingen suchte, sich mit den Lohnforderungen der Streikenden unter schriftlich einverstanden zu erklären und es hat dafür die Zustimmung des Reichsgerichts erlangt. Das begriffst man, vom Rechtsstandpunkte aus, nicht!

Der Artikel macht auch auf die Anwendung des Erpressungsparagraphen auf Arbeiter aufmerksam, die Lohnforderungen an Unternehmer stellen und zeigt, daß damit die Erhebung besserer Arbeitsbedingungen bei Arbeitern zur Erhebung eines rechtswidrigen Vermögensbortheiles und zu einer ehrlosen Handlung gestempelt wird.

Solche Urtheile stellen sich in einem scharfen Gegensatz zu den Rechts-Anschauungen des Volkes. Und dieser Gegensatz wird dadurch noch gesteigert, daß, während man heute jeden Tag von solchen und ähnlichen furchtbaren Strafen gegen die Arbeiter lesen kann, auch nicht ein Fall bekannt geworden ist, in dem die Staatsanwaltschaft gegen einen Unternehmer wegen zwingender Verhinderung seiner Arbeiter an der Ausübung ihres Koalitionsrechtes eingeschritten ist, obwohl doch der Erpressungs-Paragraph in seiner soeben bargelegten Auslegung dazu vollkommen die Handhabe bietet.

Wie Streikende treffen mit einem Arbeitswilligen zusammen und fragen ihn, ob er bei A arbeite. Auf seine besagende Antwort sagte einer, jetzt bist Du noch gesund und hast gesunde Knochen. Der Sinn der Worte, so heißt es im Urtheil, konnte nicht aufgeföhrt werden. Es konnte auch nicht festgestellt werden, welcher der Vier die Äußerung gethan; der „Bedrohliche“ erkannte nur einen der vier Leute wieder und dieser eine wurde bestraft. Wurde bestraft, obwohl nicht festgestellt werden konnte, ob er die unverständliche Äußerung gethan! Damit haben wir glücklicherweise die Verdrachtsstrafe des Mittelalters in aller Form wieder hergestellt.

In einer Versammlung wird mitgetheilt, daß in einer bestimmten Fabrik ein Streik ausgebrochen sei. Zugleich werden die Namen von

sechs Leuten bekannt gemacht, die ein Jahr zuvor während eines Streiks weiter gearbeitet hatten. Dafür wird eine Woche Gefängnis auferlegt, weil der Zweck dieser Namensnennung nur sein konnte, anderen zukünftigen Arbeitswilligen das gleiche Schicksal der Namensnennung anzudrohen.

Vergleicht man sich angesichts solcher Urtheile, woran der Graf von Posadowsky für die Zukunft denn auch nur gedacht haben kann, wenn er in seinem viel besprochenen Erlaß die nach den Erfahrungen der letzten Monate fast naive folgende Frage stellt: „Sind weitere gesetzliche Massnahmen in Aussicht zu nehmen, um bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung der Koalitionsfreiheit der Anwendung unerlaubter Mittel zur Durchführung der Kämpfe um Lohn- und Arbeitsbedingungen entgegenzutreten? Welche Vorschläge können in dieser Beziehung gemacht werden?“

Da giebt es eben logischerweise nur noch Androhung der Zuchthausstrafe fürs Streiken überhaupt, und die grundsätzliche Aufrechterhaltung der Koalitionsfreiheit wird zu einer papierenen Phrase.

Partei-Nachrichten.

Die Parteileitung des 12. und 18. sächsischen Reichstags-Wahlkreises, Leipzig Stadt und Land, macht folgendes bekannt: Frau Lina Vogel, früher in Gera und Reichenau, jetzt in Leipzig, haben wir nach Gehör eines Schiedsgerichtes und dessen einstimmigen Beschlusse auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen.

Der „Süddeutsche Postillon“ giebt eine sehr gut ausgestattete Märznummer heraus, die soeben erschienen ist. Das Titelblatt zeigt einen erschöpften Freiheitskämpfer, und über ihm steigt der Genius der Freiheit empor, den Gedanken verkörpernd, daß, soviel auch Freiheitskämpfer fallen, der Freiheitsgedanke nicht getödtet werden kann; er steigt immer wieder siegreich aus dem Blute der Gefallenen empor. Den Märzgefallenen ist ein lebensahnendes feuriges Gebiät gewidmet. Auch mit dem Dresdener Zuchthaus-Urtheil beschäftigt sich die Nummer. Sie dürfte reichen Abjaß finden.

Zum Internationalen Arbeiterkongress in Paris im Jahre 1900. Die „Petite Republique“ veröffentlicht den Wortlaut einer Firkulnarte, welche das sozialistische Komitee den verschiedenen sozialistischen Arbeitervereinen der ganzen Welt zugesandt hat, um sie zu einer vorläufigen Versammlung, welche zwischen dem 20. und 30. Mai d. Js. in Brüssel stattfinden soll, zusammenzuberufen. In dieser Versammlung soll dann die Organisation des großen sozialistischen Kongresses von 1900 berathen und ins Werk gesetzt werden.

Neues Parteiblatt. Unter dem Titel „Die Wahrheit“ erschien in Preshburg am 4. März die Nummer 1 eines in deutscher Sprache gedruckten neuen Parteiblattes für Westungarn. Das nächste wöchentlich einmal erscheinende Blatt ist in einer Auflage von 5000 zur Agitation verbreitet worden. Wir wünschen dem neuen Mitstreiter besten Erfolg.

Der Kongress der ungarländischen Sozialdemokratie findet am 2. und 3. April in Budapest statt. Die Tagesordnung ist folgende: 1. Bericht der Parteileitung. 2. Organisation und Presse. 3. Allgemeines, gleiches direktes Wahlrecht. 4. Arbeiterkammern. 5. Wahl der Parteileitung. 6. Die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit Ungarns. 7. Die Bewegungsfreiheit der Arbeiter in Ungarn.

Anschließend an diesen Kongress wird der Kongress der ungarländischen Feldarbeiter und Kleinbauern am 4. und 5. April mit folgender Tagesordnung abgehalten: 1. Berichte. 2. Organisation und Presse. 3. Abschaffung des Gelerntelohns II vom Jahre 1898 (Feldarbeiter-Gesetz). 4. Die Forderungen der organisierten Feldarbeiter. 5. Die Feldarbeiter und die Sozialdemokratie: a) Das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht. b) Arbeiterkammern-Gesetz. 6. Neugorganisation und Wahl des Exekutiv-Komitees.

Totenliste der Partei. Ein langjähriger Parteigenosse, der Schuhmacher Johann Kimmmer in Köln, ist in der Nacht zum Freitag einem längeren Leiden erlegen. Der Verstorbene war ein eifriges Mitglied des sozialdemokratischen Vereins, konnte sich aber in der letzten Zeit, seines leidenden Zustandes wegen, nicht so, wie er es gerne gethan hätte, an der Agitation betheiligen.

Berichtigung. Genosse Dr. Landmann in Vormen theilt uns aus Anlaß der in Nummer 54 gebrachten Besprechung seiner Broschüre „Die Lösung der Klassenfrage“ mit, daß die darin gemachte Angabe, er sei Inhaber und Leiter eines Medizinischen Waarenhauses für Kranke, auf freier Erfindung beruht. Auf den nach seiner Ansicht auch im Uebrigen nicht objektiven Inhalt der Rezension einzugehen verzieht derselbe mit der Erklärung, daß er bereit sei, Interessenten seine Broschüre kostenfrei zu übergeben, um jedem dadurch ein selbständiges Urtheil über seine Bestrebungen zu ermöglichen.

Politikalisches, Gerichtliches u. i. v.

Gegen mehrere sozialdemokratische Verbandsleute, so läßt sich die „Deutsche Tageszeitung“ aus Wlauen i. W. melden, die zum Zweck der Protestdeklaration gegen die Wahl des Konserwativen Zeidler im 23. sächsischen Reichstags-Wahlkreise falsche Beschuldigungen erhoben haben, soll jetzt amtlich eingeschritten werden. Die Wahl Zeidler's wurde im Reichstoge bekanntlich für gültig erklärt, doch zugleich beschloffen, den Kommissionsbericht durch den Reichstanzler der sächsischen Regierung zur Kenntniznahme und weiteren Veranlassung zu übermitteln.

Zum Schädelbruch des Herrn Klemm

wird uns von ärztlicher Seite geschrieben:

Aus dem Anschlus der Oeffentlichkeit im Öbthauer Prozeß erlärte es sich, daß über den gemachten ärztlichen Befund bei dem verurtheilten Klemm nichts Genaueres verlautet. Die einzige Quelle, welche sich aber nicht als lauter erwiehen hat, ist der Bericht des Dresdener öffentlichen Blattes. Aber auch dieser läßt bereits Schlusfolgerungen zu, welche für die Beurtheilung der Affäre und des Rechtspruches nicht unwichtig sind. Der Bericht schildert den Befund folgendermaßen: „Klemm hat in Folge der Mißhandlungen starke Schwellungen und Blutergüsse um und in das Auge, ausgedehnte Haut- und Muskelverletzungen über den ganzen Körper und einen Bruch der Schädeldecke dabongetragen. Er hat mehrere Tage Blut gespuckt.“ — Vergewaltigten wir uns einmal die Szene, welche sich abspielte, als K nach der Mißhandlung das Haus erreicht hatte. Seine Angehörigen werden vor Schreck und Angst kops- und sprachlos gewesen sein. Es führt jemand zum Arzt, womöglich mit den Worten: Schnell kommen, Herr Klemm ist von den Sozialdemokraten gemordet worden. Der Arzt tritt echauffert ein, wird von einer ganzen Salve von Beifruhen empfangen, fragt nach dem Hergange. Es wird ihm eine Mittheilung gemacht, in der das Wort „Wurdbuben“ vielleicht noch als glimpflichste Bezeichnung vorkommt. Klemm gilt ihm als unschuldig Ueberfallener, und die Niedertracht der Missethäter ist in aller Augen grenzenlos. Das ist alles rein menschlich und natürlich. Und nun beginnt — die ärztliche, wissenschaftliche Untersuchung.

Dabei kann aber der Arzt nimmer der objektive Urtheiler sein, sondern ist, besonders, wenn er schon lange als Hausarzt der Familie beigekannt, ein Mitinteressirter am Geschick der Familie; die Absichten vor der That prävalirt zunächst, verbunden mit dem Streben, den Verurtheilten, soweit an ihm liegt, zu rächen. Einige Ausprüche tiefster Empörung mögen diesen Seelenzustand auch der Umgebung verrathen und derselben schon den Trost gewährt haben, an dem Arzt nicht bios den Befreier des Kranken von seinen körperlichen Leiden, sondern auch einen Mithelfer bei ihrem weiteren Streite gefunden zu haben. Ein Urtheil wird mitten in der ersten Erregung angefertigt, um der Remissio möglichst die Wege zu bahnen. Ohne nun die Person jenes Arztes irgendwelcher unehrenhafter Handlungen bezichtigen zu wollen,

kann man es doch als psychologisch notwendig hinstellen, daß in einem solchen Falle das Urtheil nicht gerade als ein Muster von Objektivität ausfallen wird.

Ich kann hier als Arzt ein Beispiel anführen, welches typisch ist, für viele solche Fälle. Zu mir kam das Dienstmädchen einer begüterten Familie und erzählte mir, daß sie krank sei, daß aber, nachdem die Hausfrau, eine Frau Majorin, dem Hausarzt die erläuternden Mittheilungen über ihr gegenwärtiges Verhältniß gemacht und ihre Krankheit als Krankheit bezeichnet hatte, der Arzt sie für eine Simulantin und für arbeitsfähig erklärt hätte, wiewegen sie sofort den Dienst verlassen habe. Sie forderte von mir eine Unterzuchung ihres Halses und wenige Minuten später hatte ich einen großen Eiterherd im Nacken geöffnet. Hier liegt ein durch die Umstände suggerirter Irrthum des Hausarztes vor, denn es ist nicht anzunehmen, daß er einen Zustand, wie den geschilderten, aus Bösartigkeit, Riechbitterei oder ähnlichen Gründen als belanglos wider besseres Wissen hingestellt hätte, ohne fürchten zu müssen, durch eintretende Eitrigungsgefahr des Mädchens Lügen gestraft zu werden.

Der Klemm'sche Befund bezeugt als wahrscheinlich schwerste Verletzung einen Bruch der Schädeldecke. Ein solcher macht jedoch in den meisten Fällen schwere Hirnerkrankungen, die sich als Gehirnerschütterung oder auch als Gehirnbrand infolge inneren Blutergusses manifestiren. Diese Begleiterkrankungen scheinen hier sehr geringfügig gewesen zu sein, da der Patient (nach dem Dresdener Bericht) nach den gegen seinen Kopf mit einer Flasche und Balkenstäben geführten Schlägen sich von selbst weitererschleppte und später von Pollad gestützt nach dem Eingange geföhrt wurde, also gerade nach dem Schädelverletzungen bei Bewußtsein gewesen ist.

Es ist ferner anzunehmen, daß der Schädelbruch kein „komplizirter“, sondern ein „einfacher“ gewesen ist, d. h. ohne Verletzung der Kopfhaut an derselben Stelle, denn ein komplizirter Schädelbruch heilt nicht so schnell, daß der Patient in kürzester Zeit das Krankenbett verlassen könnte, da er meist nicht aseptisch ist und eine Gehirnhautentzündung nur selten durch glückliche Zufälle vermieden wird. Ist aber der Schädelbruch ein „einfacher“, so daß er nicht in der Tiefe einer Kopfwunde durch das ärztliche Auge oder die Sonde direkt nachgewiesen werden kann, sondern sogar durch eine Blutbeule in der Kopfhaut verdeckt, so ist seine Diagnose sehr schwer, denn erstens ist es Pflicht des Arztes, jeden stärkeren Druck mit dem tastenden Finger zu unterlassen, um das Gehirn nicht durch ein lose gewordenes Knochenstück zu verletzen und zweitens täuscht ein bloßer Bluterguß unter der Kopfhaut oft ein Loch vor. Im Lehrbuch der Chirurgie von Hüter heißt es vorläufig: „Diese Blutergüsse sind oft so circumscript (scharf begrenzt), daß man, wenn der Finger bei der Palpation überall in einer scharfen Linie von der harten Konsistenz des Schädelknochens zu der weichen des Blutergusses vordringt, die Ueberzeugung gewinnt, es müsse ein Loch im Schädel vorliegen. Nach Resorption (Aufsorption) des Blutergusses stellt sich dann der Wangel jeder Formveränderung heraus und die Irrigkeit der Vorstellung, welche man bei der ersten Palpation (Abtastung) gewonnen hatte.“ Und ähnlich fast in allen Lehrbüchern.

Alle diese Umstände lassen mit Recht vermuten, daß auch hier der Arzt in der Hast und Aufregung diesen Irrthum begangen und eine einfache Blutbeule für einen Schädelbruch angesehen haben könnte.

Denn wie ist es erklärlich, daß, was der „Vorwärts“ längst beachtet, ohne daß bisher irgend eine Gegenerklärung geschah, Klemm ein paar Tage später bereits seinen Arbeitern vom Balkon herab wieder Anweisungen gegeben hat.

Na, könnte man einwenden, der Arzt würde aber in der Gerichtsverhandlung seinen Irrthum doch angegeben haben. Doch das ist nicht notwendig, da der Arzt von diesem Irrthum noch heute befangen sein könnte.

In dem Vorhergehenden ist viel hypothetisch (angenommen), das gebe ich zu. Aber wenn sich bezüglich der schwersten Verletzung des Klemm ein diagnostischer Irrthum des Arztes bestätigte, so bleiben als Verletzungen des Klemm nur noch zahlreiche Blutbeulen übrig, wie sie z. B. bereits entliehen, wenn ein Lehrer mit einem Rohrtou kastig den Schüler verprügelt, und dann würde kein Schwärzener die Frage des verurtheilten Todtschlägers bejahen und kein Richter an die Verfügen einer derartigen Strafe gedacht haben können. Denn während bei einem Schädelbruch noch vom ärztlichen Sachverständigen die Schädelverletzung als eine das Leben bedrohende bezeichnet werden würde, mühte die Frage beim bloßen Vorliegen von Blutbeulen und Fehlen jeder inneren Verletzung auf das Entschiedenste verneint werden.

Ganz ähnlich wie mit dem Schädelbruch, steht es mit dem Bluterguß im Innern des Auges. Bekanntlich hatte der Kaiser auf einer seiner Nordlandreisen einen solchen erlitten, und lauteten die Bulletins in einigen Tagen sehr bedrückend. Was heißt denn übrigens „Bluterguß in das Auge“? Da giebt es auch noch Auffassungen, die wesentlich verschiedene Dingen entsprechen. War die weiche, äußere Haut des Augapfels blutunterlaufen, oder befand sich im Innern des Augapfels ergossenes Blut? Erstere wäre eine Lappalie, letzteres könnte schon eher einmal eine Gefahr für das Auge mit sich bringen, ruft aber meist auch nur vorübergehende Sehstörungen hervor. Der Befund einer Verletzung im Innern des Augapfels läßt sich fast stets nur durch Anwendung des Augenspiegels sichern. Es wäre sehr interessant, ob die Feststellung auf diesem Wege erfolgt ist, oder nur eine Vermuthung des Arztes vorliegt.

Weiter wird „Blutspucken“ während mehrerer Tage angegeben. Dieses Symptom kann wiederum von sehr geringfügigen Verletzungen herühren, aber auch Zeichen eines schweren Zustandes sein. Blutspucken tritt auf bei Verletzungen der Mund- und Rachen-schleimhaut, des Rachens, Schlundes und bei Verletzungen und Krankheiten des Magens, der Luftröhre. Welchen Grund es bei Klemm hatte, vermag ich nicht zu sagen. Da aber Magen- oder Lungenblutung sicher als solche in — diesem — Bericht auch Erwähnung gefunden hätte, so ist anzunehmen, daß die Quelle der Blutung in den einer Verletzung zugänglichsten Theilen — Mund, Rachen-, Rachenhöhle — zu finden ist. Nur — ein bißchen Rachenbluten dürfte auch nicht den Anschlus geben haben, die Verletzung des Klemm als lebensgefährlich darzustellen.

Wunderbar ist, daß bei den vom Dresdener Bericht aufgezeigten Gewaltthaten, wie Zuhaltungen in das Gesicht u. a. außer obigen Befunden, nur Blutbeulen in Haut und Muskeln sich ergaben. Nicht ein paar herausgedrückene Zähne, ein zerbrochenes Nasenbein oder dergleichen. Das gestattete einen Rückschlus darauf, daß die einwirkenden Gewalten unterhalb einer gewissen Stärke standen, also sehr überschätzt worden sind. Wahrscheinlich gemacht wird die Geringfügigkeit der angezeigten Kräfte schon durch den Zustand der Angeklagten bei der That, denn, da bei dem Hefehausmann, von dem sie kamen (s. Bericht), 35—40 Mann ca. 150 Liter Münchener und Lagerbier getrunken haben, kommt auf jeden ca. 4 Liter, ein Quantum, welches, wie jeder Arzt mir zugeben wird, von einem Arbeiter — diese vertragen viel weniger Alkoholika, als andere Stände — nicht getrunken werden kann, ohne ihn stark schwankend zu machen. Letzteres hätte aber zur Folge, daß er außer Stande wäre, wirklich kraftvolle Gewaltthaten auszuführen.

Nach jetzt gäbe es bei gutem Willen der Betheiligten eine Entscheidung, die, wenn auch nicht absolut sicher, so doch leidlich den Thatbestand klarlegen könnte. Das wäre die jetzt noch vorzunehmende körperliche Untersuchung des Klemm. So gut wie harmlose Anarchisten sich diese leghin gefallen lassen müßten, würde auch Herr Klemm sie gestatten können. In diesem Falle würde sich, wenn ein Schädelbruch bestanden hat, wahrscheinlich noch jetzt eine Knochenarbe oder Knochenstücke nachweisen lassen oder der Knochen mit der Kopfschwarte, die sonst auf jenem beweglich ist, an der früheren Druckstelle narbig verwachsen sein.

Herr Benzmann hat, wie aus der letzten Reichstags-Verhandlung hervorgeht, zu Herrn Heine gesagt: Wenn man ver- suchten Todtschlag annehmen, wären die 10 Jahre Zuchthaus nicht so befremdlich, wie die hohe Gefängnisstrafe bei dem nur wegen Land- friedensbruchs Verurtheilten.

Wäre also die Frage nach verurtheiltem Todtschlag, deren Ent- scheidung doch von der Aussage der ärztlichen Sachverständigen in erster Linie abhängt, verneint worden, so hätte das Urtheil bei weitem milder ausfallen müssen, denn 53 Jahre Zuchthaus ist die Verurteilung des Herrn Klemm wirklich nicht werth.

Es wäre schön, wenn wenigstens durch Ausschluß jedes Irrthums in obiger Beziehung die in wenigen Tagen geschehene Heilung eines echten Schädelbruches einmal der staunenden Welt verkündet werden könnte.

Jedenfalls stellt sich zur weiteren Veruhigung des öffentlichen Gewissens die Nothwendigkeit heraus, wenn nicht den ganzen Prozeß- gang, so doch den von den Ärzten festgestellten Thatbestand authentisch zu veröffentlichen, damit folgende sehr wichtige Fragen ihre Beant- wortung finden.

1. Bezieht der Schädelbruch des Klemm auf sicher festgestellten Symptomen oder auf bloßer Vermuthung?
2. Bezieht die Feststellung eines Hinterauges im Auge, voraus- gesetzt, daß es nicht bloß ein solcher in die weiße Haut des Aug- apfels war, sondern in das Innere des Augapfels selbst, auf Unter- suchung mit dem Augenspiegel oder auf bloßer Ver- muthung?
3. Welche Ursache hatte das Blutspen?
4. Läßt der Dresdener Bericht noch innere Verletzungen des Klemm unentdeckt, und sind diese sicher festgestellt worden oder be- ruhen sie auf bloßer Vermuthung?

Zum Schluß bemerke ich noch nebenbei, daß ich bei meiner Information über den Dresdener Bericht fand, daß diese Zeitungen, u. a. die „Vossische“ — echt liberal — den Angriff des Dresdener Berichts auf die sozialdemokratische Partei nicht mit in demselben abgedruckt haben, vielmehr um die übrigen Stellen des Berichts so recht objektiv erscheinen zu lassen.

Gewerkschaftliches.

An die Arbeiter Berlins!

Die überaroben Verhältnisse, die in dem Barbier- und Friseur- gewerbe herrschen, veranlassen uns, die Unterstützung der Arbeiter zu erbitten.

Nachdem das Gesetz über die Sonntagsruhe in Kraft getreten war, wurde unser Gewerbe mit Hilfe der Innungsweisheit von einer Sonntagsruhe beglückt, die wohl dem Arbeitnehmer von 2 Uhr ab völlige Ruhe zusichert, dagegen dem Arbeitgeber gestattet, ruhig weiter zu arbeiten, also auch noch Sonntags Nachmittags Sklave seines Berufs zu bleiben. Nun trat die Frage an uns heran, was macht der frange Kollege und die arme Wittive, die auf Grund dieser Sonntagsruhe um 2 Uhr ihr Geschäft schließen muß, während der Konkurrent sein Geschäft geöffnet halten darf. Diesen mißlichen Umständen mußte abgeholfen werden, und so wurde durch gegenseitige freie Vereinbarung beschlossen, an Sonn- und Festtagen pünktlich um 2 Uhr zu schließen. Leider fand der Beschluß in der Arbeiterschaft nicht die genügende Beachtung. Der Inbifferen- tismus der Berliner hat es denn auch fertig gebracht, daß dieser Beschluß nur auf dem Papiere steht. Und wo sind die meisten Ge- schäfte des Sonntags nach 2 Uhr noch offen? Nur in den von der Arbeiterschaft am meisten bewohnten Stadtbezirken. Wir appellieren nun an die arbeitende Bevölkerung, uns bei der Durchführung dieses Beschlusses zu unterstützen. Wir sind vollständig davon überzeugt, daß, wenn die organisierte Arbeiterschaft diese unsere Forderung für gerecht anerkennt, es eine Leichtfertigkeit ist, den 2 Uhr-Laden- schluß in Berlin und seinen Vororten strikte durchzuführen.

Freie Vereinigung selbständiger Barbier-, Friseur- und Perrücken- macher Berlins und der Umgegend.

J. A.: Mag. K. Larbaum, Vorsitzender.

Deutsches Reich.

Die Harburger Jährliche des Holzarbeiter-Verbandes ist nicht aufgelöst, sondern als politischer Verein erklärt worden. Die unrichtige Mitteilung ist auf eine falsche Information, die dem „Harburger Volksblatt“ übermittelt wurde, zurückzuführen.

Die Schneider beschäftigen in mehreren größeren Städten in eine Lohnbewegung einzutreten. Im Vordergrund steht die Forderung auf Einführung der Betriebswerkstätten, um die Schäden des Zwischen- meistertums und der Hausindustrie zu beseitigen. Beim Vorstand des Verbandes der Schneider ist aus folgenden Städten eine Lohn- bewegung für das Frühjahr angezettelt: Altona, Gießen, Halberstadt, Hamburg, Magdeburg, München, Weimar, Wiesbaden, Wiesfeld, Erlangen und Pforzheim. In München haben die Maßschneider bereits ihre Forderungen durchgesetzt und wenden die Bewegung nur der Stoffindustrie zu. Die Magdeburger Unternehmer sträubten sich gegen eine Herabsetzung der Betriebsweise, während in Wiesbaden die Schneider eine Lohnherabsetzung durch Vereinbarung erreichten, die annähernd ihrem Verlangen entsprach. Ueber einige Differenzen sollen nochmals Verhandlungen angebahnt werden. In Leipzig befinden sich die Schneider bereits im Zustand. Sie wehren sich gegen eine Ver- längerung ihres Lohns, den sie im vorigen Jahre erkämpft haben. Die Schneider in Königsberg i. Pr. hatten einen Lohn- tarif eingereicht, dem die Unternehmer eine eigene Auf- stellung entgegensetzten. Dieser Tarif wurde in einer gut besuchten Versammlung von den Arbeitern abgelehnt, da die Annahme des Tarifs eine Lohnherabsetzung bedeutet hätte. Am 1. März haben die Arbeiter die Kündigung eingereicht, um eventuell am 15. in Streik einzutreten. In Berlin sind ebenfalls Schritte ein- geleitet, um in der Maßbranche eine striktere Durchführung des Tarifs zu erzielen.

In dem Zeitraum vom 1. April 1899 bis 1. April 1900 wird der Verband Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse so- wie Arbeitslosigkeit veranstalten und zu diesem Zweck am Beginn jeden Quartals Fragebogen ausgeben.

Der Weberstreik in Ouyen. Mit den ausländischen Webern der Firma Rejeme-Vincent sind seitens des Vertreters der Aufsicht- behörde neue Verhandlungen angeknüpft worden, die dahin geführt haben, daß die Firma sich bereit erklärte, die Forderungen der Aus- länder unter der Bedingung zu bewilligen, daß die Ausländer ein- einzeln bei der Firma wieder um Arbeit vorprechen. Die Aus- länder erklärten, auf diese Bedingung nicht eingehen zu können. Sie wollen die Arbeit nur gemeinschaftlich aufnehmen, auch ver- langen sie die vorherige Entlassung der Wallonen, die als Streik- brecher eingestuft wurden.

Die Dresdener Arbeiterschaft plant die Errichtung eines Arbeitersekretariats und ist Hoffnung vorhanden, daß dem Unter- nehmen von Seiten der Gewerkschaften die nötige Unterstützung zu theil wird.

Das Gewerkschafts-Kartell in Halle beschloß, der demnächst stattfindenden allgemeinen Versammlung zu empfehlen, das in Aussicht genommene Arbeitersekretariat am 1. Juli d. J. zu eröffnen.

Der zur Errichtung erforderliche (einmalige) Betrag soll durch Votum & 25 Pf., welche vom Gewerkschafts-Kartell zur Ausgabe ge- langen, aufgebracht werden. Die weiteren jährlichen Kosten werden wie folgt berechnet:

1. Gehalt des Sekretärs	1800 M.
2. Für Miethe pro Jahr	850
3. Für Porto, Heizung, Licht und Reinigung	300
4. Für Zeitungs-Abonnement, Druck- sachen u. s. w.	300
Summa 2750 M.	

Das Bureau soll Auskunft ertheilen in allen gewerkschaftlichen Streitigkeiten, über Unfall-, Kranken-, Alters- und Invaliditätsver- sicherung, über Arbeiterschutz, Vereins- und Versammlungsrechte, sowie über das Fabrikinspektariat. Desgleichen in Heimath-, Bürger- rechts-, Verehelichungs- und Armensachen sowie bei Wirthschafts- streitigkeiten. Ferner übernimmt das Sekretariat die Auszahlung der

Reise-Unterstützung, Vermittelung des Arbeitsnachweises und Ueber- weisung der sich auf der Reise befindlichen Arbeiter in die Herbergen nur für die Gewerkschaften, welche den Auftrag dazu ertheilen.

In der Maschinenfabrik und Eisengießerei von Fritz Müller in Göttingen haben 21 Mann die Arbeit niedergelegt.

Ausland.

Die österreichischen Staatsbahnen haben, ganz nach dem be- rühmten Muster der Privatunternehmer, schwarze Listen gegen einige mißliebige Arbeiter in Umlauf gesetzt. Die Wiener „Arbeiter- Zeitung“ veröffentlicht ein Zirkular der Direktion O. M. u. J., in welchem zwei Arbeiter benannt werden, die wegen sozialistischer Agitation entlassen sind. Der Zweck des Rundschreibens ist klar, es bedeutet für die Arbeiter die Kennzeichnung auf einer schwarzen Liste und damit schließt sich die Eisenbahn-Direktion einer Kampfes- weise an, die nur vom Standpunkte eines bornirten Kapitalisten ver- treten werden kann.

Die Urabstimmung der englischen Stukateur-Gewerkschaft hat eine große Mehrheit für die Politik ergeben, wie sie in der Antwort des Vorstandes der Gewerkschaft auf die Beschwertes- schrift des Unternehmerbundes dargelegt wurde. In seinem Schreiben an diesen deutet der Sekretär der Gewerkschaft indeß an, daß diese nach wie vor zu Verhandlungen mit den Unternehmern bereit ist. In den nächsten Tagen wird die Entscheidung fallen, ob diese die angeklagte Arbeitssperre ins Werk setzen werden oder nicht. Da nur eine Minderheit der Unternehmer im Verband ist, würde die Sperre auch nur eine Minderheit der Arbeiter treffen und an eine baldige Beendigung des Konflikts ganz und gar nicht zu denken sein.

Die vierte Jahreskonferenz des Bundes der organisierten Staatsarbeiter (Post-, Arsenal-, Proviant- u. Werkstätten-Arbeiter) fand am 15. Februar in London statt. Der Vorsitzende konnte in seinem Berichte verschiedene Erfolge des Bundes in Abstellung von Uebelständen im Regierungsdepartement konstatiren. Von den ge- fachten Verträgen drachten die meisten um Wahrung des Koalitions- rechts der vom Staat beschäftigten Arbeiter und Sicherung von Gewerkschafts- bzw. Mindestlöhnen. Dem Arbeiter-Abgeordneten Sam. Woods wurde der Dank der Konferenz für seine Bemühungen um die Sicherung des Mindestlohnes von 24 Schillingen die Woche für Staatsarbeiter ausgesprochen, aber hinzugefügt, daß nach Ueber- zeugung der Konferenz bei heutigen Preisen ein Wochenlohn von 30 Schillingen das Mindeste sei, was ein Arbeiter für das häusliche Leben mit seiner Familie brauche. Schließlich ward einstimmig be- schlossen, den Vertreter des Fawcett-Bundes (Organisation der Post- angestellten), W. V. Cheesman, bei der nächsten Parlamentswahl in einen Wahlkreis bei London (Epping) als Kandidat aufzustellen, damit er im Parlament die Interessen der Staatsarbeiter wahrnehme. Die Kan- didatur soll von den bürgerlichen Parteien unabhängig sein, indeß haben die Liberalen des betreffenden Kreises sich bereit erklärt, die Kandidatur Cheesman zu unterstützen.

Ein gewonnener Fiskalstreik. Seit drei Jahren hatten die Fiskler von Thorsmünde-Langen an der Westküste Jütlands be- schlossen, niemand mehr überzusetzen, bevor ihnen das Amt nicht einen h ö h e r e n S ä h r l o h n zahlte. Die Fiskler haben diese Streik- übereinkunft so streng gehalten, daß nur der Telegraphen-Rediror im vorigen Sommer übergesetzt wurde, der 15 Kronen für die Ueber- fahrt zahlte. Jetzt haben die Fiskler gesiegt. Der Amtsrath hat 100 Kronen zur Anschaffung von Fährmaterial und 200 Kronen jähr- lichen Zuschuß für die Fährleute bewilligt.

Soziales.

Aus dem Geschäftsberichte des Reichs-Versicherungs- amtes für 1898 geben wir einige vorläufige Mittheilungen. Es sind 406 958 Unfälle angemeldet und 67 432 erstmalig entshädigt. Die Summe der gezahlten Entschädigungen belief sich auf 71,1 Mill. Mark gegen 63,9 Mill. Mark im vorigen Jahre. Sie vertheilt sich auf 581 995 Personen, so daß auf die Person durchschnittlich 120 Mark entfielen. Bei den 1298 Schiedsgerichten schwebten 44 313 Verurtheilungen. Davon wurden 38 476 erledigt und zwar 28 235 durch Abweisung der Verurtheilungen.

Im Berichtsjahre bezogen 294 000 Personen Invalidenrente und 222 500 Altersrente; sie empfingen zusammen 61,9 Millionen Mark Rente, also nicht ganz 120 M. pro Kopf.

Arbeiterrisiko im Bergbau. Auf der Zeche „Erin“ in Eastroy bei Dortmund wurde der Häuer Schoam durch herein- brechende Kohle sofort getödtet. — In Ferner wurde der Maschinist Hiller verhaftet, dem man die Schuld an dem Unglück auf der Zeche „Mont Cenis“ zuschreibt. Von den dort Verunglückten soll die Hoffnung bestehen, daß keiner dauernden Schaden erleidet.

Auf Zeche „Holland“ Schacht III in Dortmund ließ Sonntag früh 5 Uhr der Maschinenwärter den Korb zu tief gehen. Bei dem Emporheben desselben fiel einer von den neun im Korb befin- dlichen Arbeitern heraus und fand einen kläglichen Tod durch Ertrinken. Außerdem wurden bei dem Unglücksfälle zwei Mann schwer, einer leicht verletzt.

Wohnungsnoth. In Erfurt macht sich eine steigende Wohnungs- noth geltend, die namentlich für Arbeiter einem fast völligen Mangel an Wohnungen gleichkommt. Während im Jahre 1898 (immer für April gerechnet) bei 16 862 Wohnungen 961 leer standen, verminderte sich diese Zahl trotz regelmäßig steigender Anzahl der überhaupt vor- handenen Wohnungen dennoch stetig und es standen April 1899 bei 17 632 überhaupt vorhandenen Wohnungen nur 92 leer. Nach einer Veranschlagung unseres Erfurter Parteiblattes, die die vorhandene Bauhätigkeit be- rücksichtigt, wird sich der Nothstand noch verschärfen und für die Arbeiter selbst dann, wenn im Allgemeinen genug Wohnungen ge- schaffen würden, doch dazu führen, daß sie in lothspielige Wohnungen nachrücken müssen.

Eine Wohlfahrts-Einrichtung. Auf der Zeche Vollmond im Anhördiez besteht eine Unterstützungskasse, die unter der Firma einer von dem Unternehmen geschaffenen sogen. Wohlfahrts-Einrichtung segelt. Wie diese Wohlfahrts-Einrichtung beschaffen ist, davon liefert ihre letzte Abrechnung einen Beweis. Sie zeigt für 1898 eine wirk- liche Einnahme von 4944,51 M. Davon stammen 2958,80 M. aus gezahlten Kosten, also nicht ausgezahlte Arbeitslöhne, 919,20 M. sind Strafgeelder, 800,57 M. überziehende Pfennige von Arbeitslöhne, die nicht ausgezahlt werden und 85,05 M. rückständige Löhne und 371,99 M. sind aus der Kasse des Werkes zu dieser sogenannten Wohlfahrts-Einrichtung gezahlt worden, deren Kosten also in Wirk- lichkeit von den Arbeitern getragen wurden.

Gewerkschafts-Zeitung.

Der Triumph der Empfindsamkeit. „Juden, Sozialdemo- kraten und Anarchisten“ und „Judenrecht“ — unter diesen Spitz- marken trieb im Januar an verschiedenen Tagen ein Mann mit besonders lauter Stimme eine Propaganda an, die er namentlich den auf den Plattformen der Straßenbahnwagen stehenden Fahrgästen in andringlicher Weise anbot. Mehrere Fahrgäste jüdischen Glaubens fühlten sich durch diese Art des Propagandahandels belästigt und sorgten an zwei verschiedenen Tagen für die polizei- liche Feststellung des Mannes, indem sie behaupteten, daß dieser die Propaganden, die er in überlauter Weise ausgerufen, ihnen direkt unter die Nase gehalten habe. Der Gendarm stand gestern als Redakteur Reumann unter der Anklage des groben Unflugs. Er erklärte, daß er den Kampf gegen die Juden zu seiner Lebensaufgabe gemacht habe und seine Propaganden so laut anprei- ßen dürfe, daß seine Worte auf 30 Schritte Entfernung gehört werden können. Der Gerichtshof hielt den Angeklagten des groben Unflugs in vier Fällen schuldig und verurtheilte ihn zu 12 M. Geldstrafe event. 4 Tagen Haft. Wäre es nicht gescheiter gewesen, wenn die Fahrgäste ihrer Empfindsamkeit Flügel angelegt hätten? Jetzt erscheint der Aufschricker, den bis dahin kein verstandiger Mensch beachtet hat, im Verein mit der „Staatsbürger-Zeitung“ und dem Dreißiggrafen Plücker am Ende gar noch als Märtyrer.

Ein außerordentliches Schwindler-talent entdeckte der Ar- beiter Paul Pag, welcher gestern wegen Betruges im Rückfalle und wiederholter Umlaufschaltung vor dem siebenten Strafkammer des Landgerichts I stand. Pag liebt es, sich in Schankwirtschaften als Kriminalbeamter auszugeben, der erst kürzlich in das betreffende Revier versetzt worden ist. Kommt er in eine Kneipe mit Damen- bedienung und sieht, daß dort eine Kellnerin bei einem Gaste Platz genommen hat, so sagt er in wohlwollendem Tone: „Weiben Sie nur sitzen, ich bin nicht so streng, meine Beamtenhätigkeit liegt auf einem anderen Gebiete.“ Bei einem späteren Besuche hat er dann stets sein Portemonnaie vergessen, worauf der Wirth seinen bereit ist, dem wohlwollenden Beamten“ mit dem erbetenen kleinen Darlehn auszuweichen. Derartige Betrugsfälle lagen jetzt zwei gegen ihn vor, während die übrigen „auf einem anderen Gebiete“ lagen. Pag hielt sich mit Vorliebe auf den Treppen auf, die zum Bureau eines Rechtsanwalts führten. Er schnidete hier auf Laufburschen, welche er ausdroschte, zu welchem Zwecke sie das Bureau besuchen wollten. Erfuhr er, daß der Gefragte eine Rechnung bezahlen wollte, so erklärte er, daß er selbst der Inhaber des Bureaus sei, ließ sich Rechnung nebst Geld ausstrecken und quittirte die erstere gleich auf der Treppe mit dem Bemerken, daß er gerade im Begriffe sei, einen Geschäftsgang zu unternehmen. In vier Fällen glückte dem Angeklagten dieser Betrug; es fielen ihm dabei bisweilen recht er- hebliche Beträge in die Hände. Im Termin entschuldigte er sich damit, daß er mit 80 Pf. aus dem Gefängnis entlassen worden sei, seine Bemühungen, Arbeit zu erhalten, seien vergeblich gewesen, und da habe er wieder rückfällig werden müssen. Da man dem An- geklagten außerdem ansah, daß er im hohen Grade brustleidend war, so beantragte der Staatsanwalt, ihn noch einmal vor dem Justizhaus zu bewahren und ihn zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren sechs Monaten und fünfjährigen Ehrverlust zu verurtheilen. Der Gerichtshof erkannte diesem Antrage gemäß.

Der Kampf der Aerzte gegen die Unfallstationen ist noch immer ein erbitterter und wird vielfach vor dem Richter aus- gesprochen. Gestern hatte sich die 8. Strafkammer des Landgerichts I wieder mit einer Privatklage des Direktors Max Schlesinger gegen den verantwortlichen Redakteur der „Berliner Aerzte- korrespondenz“, Herrn Dr. Heinrich Joachim, zu beschäftigen. Die genannte Korrespondenz hatte einen von Herrn Dr. Hüls ver- faßten Artikel gebracht, in welchem von den „Schwindelhaften Schlesinger'schen Monatsberichten“ gesprochen wurde. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten deswegen zu 50 M. Geldstrafe ver- urtheilt. Gegen dieses Urtheil war Berufung eingelegt worden. Der Angeklagte trat gestern einen Wahrheitsbeweis an, gegen den Herr Dir. Schlesinger nichts einzuwenden hatte, da er die Ueberzeugung aus- sprach, daß durch einen derartigen Beweis die völlige Haltlosigkeit der gegen die Richtigkeit der Monatsberichte vorgebrachten Be- hauptungen erwiesen werden würde. Der Gerichtshof beschloß Beweis nur über folgende Behauptungen des Angeklagten zu erheben: 1. Daß Hr. Dr. Schlesinger den auf der Unfallstation der Gewerbe- ausstellung thätig gewesenen Aerzten an's Herz gelegt habe, dafür zu sorgen, daß die Zahlen der dort zu registrierenden Fälle nicht hinter den Zahlen der Sanitätswochen zurückbleiben; 2. daß in der Unfallstation in der Kronenstraße ein Dienstmädchen über 100 Mal erschienen sei und jeder dieser Besuche als ein besonderer Fall auf- geführt worden sei. Als Zeugen für diese Thatsachen, die der Privatkläger entschieden bestrittet, soll Herr Dr. Rugdan vorgeladen werden.

Appellationsprozess. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit — so lesen wir in der Charlottenburger „Neuen Zeit“ — verhandelte am Sonnabend die 1. Strafkammer des Landgerichts II gegen die Hotelbesitzerin Frau Anna S. Scheer zu Westend wegen Stuppel. Der Verhandlung wohnte ein Major des Königin Elisabeth-Regiments im dienstlichen Auftrage bei. Das Urtheil des Gerichtshofes lautete auf drei Tage Gefängnis.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Elbing, 6. März. (B. G.) Einer Meldung der „Elbinger Zeitung“ zufolge bestrafe die Provinzial-Steuerdirektion den früheren Wahlenbesitzer Albert Meyer in Elbing, jetzt in Berlin, wegen Falschunterzeichnung in Höhe von 63 000 Mark zur Zahlung des vierfachen Betrags der bestraferten Summe, sowie zum Werth- ersatz des unrechtmäßig in den Inlandverkehr gebrachten russischen Roggens. Die Strafe beträgt insgesammt über eine halbe Million. Bei der Verhandlung gegen Meyer wegen Raubmittels-Fälschung hatte sich herausgestellt, daß Meyer russischem Transitroggen 12 pCt. entzogen und dafür Weizenmehl zugefügt hatte.

Paris, 6. März. (B. G.) Der Kassationshof hat den Richter Grosjean in Versailles auf zwei Monate seines Amtes entzogen, weil er kürzlich die Kriminal- kammer des Kassationshofes in Bezug auf die Dreyfus- angelegenheit festig angegriffen hat. — Der Präsident des Kassationshofes hat als Berichterstatter in der Dreyfusangelegenheit den Präsidenten der Zivilkammer, Ballot, ernannt. Ballot wird seinen Bericht Mitte April dem Kassationshofe unterbreiten.

Paris, 6. März. (B. G.) In der Kammer wurde heute die Interpellation des Abg. Fournière auf ein späteres Datum verlegt.

Paris, 6. März. (B. Z. W.) Die vereinigten Kammern des Kassationshofes unter dem Vorsitz Raynaud's ernannten Ballot Veauvre, den Vorsitzenden der Zivilkammer und Nachfolger Queyriaux de Beaurepaire's zum Berichterstatter in der Angelegenheit der Revision des Prozesses Dreyfus. Dem Vernehmen nach wird die Angelegenheit nicht vor dem 10. April zur öffentlichen Verhandlung kommen.

London, 6. März. (B. G.) Esterhazy macht im heutigen „Daily Chronicle“ weitere Enthüllungen: Er sei schon Mitte der 70er Jahre in dem Espionage-Bureau des Kriegsministeriums gewesen, wärs daselbst bis zu seiner Ernennung zum Haupt- mann verblieben und dann zur Truppe versetzt worden. Er macht genaue Angaben, wonach Henry das ihm verhängnißvoll gewordene Dreyfus-Dokument fälschte, und erklärt, daß Boisdeffre, du Paty de Clam und Pellieux bereits im April 1898 davon wußten.

London, 6. März. Wie das „Reuter'sche Bureau“ aus Nombasa von heute berichtet, sind dort Meldungen eingetroffen, daß in mehreren großen Distrikten des britisch-afrikanischen Protektorats Hunger- noth ausgebrochen ist. Das Getreide auf den Feldern ist von den Heuschrecken vor der Ernte vernichtet worden. Die Orts- behörden und Missionsgesellschaften thun ihr Bestes, um dem Elend vorzubeugen, allein es gilt nicht für unwahrscheinlich, daß ein An- sturz an das englische Volk zur Hilfeleistung nothwendig sein werde.

Brüssel, 6. März. (B. G.) In der hiesigen Wohnung des im Haag verhafteten deutschen Anarchisten J. Adtiger, der be- schuldigt ist, von einer Anarchistenversammlung, welche angeblich in der Nähe von Frankfurt stattgefunden, durch das Loos bezeichnet worden zu sein, den holländischen Justizminister niederzuschlagen, hielt die Polizei heute eine Hausdurchsuchung ab, bei welcher kompromittirende Schriftstücke beschlagnahmt worden sind.

Genoa, 6. März. (B. G.) Der Expresszug Rizza- Wien lief bei der Station Cereali infolge falscher Weichen- stellung in einen leeren Güterzug, der vollständig zertrümmert wurde; trotz der starken Besetzung des Expresszuges wurde niemand ernstlich verletzt.

Madrid, 6. März. (B. Z. W.) Kammer. Der Schriftführer verliest das königliche Dekret, durch welches das neue Ministerium ernannt wird. Der Ministerpräsident verliest darauf das Dekret, durch welches die Kortes aufgelöst werden. Der Deputierte Abanaz ruft: „Nieder mit den Jesuiten“, worauf Hochrufe auf die Republik und die Freiheit erschallen. — Unter großem Tumult hebt der Präsident die Sitzung auf und läßt die Tribünen räumen.

New-York, 6. März. (B. Z. W.) Nach einem hier veröffent- lichten Telegramm aus Manila verdrängten die Aufständischen letzte Nacht die Wasserwerke zu demächtigen. Es entspann sich ein Kampf, bei dem eine Anzahl Todte und Verwundete gab.

Reichstag.

50. Sitzung, Montag, 6. März 1899, 1 Uhr. Am Bundesratsstische: v. Götler, Niederding. Eingegangen ist die Novelle zur Gewerbe-Ordnung. Zunächst steht auf der Tagesordnung die dritte Beratung des Gesetzes betreffend die Einrichtung eines besonderen Senats für das bayerische Meer bei dem Reichs-Militärgericht in Berlin.

Abg. Dr. Schäbler (Z.) giebt die Erklärung ab, daß er trotz der Erklärung des Reichsfanzlers wegen nicht genügender Wahrung des bayerischen Referatortes mit seinen engeren Freunden gegen das Gesetz stimmen werde.

Das Gesetz wird darauf in der Gesamtstimmung mit großer Mehrheit angenommen.

Hierauf wird die zweite Staatsberatung beim Militärstat fortgesetzt.

Zur Bewährung von Zulagen an die Unteroffiziere zc. bei den Besatzungstruppen in Elsaß-Lothringen werden 430 000 M. verlangt.

Abg. Schrempf (L.) bittet auch den nach Elsaß-Lothringen kommenden Mannschaften solche Zulagen zu bewilligen. Die Forderung wird bewilligt.

Eine Forderung in Höhe von 135 000 M. zum Neubau und Ausstattungsergänzung zweier Garnison-Arrestanstalten in Berlin wird, dem Antrag der Kommission gemäß, getrieben.

Weiter werden zum Neubau und Erweiterung der Diensträume des Kriegsministeriums in Berlin 180 000 M. gefordert. Gemäß dem Kommissionsbeschlusse werden nur 140 000 M. dafür bewilligt.

Für den Neubau einer Kavalleriekaserne in Pasewalk werden statt 250 000 M. nur 150 000 M. bewilligt.

Zum Neubau einer Infanteriekaserne in Altdorf werden als zweite Rate statt 8000 nur 2000 M. bewilligt.

Für den Neubau eines Wasch- und Desinfektionshauses beim Garnisonlazareth in Glogau werden 27 000 M. gefordert. Die Kommission beantragt die Forderung abzulehnen. Das Haus beschließt demgemäß.

Für größere Neubauten auf dem Remontedepot werden statt der geforderten 178 050 nur 154 000 M. bewilligt.

Zum Neubau einer evangelischen Garnisonkirche in Dienze werden dagegen statt 86 000, die gefordert waren, 91 000 M. bewilligt.

Zum Neubau einer Infanteriekaserne und einer Garnison-Waschanstalt in Ramenz werden statt 400 000 Mark nur 300 000 M. bewilligt. Zum Ersatzbau für die abgebrannte Kaserne in Zwidau werden 800 000 M. bewilligt, gefordert waren 900 000 M.

Auf dem Vorwerk Adelsdorf des Remontedepots Kalkreuth soll ein Ofenstall gebaut werden. Es werden dazu 59 000 M. gefordert, jedoch nur 45 000 M. bewilligt.

Zur Wiederherstellung zc. des abgebrannten Garnisonlazareth in Stuttgart werden 147 000 M. gefordert. Es werden davon als erste Rate 10 000 M. bewilligt.

Der Rest des Extra-Ordinariums wird debattelos genehmigt. Damit ist die zweite Beratung des „Militärstat“ erledigt.

Es folgt die Beratung des Etats über den Allgemeinen Personalfonds. Derselbe wird debattelos genehmigt.

Zum Etat über den Reichs-Invalidentfonds beantragt die Kommission folgende Resolutionen:

1. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Mittel, welche zur Bewährung von Weibilden von 120 M. an alle nach dem Gesetz vom 22. Mai 1895 Art. III als berechtigt anerkannten Veteranen fehlen, aus allgemeinen Reichsmitteln durch einen Nachtragsetat für das Rechnungsjahr 1899 abzudecken anzufordern.

2. Den Herrn Reichszentralrat zu ersuchen, dem Reichstage noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen unter Berücksichtigung der gesteigerten Kosten der Lebenshaltung den berechtigten Wünschen der Militärintvaliden, insbesondere auch in Bezug auf die Versorgung der Wittwen und Waisen, die Entschädigung für Nichtbenutzung des Zivildienstes und die Befreiung der Militärenten neben dem Zivildienstleistungen resp. der Zivildienstleistungen Rechnung getragen wird.

Abg. Graf Oriola (natl.): Jahr für Jahr bringe ich hier dieselben Klagen, dieselben Beschwerden vor, und ich werde nicht eher ruhen noch schlafen, bis jene überaus bedauerlichen Zustände beseitigt sind. Redner befragt sodann die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Veteranen und Invaliden, wie sie in den beiden Resolutionen zum Ausdruck gelangt sind. Er legt besonderen Nachdruck auf die Worte: Aus allgemeinen Reichsmitteln. Die Militärverwaltung und der Herr Reichssekretär sind auch durchaus willig, nur im Kasernenwäldchen liegen die Schwierigkeiten. Wir müssen aber durch einen einstimmig gefassten Beschluß darauf dringen, daß die Regierung endlich unseren Wünschen nachkommt.

In dem großen kommenden Krieg, vor dem uns Gott bewahren möge, werden die verheerendsten Leute mit einem ganz andern Gefühl der Sicherheit ins Feld ziehen, wenn sie wissen, daß das Vaterland für Frau und Kind sorgt.

Schachsekretär Hr. v. Thielmann: Die verbündeten Regierungen haben das Gesetz von 1895 nicht nur voll erfüllt, sondern sind sogar über seine strenge Auslegung hinausgegangen. Daß der Reichstag das Gesetz von 1895 nur als eine Abhilfsmaßnahme betrachtet hat, davon ist mir nichts bekannt. Die Regierung kann nicht launig ein Gesetz verabschiedet ist, auf Mittel und Wege sinnen, wie dasselbe zu erweitern ist.

Den Vorwurf der Kleinlichkeit müssen die Regierungen entschließen zurückzuweisen. Er beruht auf einem fundamentalen Irrthum. Die Gesamtzahl der als Anwärter anerkannten Veteranen ist 1896-98 von 28 145 auf 35 268 Köpfe gestiegen. Es läßt sich also mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß jedes weitere Jahr eine weitere Steigerung von einigen Tausend bringen wird. Daß den Veteranen aus dem glorreichen Kriege eine warme Theilnahme seitens der Regierung entgegengebracht wird, darf nicht bezweifelt werden. Aber die Uebernahme der Veteranen auf allgemeine Reichsmittel ist keine Invalidentfürsorge mehr, sie ist allgemeine Menschenfürsorge und würde die Einstellung eines ganz neuen Kapitels bewirken. Ob dazu eine Eignetheit herrscht, ist freilich fraglich; bei der preussischen Regierung besteht sie nicht.

Abg. Graf von Kardorff (Rp.) theilt die Ansicht des Grafen Oriola, daß es vielleicht ein Fehler war, die Veteranen aus dem Invalidentfonds zu verdrängen. Es besteht aber nach der Ansicht, daß man durch eine beträchtliche Anleihe den Reichs-Invalidentfonds so erhöht, daß er auch dieser Aufgabe gerecht werden kann. Auf jeden Fall muß der wachsenden Unzufriedenheit vorgebeugt werden.

Abg. Graf von Roon (L.) erklärt namens seiner politischen Freunde, daß sie auf dem Boden der Resolutionen stehen. Wir haben es aber nicht nötig, unseren Patriotismus besonders zu betonen. Für unsere Soldaten sorgen wir immer gern.

Abg. Werner (Antif.) konstatiert, daß über die vorliegende Frage allgemeine Ueber-einstimmung im Hause herrscht. Hoffentlich wird nun auch die Regierung ihren Widerstand aufgeben, es ist für das Deutsche Reich geradezu eine Ehrenpflicht, die Wünsche dieser Veteranen und Invaliden zu erfüllen. Viele von diesen Armen noagen heute am Hungertuch, obgleich sie doch einen berechtigten Anspruch auf die Fürsorge des Reiches haben.

Abg. Dr. Schäbler (Z.) handelt es sich um Wünsche, die von der Regierung an das Haus kommen, so wird möglichst sofortige Erfüllung erwartet, umgekehrt zeigt es sich auch hier wieder, daß Wünsche, die der Reichstag, wenn auch fast einstimmig, äußert, von der Regierung stets erst in lange Erwägung gezogen werden. Auch meine politischen Freunde halten die Wünsche der Veteranen und Invaliden für durchaus berechtigt, die erforderlichen Geldmittel müssen auf jeden Fall zu beschaffen sein.

Abg. v. Stauby (L.) bezweifelt die Schätzung des Herrn Schachsekretärs, daß die Zahl der als Anwärter anerkannten Veteranen in den nächsten Jahren noch steigen werde. Aber selbst wenn das der Fall wäre, dürfte sich die Regierung den Resolutionen gegenüber nicht ablehnend verhalten.

Abg. Singer (Soz.): Die Unterzeichner der vorliegenden Resolution, zum Theil sehr hochgeachtete Herren, haben gemeint, daß die unzulängliche almosenhafte Unterstützung der Veteranen von gewissenlosen Agitatoren geschickt benutzt worden sei, um das Vertrauen der alten Veteranen zur Fürsorge der Regierung zu erschüttern. Ich nehme an, daß unter diesen gewissenlosen Agitatoren die Sozialdemokratie verstanden wird. (Zurufe rechts: Allerdings.) Die Herren bestätigen es (freilich! rechts.) Da muß ich mich über das kurze Gedächtniß der Herren wundern. Die Herren haben ganz vergessen, daß die Vertreter der Sozialdemokratie im Jahre 1895 den großen Abständen der Regierung entgegengetreten, indem sie ausführten, daß alle Veteranen die Unterstützung bekommen sollten und daß die gegebene Unterstützung ein bettelhaftes Almosen darstellt. Jetzt sind die Herren v. Kardorff und Werner derselben Meinung. Als wir 1895 die Unterstützung der Veteranen höher normieren wollten, da sagten die Herren 120 M. sind genug. Heute erkennen sie an, daß das nicht genug war.

Es zeugt von stiller Rührigkeit, wenn man einer Partei insinuiert (Anrufe rechts), daß sie für Personen, die dem Vaterlande Dienste geleistet haben, keine Sympathie habe, das zeugt von einer so häßlichen Gesinnung, daß ein parlamentarischer Ausdruck fehlt, um sie richtig zu qualifizieren. Man sollte von Leuten, bei denen man ein gewisses Maß von Bildung voraussetzen darf, annehmen, daß sie sich scheuen würden, gewisse Dinge in die Welt zu setzen, um so mehr als sie ja wissen, daß wir diese Behauptungen sehr bald auf ihr Nichts zurückführen würden.

Ich gehe auf die Resolutionen weiter nicht ein; wir verbleiben bei unserer Stellung, die wir 1895 eingenommen haben. Wir sagen, daß die Summe an sich, sowie die Bestimmung, an die ihre Vergabe geknüpft ist, durchaus ungenügend ist. In einem Punkte muß ich freilich dem Herrn Schachsekretär recht geben: Wenn nach den Wünschen des Reichstages sämtliche Veteranen die Unterstützung bekommen würden, so würden die Forderungen des Invalidentfonds dazu nicht ausreichen. Inzwischen wir haben diesen Einwand bereits 1895 gemacht und das, was die Resolutionen jetzt vorschlagen, die Unterstützung aus Reichsmitteln haben wir bereits 1895 gewünscht. Die übrigen Parteien waren es, die sich unserem Antrag damals entgegenstellten. Wir sind der Ansicht, daß man gegenüber dem Militärstat, der Hunderte von Millionen verschlingt, eine solche Forderung nicht ablehnen sollte. Diese Summe könnte in der That mit Vertheilung aufgebracht werden; man braucht nur auf einige Ausgaben verzichten, die wir für unnötig und kulturwidrig halten. (Sehr richtig! links.) Wir verzichten aber auf einen eigenen dahinjulierenden Antrag, wir wollen nicht den Anschein erwecken, als ob wir in dem Wetrennen der Parteien um die Veteranenversorgung den Reford erzielen wollen.

Ich schließe, indem ich Ihnen sage, die Richtigkeit unserer Ueberzeugungen ist viel zu sehr in die Waagen gedungen, als daß diese solchen Verdächtigungen, wie ich sie vorhin charakterisiert habe, Glauben schenken könnten. Aber es ist immer nützlich, ad oculos zu demonstrieren, daß das thätliche Verhalten meiner Partei jene immer wiederkehrenden Behauptungen aufs hündigste widerlegt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Stodmann (L.): Der Vorredner hat damit geprahlt, daß seine Partei schon 1895 die Erhöhung der Weibhilfe für Veteranen von 120 auf 300 M. beantragt habe. Es ist sehr leicht, solche Dinge, von denen Unausführbarkeit man überzeugt ist, zu beantragen. Das erweckt auch angenehme Empfindungen bei denen, die bedacht werden sollen. Wir werden heute den Resolutionen zustimmen. Ihr Inhalt deckt sich ja auch mit den Intentionen Sr. Majestät des Kaisers. Die Erbitterung der hilfsbedürftigen Veteranen ist gerechtfertigt und muß beseitigt werden.

Abg. Schrempf (L.): Die Regierung treibt in dieser Frage arge Anauerei, an Sedantagen hält man die schönsten Reden, aber den Veteranen giebt man nichts. Da der Reichstag von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken einig ist, wird die Regierung hoffentlich die nötige Konsequenz daraus ziehen. Die Forderungen der Invaliden und Veteranen sind sehr bescheidene, deshalb sollte man nicht erst lang und breit in Erwägung ziehen. Das nötige Geld kann zum Beispiel beim Bankrotterklärung gleichkommen, wollte das Reich sagen, es sei für die Veteranen kein Geld vorhanden. (Beifall rechts.)

Abg. Prinz Schöneck-Carolath (Hosp. der Nationall.) hofft, daß die Regierung den beiden Resolutionen zustimmen werde und namentlich die in Preußen maßgebende Stelle ihren Widerstand aufgeben werde.

Abg. Veich (fr. Sp.) erklärt namens seiner Partei, daß diese den beiden Resolutionen zustimmen wird.

Die Diskussion schließt damit. Der Etat wird bewilligt. Die beiden Resolutionen werden einstimmig angenommen. (Bravo.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich konstatire nochmals, daß die Annahme der beiden Resolutionen einstimmig erfolgt ist. (Weiterleit und nochmaliges Bravo.)

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Gesetz betr. die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen, Hypothekendarlehen, Novelle zum Strafgesetzbuch.)

Schluß 5/4 Uhr.

Abg. Dr. Schäbler (Z.):

Handelt es sich um Wünsche, die von der Regierung an das Haus kommen, so wird möglichst sofortige Erfüllung erwartet, umgekehrt zeigt es sich auch hier wieder, daß Wünsche, die der Reichstag, wenn auch fast einstimmig, äußert, von der Regierung stets erst in lange Erwägung gezogen werden. Auch meine politischen Freunde halten die Wünsche der Veteranen und Invaliden für durchaus berechtigt, die erforderlichen Geldmittel müssen auf jeden Fall zu beschaffen sein.

Abg. v. Stauby (L.) bezweifelt die Schätzung des Herrn Schachsekretärs, daß die Zahl der als Anwärter anerkannten Veteranen in den nächsten Jahren noch steigen werde. Aber selbst wenn das der Fall wäre, dürfte sich die Regierung den Resolutionen gegenüber nicht ablehnend verhalten.

Abg. Singer (Soz.): Die Unterzeichner der vorliegenden Resolution, zum Theil sehr hochgeachtete Herren, haben gemeint, daß die unzulängliche almosenhafte Unterstützung der Veteranen von gewissenlosen Agitatoren geschickt benutzt worden sei, um das Vertrauen der alten Veteranen zur Fürsorge der Regierung zu erschüttern. Ich nehme an, daß unter diesen gewissenlosen Agitatoren die Sozialdemokratie verstanden wird. (Zurufe rechts: Allerdings.) Die Herren bestätigen es (freilich! rechts.) Da muß ich mich über das kurze Gedächtniß der Herren wundern. Die Herren haben ganz vergessen, daß die Vertreter der Sozialdemokratie im Jahre 1895 den großen Abständen der Regierung entgegengetreten, indem sie ausführten, daß alle Veteranen die Unterstützung bekommen sollten und daß die gegebene Unterstützung ein bettelhaftes Almosen darstellt. Jetzt sind die Herren v. Kardorff und Werner derselben Meinung. Als wir 1895 die Unterstützung der Veteranen höher normieren wollten, da sagten die Herren 120 M. sind genug. Heute erkennen sie an, daß das nicht genug war.

Es zeugt von stiller Rührigkeit, wenn man einer Partei insinuiert (Anrufe rechts), daß sie für Personen, die dem Vaterlande Dienste geleistet haben, keine Sympathie habe, das zeugt von einer so häßlichen Gesinnung, daß ein parlamentarischer Ausdruck fehlt, um sie richtig zu qualifizieren. Man sollte von Leuten, bei denen man ein gewisses Maß von Bildung voraussetzen darf, annehmen, daß sie sich scheuen würden, gewisse Dinge in die Welt zu setzen, um so mehr als sie ja wissen, daß wir diese Behauptungen sehr bald auf ihr Nichts zurückführen würden.

Ich gehe auf die Resolutionen weiter nicht ein; wir verbleiben bei unserer Stellung, die wir 1895 eingenommen haben. Wir sagen, daß die Summe an sich, sowie die Bestimmung, an die ihre Vergabe geknüpft ist, durchaus ungenügend ist. In einem Punkte muß ich freilich dem Herrn Schachsekretär recht geben: Wenn nach den Wünschen des Reichstages sämtliche Veteranen die Unterstützung bekommen würden, so würden die Forderungen des Invalidentfonds dazu nicht ausreichen. Inzwischen wir haben diesen Einwand bereits 1895 gemacht und das, was die Resolutionen jetzt vorschlagen, die Unterstützung aus Reichsmitteln haben wir bereits 1895 gewünscht. Die übrigen Parteien waren es, die sich unserem Antrag damals entgegenstellten. Wir sind der Ansicht, daß man gegenüber dem Militärstat, der Hunderte von Millionen verschlingt, eine solche Forderung nicht ablehnen sollte. Diese Summe könnte in der That mit Vertheilung aufgebracht werden; man braucht nur auf einige Ausgaben verzichten, die wir für unnötig und kulturwidrig halten. (Sehr richtig! links.) Wir verzichten aber auf einen eigenen dahinjulierenden Antrag, wir wollen nicht den Anschein erwecken, als ob wir in dem Wetrennen der Parteien um die Veteranenversorgung den Reford erzielen wollen.

Ich schließe, indem ich Ihnen sage, die Richtigkeit unserer Ueberzeugungen ist viel zu sehr in die Waagen gedungen, als daß diese solchen Verdächtigungen, wie ich sie vorhin charakterisiert habe, Glauben schenken könnten. Aber es ist immer nützlich, ad oculos zu demonstrieren, daß das thätliche Verhalten meiner Partei jene immer wiederkehrenden Behauptungen aufs hündigste widerlegt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Stodmann (L.): Der Vorredner hat damit geprahlt, daß seine Partei schon 1895 die Erhöhung der Weibhilfe für Veteranen von 120 auf 300 M. beantragt habe. Es ist sehr leicht, solche Dinge, von denen Unausführbarkeit man überzeugt ist, zu beantragen. Das erweckt auch angenehme Empfindungen bei denen, die bedacht werden sollen. Wir werden heute den Resolutionen zustimmen. Ihr Inhalt deckt sich ja auch mit den Intentionen Sr. Majestät des Kaisers. Die Erbitterung der hilfsbedürftigen Veteranen ist gerechtfertigt und muß beseitigt werden.

Abg. Schrempf (L.): Die Regierung treibt in dieser Frage arge Anauerei, an Sedantagen hält man die schönsten Reden, aber den Veteranen giebt man nichts. Da der Reichstag von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken einig ist, wird die Regierung hoffentlich die nötige Konsequenz daraus ziehen. Die Forderungen der Invaliden und Veteranen sind sehr bescheidene, deshalb sollte man nicht erst lang und breit in Erwägung ziehen. Das nötige Geld kann zum Beispiel beim Bankrotterklärung gleichkommen, wollte das Reich sagen, es sei für die Veteranen kein Geld vorhanden. (Beifall rechts.)

Abg. Prinz Schöneck-Carolath (Hosp. der Nationall.) hofft, daß die Regierung den beiden Resolutionen zustimmen werde und namentlich die in Preußen maßgebende Stelle ihren Widerstand aufgeben werde.

Abg. Veich (fr. Sp.) erklärt namens seiner Partei, daß diese den beiden Resolutionen zustimmen wird.

Die Diskussion schließt damit. Der Etat wird bewilligt. Die beiden Resolutionen werden einstimmig angenommen. (Bravo.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich konstatire nochmals, daß die Annahme der beiden Resolutionen einstimmig erfolgt ist. (Weiterleit und nochmaliges Bravo.)

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Gesetz betr. die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen, Hypothekendarlehen, Novelle zum Strafgesetzbuch.)

Schluß 5/4 Uhr.

Die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausindustrie.

Das Ortsstatut, welches die Gewerbe-Deputation ausgearbeitet hat, um die Hausindustrie in die Krankenversicherung einzubeziehen, dürfte in einer der nächsten Sitzungen dem Magistrat zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, welche schwere Belastung den Orts-Krankenkassen durch die Fassung dieses Statuts droht. Wie recht wir mit dieser Auffassung hatten, wird sätzend bewiesen durch nachstehende Eingabe, welche die Orts-Krankenkasse der Sattler und verwandter Gewerbe an den Kommissar für das Krankenversicherungswesen gerichtet hat:

„An den Herrn Magistratskommissar für die Orts- und Betriebs-Krankenkassen Hier. Hierdurch erlauben wir uns, dem Herrn Magistratskommissar Folgendes zu unterbreiten:

Wir haben bei einigen, von hiesigen Fabrikanten beschäftigten Hausindustriellen (Zwischenmeistern), welche die von ihnen beschäftigten

Personen zu der diesseitigen, für ihr Gewerbe zuständigen Kasse melden, im Jahre 1898 folgende Ausfälle an Beiträgen gehabt:

Table with 2 columns: Name and Amount. 1. Georg G. 7,65 M., 2. Ottilie G. 16,95 M., 3. Paul G. 71,15 M., Summa 95,75 M.

Das gegen die Genannten eingeleitete Zwangsbeitragsverfahren war fruchtlos.

Aber für die von diesen genannten Hausindustriellen beschäftigten Personen, für welche die Beiträge nicht gezahlt wurden, haben wir an hiesiger Krankenkasse-Unterstützung exklusive Medizin u. s. w. folgende Aufwendungen gemacht, für:

Table with 2 columns: Name and Amount. 1. Frau S. 9/1. 98: 63,- M., 2. Herrn S. 12/12. 98: 115,50 M., 3. Otto R. 30/8. 98: 11,9. 98: 12,- M., 4. Emil R. 15/9. 98: 16/10. 98: 40,50 M., 5. Magim. R. 12/11. 98: 11/12. 98: 39,- M., 6. Heinrich D. 15/11. 98: 23/11. 98: 16,50 M., 24/11. 98: 29/12. 98: 49,50 M., Summa: 386,- M.

Bemerkten wollen wir noch, daß gen. Hausindustrielle ihrer Verpflichtung, bezüglich der An- und Abmeldungen sehr mangelhaft nachsahen, daß die Abmeldung verschiedentlich erst auf unsere Veranlassung erfolgte, nachdem es zu unserer Kenntniß kam, daß die betreffenden Personen längst aus der Beschäftigung ausgeschieden seien und wir daher uns bezüglich des Unterstützungsanspruchs nur auf die Ehrlichkeit der Mitglieder verlassen konnten, welche auch mitunter zweifelhaft sein dürfte.

Infolge dieses eruchen wir den Herrn Magistratskommissar er-gewünscht, dahin wirken zu wollen, daß baldmöglichst ein Ortsstatut für die Stadt Berlin erlassen wird, welches bestimmt, daß nicht die Hausindustriellen, sondern die eigentlichen Arbeitgeber, nämlich die Fabrikanten, zur Meldung und Entziehung der Krankenbeiträge verpflichtet sind. Hochachtungsvoll J. A. W. Lippert, Vorsitzender.

Aus Vorstehendem geht für jeden, der sehen will, klar und deutlich hervor, welche schwerer Schaden die Kassen schon unter den heutigen Verhältnissen treffen kann. Wie viel mehr muß dies aber dann der Fall sein, wenn der Entwurf der Gewerbe-Deputation Gesetz wird, wonach der sogenannte unmittelbare Arbeitgeber die Melde- und Zahlungspflicht hat.

Es ist durchaus keine Uebertreibung, wenn gesagt wird, daß durch diese Bestimmung die Existenz einer ganzen Reihe solcher Kassen, in denen Hausindustrielle stark vertreten sind, einfach in Frage gestellt wird. Andere Kassen, namentlich die Schneiderkassen, haben dieselben üblen Erfahrungen gemacht, wie die Sattlerkassen, da sich gewöhnlich bei Zwangsvollstreckung herausstellt, daß das Mobilien entweder der Frau gehört oder auf Abzahlung genommen ist.

Dem Schreiber dieser Zeilen ist z. B. folgender Fall bekannt: Eine Frau arbeitet mit ihrer verkrüppelten Verwandten, ihrer Mutter und ihrem Schwiegervater für eine Konfektionsfirma. Die Frau holt die Arbeit, liefert sie ab, empfängt den Lohn und theilt diesen zu Hause aus. Diese Frau wird nach dem Ortsstatut-Entwurf Arbeitgeber, die von ihrem Verdienste für die drei anderen den Arbeitgeber-Beitrag zu zahlen hat. In Zeiten des schlechten Geschäftsganges aber bezieht sie für sich, ihr Kind und die verkrüppelte Verwandte Armen-Unterstützung. So sehen viele der neuen, von der Gewerbe-Deputation künstlich geschaffenen „Arbeitgeber“ aus.

Daß sich die Verluste der Orts-Krankenkassen bei derartigen „Arbeitgeber“ ins Ungemeinere ausdehnen müssen, liegt auf der Hand; des Weiteren aber ist klar, daß die Kosten sich in derselben Weise freigern werden. Und weshalb dies Alles?

Am einer handvoll Unternehmern eine Reihe wirklicher und eingebildeter Unbequemlichkeiten zu erproben, Unbequemlichkeiten, welche die leistungsfähige Industrie schon über 15 Jahre getragen hat. Dieser Drückbergerei der Herren S. Manheimer, Levin, Rosenthal und wie die „Guten“ alle heißen, muß auf das Nachdrücklichste entgegengetreten werden. Die Kassen müssen sich der schweren Last, welche ihnen hier auferlegt wird, voll bewusst werden und durch sachgemäße Eingaben an den Magistrat die drohende Gefahr bekämpfen. Leider haben die Unternehmer einen herabenden Vertreter ihrer Interessen im Dezernenten für diese Angelegenheit, Stadtrath Weigert, der, obwohl er seinerzeit dem ersten Orts-Statutenentwurf zugestimmt hat, heute, nachdem ihm von seinen Klassenossen Einsicht beigebracht wurde, das pure Gegenteil seiner früheren Meinung vertritt. Wird der Entwurf durch die Zustimmung des Magistrats Gesetz, dann darf man auch hier wieder sagen, daß über den sozialpolitischen Unternehmungen der städtischen Behörden der böse Engel „Einsichtslosigkeit“ waltet.

Kommunales.

Die Protokolle des Ausschusses zur Vorbereitung der Magistratsvorlage, betreffend die anderweitige Festsetzung der Dienstalters-Gehälter für verschiedene Beamtenkategorien, Bewilligung von Stellenzulagen zc. liegen nun abgeschlossen der Stadtdirektoren-Versammlung vor und werden die letztere in der nächsten Sitzung beschließen. Ueber den Stand der Klagen verschiedener diätarisch beschäftigten Militär-anwärter gegen den Magistrat auf Nachzahlung von Diäten sind dem Ausschusse folgende Mittheilungen gemacht worden: Ein Theil jener Militäranwärter haben die Klage mit der Behauptung erhoben, daß sie auf grund des § 13 des Gesetzes vom 21. Juli 1892 nach Ablauf einer sechsmonatigen Probe-Dienstzeit definitiv angeheilt seien und von diesem Zeitpunkt ab Anspruch auf das volle Gehalt der Stelle hätten; da ihnen die Diäten nur in Höhe von drei Vierteln des Gehalts gezahlt worden seien, verlangten sie die Nachzahlung der Differenz zwischen den bezogenen Diäten und dem Gehalt der Stelle. Der Magistrat vertritt demgegenüber den Standpunkt, daß eine Verpflichtung der Stadtgemeinde in dieser Beziehung nicht bestehe und der Klage-Antrag hinwählig sei. Die erhobenen Forderungen sind hervorgerufen durch das betamnte, in dem Prozesse eines Militäranwärters gegen den Reichspost-Fiskus ergangene, den Fiskus verurtheilende richterliche Erkenntniß. Nach Ansicht des Magistrats ist aber die Rechtslage in jenem Prozesse eine ganz andere, wie in dem hier fraglichen. Die Militäranwärter, so behauptet der Magistrat, wurden von ihm nicht für eine bestimmte Bureau-Beamtenstelle einberufen, auch für eine solche nicht geführt. Durch ihre Beschäftigung bei der Stadt sollte den Militäranwärtern nur Gelegenheit gegeben werden, sich in der städtischen Verwaltung auszubilden und sich die zur Ablegung der Bureau-Assistentenprüfung erforderlichen Kenntnisse zu erwerben. Sie erhielten ihre Bezahlung aus dem allgemeinen Diätenfonds und könnten nach den bestehenden Vorschriften erst angeheilt werden, nachdem sie die Prüfung zum Bureau-Assistenten bestanden hätten.

Lokales.

Gegen die Benennung der Schulhöfe als Spielplätze verhalte sich die Schuldeputation, sagt die „Berl. Ztg.“, nicht prinzipiell ablehnend. Sie wolle die Höfe verhältnismäßig in der Sommer freigeben, aber es solle nur unter Aufsicht von Lehrern und Lehrerinnen gespielt werden, und auch nur auf denjenigen Höfen, für die die betreffenden Direktoren Anträge stellen. Dagegen ist in der letzten Versammlung des Grund- und Hausbesitzer-Vereins der nördlichen Stadtbezirke, wie aus dem im „Grundbesitzers-Verein“ abgedruckten Protokoll hervorgeht, mitgetheilt worden, daß auf eine bezügliche Petition des Vereins von der Schuldeputation ablehnend geantwortet worden sei. Es könnten, sagt der Verband, die Schulhöfe nicht zu den gewünschten Zwecken hergegeben werden; es solle aber den Direktoren

überlassen bleiben, ob sie für Kinder, die bei ihnen den Schulunterricht besuchen, die Höfe in dieser Weise benutzen wollen. Danach scheint das Eine sicher zu sein, daß die Entscheidung in die Hand der Rektoren gelegt werden soll. Damit dürfte aber die Sache für die Mehrzahl der Schulen von vornherein zu Ungunsten der Kinder entschieden sein; denn das Aufseherbedürfnis der Rektoren ist ja auch aus Lehrerkreisen als wesentliches Hindernis bezeichnet worden. Die Behauptung, daß die Benutzung der meisten Höfe sich mit Rücksicht auf Nachmittags-, Turn- und Fortbildungsunterricht verbiete, scheint durch den Bescheid der Schuldeputation nicht bestätigt worden zu sein. Der genannte Grundbesitzerverein will sich übrigens nun an den Magistrat bezw. an die Stadtverordneten-Versammlung wenden.

Eine Ausstellung von Schreibmaschinen, Verdrickungs-Apparaten und Ansichtskarten hat der Papierverein Berlin in der Passage Friedrichstraße 16 veranstaltet. Das Hauptinteresse an dieser Ausstellung nehmen natürlich die Schreibmaschinen in Anspruch, die sich in den letzten Jahren auch in deutschen Bureaus mehr und mehr eingebürgert haben. Wir werden in der Ausstellung darüber belehrt, daß diese hochmoderne Erfindung, gleich vielen anderen, ein Produkt der Geistesarbeit mancher Generationen ist. Bereits 1714 arbeitete ein Engländer Hill an der Erfindung einer Schreibmaschine, 1829 entstand eine solche in Amerika, 1833 in Frankreich, 1843 und 1849 traten Vorläufer und Pfadfinder der heutigen Schreibmaschine in die Erscheinung. Ursprünglich zum Gebrauch für Blinde bestimmt und in dieser Form bereits 1851 in London, 1869 in Altona, 1873 in Wien auf Ausstellungen prämiert, verdankt die Schreibmaschine ihre Verwirklichung vor allem Amerika. Dort, in dem fastigen Geschäftskreis, in dem für Neues leicht zugänglichem Lande war es, wo auf Anregung und unter späterer Unterstützung von Carlos Glidden in Milwaukee die Buchdrucker C. Latham Sholes und S. B. Soule eine Schreibmaschine konstruierten, auf welche sie im Jahre 1867 das erste Patent nahmen. Doch traten Mängel auf. Auch fehlten Kapitalisten, welche die Fabrikation im Großen aufgenommen hätten. Im Jahre 1873, nachdem der Mechaniker Hoff, durch den Patentanwalt Densmore, der Partner von Sholes jr., des Sohnes des Erfinders, geworden war, dem Unternehmen zugeführt, bedeutende Verbesserungen an der Maschine vorgenommen hatte, übernahm die Remington-Armoury-Fabrik die Herstellung und nun gelang es nach wenigen Jahren (1876), bereits das zweite zweckentsprechende Modell des Remington-Typewriter herauszubringen. Zur Zeit konkurrieren etwa 40 Systeme miteinander. Bis jetzt stehen die brauchbaren Maschinen, d. h. solche, mit denen ein geübter Schreiber dreifach so schnell wie mit Tinte und Feder arbeiten kann, noch außerordentlich hoch im Preise; kostet doch ein Post-Fabrikat ungefähr 500 M. Auch die deutsche Industrie hat sich auf die Herstellung von Schreibmaschinen gelegt, und einige Firmen, so Jewett in Sundern (Westfalen) und Fritzer u. Hofmann in Berlin, sollen zu etwas billigeren Preisen den amerikanischen an Leistungsfähigkeit nahekommende Maschinen herstellen. Eine Anzahl Fabriken betreiben die Anfertigung von verhältnismäßig wohlfeilen Schreibapparaten, doch wird diesen Produkten nachgelagt, daß sie höchstens so schnell wie ein Handschreiber arbeiten und daher nur als Spielerei zu betrachten seien. Vielleicht verdient eine von der Firma Wunder u. Kneist in Hannover hergestellte Maschine, die zum Preise von 75 M. angeboten wird, ihrer merkwürdig einfachen Konstruktion wegen Beachtung. Für gewisse soziale Zustände ist es bezeichnend, daß den Maschinen-schreibern mehrfach gerathen wird, sich auf eigene Kosten einen Apparat zuzulegen, in dessen Besitz sie dann verhältnismäßig leicht auf Beschäftigung rechnen könnten.

Von Sammlern wird die reichhaltige Sammlung von Ansichtskarten, die in den gleichen Räumen ausgestellt ist, viel bewundert.

Im Lichthofe des Kunstgewerbemuseums an der Prinz-Albrechtstraße wird morgen Dienstag eine interessante Ausstellung eröffnet werden. Dr. Sarre, früher Assistent an demselben Museum, hat aus Perseien, das er in mehreren Jahren durchzogen hat, eine reichhaltige Sammlung kunstgewerblicher Gegenstände mitgebracht, die er jetzt auf kurze Zeit der Direktion des Museums überlassen hat. Die Sammlung umfaßt nahezu alle Zweige der perischen Industrie und enthält besonders eine große Anzahl von Waffen: Schwerter und Dolche mit kunstvoll geschnittenen Klingen und reich verzierten Scheiden und Griffen. Ferner weist die Sammlung perische Teppiche und Stoffe in farbenprächtigen Mustern, reich bemalte Gefäße und Teller, Proben glasierter Kerzen und endlich zahlreiche photographische Aufnahmen auf, die von Dr. Sarre selbst angefertigt worden sind.

Für Wohnungsmiseth! Beim Herannahen des Hauptmischtermins warnen das Polizeipräsidium davor, Wohnungen in neuerbauten oder umgebauten Häusern zu mieten, ohne sich beim zuständigen Polizeirevier zu erkundigen, ob die gemieteten Räume auch zu der betreffenden Zeit bezugsbar sein werden. Zwischen der Rohbau-Abnahme und der Gebrauchs-Abnahme von Neu- und Umbauten muß nach der Bau-Ordnung in der Regel eine sechsmonatige Frist liegen, vor deren Ablauf aus leicht erklärlichen Gründen das Beziehen von Mieträumen polizeilich nicht gebuldet wird. Die Polizeireviere sind angewiesen, über die Bezugsbarkeit derartiger Wohnungen bereitwillig Auskunft zu erteilen.

Die Influenza hat in der 2. Hälfte des Februar eine größere Zahl von Todesfällen verursacht. Nach der neuesten Veröffentlichung des Berliner statistischen Amtes sind hier in der Woche vom 12. bis 18. Februar 15 Personen an Influenza gestorben. (Für die folgende Woche, vom 19. bis 25. Februar, sind nach den vorläufigen ärztlichen Mitteilungen sogar über 20 Influenza-Todesfälle festgestellt.) In den 7 Wochen vom 1. Januar bis 18. Februar starben 4, 8, 9, 4, 9, 9, 15 Personen, zusammen 58 Personen an Influenza. Für das Jahr 1898 wurden im ganzen 139 Todesfälle dieser Art gemeldet, abgesehen von etwaigen Nachmeldungen. Selbst in den heißesten Monaten des letzten Jahres, z. B. auch im August, kamen einzelne Influenza-Todesfälle vor.

Für das Lokomotivpersonal der preussischen Staatsbahnen ist jetzt eine vom Eisenbahnminister beantragte Sommer-Dienstleistung genehmigt worden.

Das Polizei-Präsidium theilt mit: Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesetz-Sammlung Seite 265) und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Sammlung Seite 195) wird für den Stadtkreis Berlin mit Zustimmung des Gemeindevorstandes folgendes verordnet: § 1. Das Einbringen, die Beförderung, das Abladen und die Lagerung aller von auswärtigen Gemeindebezirken herrührender Haus-, Fabrik- und Wirtschaftsabgänge, insbesondere von Mist, Ache, Schlacken, Abraum, Schutt, Abriecht, Rodder, Rüben- und Fleischabfällen, Marktabgängen, Knochen, Lumpen, Scherben und anderen ähnlichen, sowie von allen übelriechenden Stoffen ist verboten. § 2. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Polizeiverordnung werden mit Geldstrafe bis zu 30 M., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft geahndet. § 3. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Ein Liebespaar, das vom Werth des schändlichen Rammon offenbar eine hohe Meinung hat, ist von der hiesigen Kriminalpolizei am Sonnabend Abend im Alexanderplatz-Theater verhaftet worden. Ein Rittergutsbesitzer P. in Schlesien erhielt vor einiger Zeit den Besuch eines Herrn F. aus New-York, der länger bei ihm verweilte. Der Amerikaner besaß die Gastfreundschaft sehr schlecht, indem er sich in die Gattin des Hausheeren, dessen dritte Frau, verliebte und sie zur Flucht mit ihm beredete. Nicht das allein, das Pärchen nahm auch von dem disponiblen Vermögen des Rittergutsbesitzers mit, was es nur erlangen konnte, preussische und andere deutsche Wertpapiere im Betrage von weit über 100 000 M. P. entdeckte die Flucht noch rechtzeitig, um die Behörde auf die Flüchtlinge aufmerksam machen zu können. Er stellte fest, daß das Paar vorgestern Morgen nach Berlin abgereist war, und dampfte mit dem nächsten Zuge nach. Außer den Bahnhöfen wurden nun in Berlin auch die

Theater und andere Vergnügungsorte polizeilich überwacht, und als im Alexanderplatz-Theater die Vorstellung zu Ende war, wurde das Pärchen, das sich thätiglich unter den Zuschauern befand, zu einem Besuch in den hiesigen Polizeipalast eingeladen, wo man es immer noch festhält. Sein Geld hat der Bestohlene wiedererhalten. An der thuren Gattin ist ihm vielleicht weniger gelegen. Nach dem „Berliner Tagebl.“ erhält die Angelegenheit noch insoweit einen eigenthümlichen Beigeschmack, als der Entführer der Sohn des Rittergutsbesitzers aus erster Ehe ist.

Englische Liebe war der Grund, weshalb sich der ehemalige Feuerwehmann Wilhelm Krüger aus der Langenstraße 12 erschöß. Er liebte ein hier in Stellung befindliches Mädchen aus dem Spreewald, das ihm schließlich einen Korb gab. Das ertrug er nicht. Nachdem er bereits im Januar aus Schwermuth den Dienst quittierte, erschöß er sich am Sonnabend Abend in der Wohnung seiner Eltern mittelst eines Revolvers.

Ein herrenloser Tausendmarckchein. Wie eine Lokalcorrespondenz meldet, hat sich ein bekannter Agitator für die Naturheilkunde, Herr K. in Charlottenburg, am Sonnabend vergeblich bemüht, einen Tausendmarckchein loszuwerden. Er hatte von einer hiesigen Bank 20 000 M. erhoben. Als er das Geld, das er in Tausendmarckcheinen empfangen, zu Hause nachzählte, fand er, daß er nicht 20, sondern 21 Scheine erhalten hatte. Er begab sich sofort nach dem Bankinstitut, um den zu viel erhaltenen Betrag dem Kassirer zurückzugeben. Dieser lehnte jedoch die Annahme der Banknote ab mit der Erklärung, daß ein Irrthum seinerseits völlig ausgeschlossen sei. Herr K. erkundigte sich nach der Wohnung des Beamten und begab sich am Abend dorthin. Seine Hoffnung, das Geld nunmehr loszuwerden, wurde wiederum vereitelt. Der Kassirer wiederholte nur seine Vormittags abgegebene Erklärung und fügte hinzu, daß seine Kasse in Ordnung sei. Die herrenlosen tausend Mark sollen nunmehr einem Wohlthätigkeitsinstitut überwiesen werden.

Eine Diebes- und Hehlerbande, die in der letzten Zeit hiesige Schuhwaarenhandlungen heimlich suchte, ist jetzt zum Theil hier, zum Theil in Dresden dingfest gemacht worden. Es ist über Schuhwaaren diebstähle in großem Umfange schon wiederholt berichtet worden. Die Diebeshäuser hatten nun, wie sich jetzt herausgestellt hat, hier einen Hehler, der die Waare nach Dresden „verschärfte“. Durch Zufall erfuhr sie die Adresse des Dresdener Abnehmers und arbeiteten nun mit ihm unmitttelbar, um nicht den Verdienst mit dem „Zwischenhändler“ theilen zu müssen. Das belam ihnen jedoch schlecht. Die Post, mit der sie ihre Geschäfte abwickeln mußten, ließ ihnen keine Zeit, die gestohlenen Waaren erst von Neuen zu verpacken, sondern so, wie sie sie erbeuteten, schickten sie die Pakete in der ursprünglichen Verpackung nach Dresden. Durch die verschiedenen Geschäftsbeziehungen fielen aber die Sendungen den Bahnbearbeitern auf; sie benachrichtigten die Kriminalpolizei, und diese setzte zuerst den Dresdener Hehler, als er eine Sendung in Empfang nehmen wollte, und dann auch die Spitzhaken in Berlin. Die ganze Gesellschaft ist jetzt bereits in das Untersuchungsgefängnis abgeführt, die gestohlene Waare, soweit sie zu ermitteln war, nach Berlin zurückgebracht worden.

Einen guten Fang machte Sonntag Nachmittag ein Schützmann in der Prenzlauerstraße. Gegen 1 Uhr Mittags durchsuchte ein junger Mann mit einem Handwagen, auf dem drei leere Butterfässer im Werthe von 12 Mark standen, die Prenzlauerstraße und hielt schließlich an der Ecke der Minienstraße an. Hier traf er einen zweiten Mann, mit dem er sich wegen Verlaufs der Fässer unterhielt. Beide entfernten sich sodann, um einen Käufer für die Behälter zu suchen und liehen den Wagen stehen. Der Vorgang hatte die Aufmerksamkeit eines Schuttmanns hervorgerufen, der nunmehr in der Nähe auf die Rückkehr der Diebe wartete. Gegen 3 Uhr endlich kam der junge Mensch zurück und wurde sogleich verhaftet. Wie sich herausstellte, ist der Verhaftete ein gewerbmäßiger Handwogewinnmar.

Verhafteter Durchgänger. Am 26. Februar d. J. war hier der bei der Firma W. Jaczlow u. Co., Zementbauanstalt, angestellte 20-jährige Komptorist Kurt Lenglies aus Königberg nach Unterschlagung der Summe von 2500 Mark durchgebracht. In der Nacht zum Sonntag wurde der flüchtige junge Mann, wie aus Leipzig geschrieben wird, dort von einem Berliner Kaufmann, der von der Sache wußte, in einem Kaffeehause gesehen und erkannt und der Polizei übergeben. Im Besitze des Verhafteten fanden sich noch 1000 M. vom veruntrenten Gelde vor.

Unmittelbar vor seiner Verhaftung machte am Sonntag der 25 Jahre alte frühere Postassistent Richard Klotz in seiner Wohnung in der Schlegelstraße einen Selbstmordversuch. Klotz wurde wegen Unterschlagung im Amte hiebtweilich verfolgt. Sonntag Morgen erschienen Kriminalbeamte in seiner Wohnung, um ihn zu verhaften. Als Klotz vernahm, um was es sich handelte, griff er zum Revolver und jagte sich eine Kugel in den Unterleib.

Strasensperren. Die Burgstraße von der Königstraße bis zum Mühlendamm wird behufs Umplasterung der südlichen Rampe der Kurfürstendamm vom 6. d. M. ab bis auf Weiteres für Fuß- und Reiter gesperrt.

Im Zentralgefängnis Plöhen hat wieder einmal die Verhaftung eines Kuffehers stattgefunden, der Durchstechereien mit den Gefangenen getrieben haben soll. Der Beamte heißt Schulze.

Im Berliner Aquarium haben die am oberen Rande der Treppengrotte aufgehängten Säugethier-Behälter, welche den Zweck verfolgen, die Naturfreunde über die Art und Weise der Einrichtung der Zimmer-Aquarien zu belehren und sie mit den neuesten Erfahrungen auf diesem Gebiete bekannt zu machen, eine neue Dekoration erhalten. Der erste derselben weist eine Gesellschaft amerikanischer Dorschfische auf, Vertreter einer in nur zwei Spezies bestehenden Gattung, die ihren Namen von der Eigenthümlichkeit erhalten, daß sie beim Schwimmen abwechselnd die Brust- und Bauchflossen ähnlich den Beinen eines laufenden Hundes bewegen. Ein zweites Becken enthält den in den östlichen Küstengebieten Nordamerikas heimischen, in Bewegung und Wehen an unseren Uferlein erinnernden reizenden Matfisch in weizeren Exemplaren. Ihm schließen sich in zwei folgenden Behältern zwei farbenschöne, buntschillernde Barschschichten aus Amerika an, von welchen der mit glänzenden Täpeln gezeichnete Diamantbarsch besonders auffällt.

Zu Ehren von Friedrich Spielhagen hatte die Direktion des Schiller-Theaters Sonntag Abend im Bürgerpalee des Rathhauses eine Feier veranstaltet. Vom Dichter selber war anfangs die Fuzage ergangen, sich an diesem Agitationsabend zu betheiligen; eine Familienzauer — der Tod seines Bruders — verhinderte ihn jedoch an der Erfüllung des Versprechens. Die Feier vollzog sich in denkbar einfachster Weise. Herr Reinhold Ortman, der in kurzer Ansprache der Bedeutung Spielhagen's gerecht zu werden suchte, mochte wohl das Richtige getroffen haben, als er mit einem gewissen Sarkasmus bemerkte, daß auf jenem geräuschvollen Feste, allwo das „literarische Berlin“ sowohl den Dichter als auch sich selbst zu ehren bestrebt war, eigentlich nur wenig Zeit zur liebevollen Würdigung des Gelehrten übrig geblieben wäre. Ob das damals Versäumte am letzten Sonntag nachgeholt worden ist? Der gute Wille muß für die That gewonnen werden, wenn an einem Agitationsabend, der fast ausschließlich auf die Wiedergabe von Gedichten angelegt ist, ein Schriftsteller gewürdigt werden soll, dessen wesentlichste Stärke im Roman liegt. Aber insoweit war die vom Schiller-Theater veranstaltete Feier gewiß ein Gewinn, als manche Spielhagen'sche Dichtung, die dem großen Publikum kaum bekannt ist, einmal unter die Leute kam. In den meisten dieser kleinen Poeme offenbart sich ein Selbstbewußtsein, ein Unabhängigkeitssinn, der auch dem Unabhängigen Klarheit darüber verschafft, warum der Schöpfer solcher Unhöflichkeiten ohne jene Dekoration bleiben mußte, die gewisse Freisinnsmänner unter großen Wehlagern an ihm vermischen.

Feuerbericht. Sonntag Abend kurz nach 11 Uhr wurde die Wehr nach Bellealliancestraße 84 gerufen, wo Sägespäähne und Wehstochsen Feuer gefangen hatten. Raschmittags war am Belleallianceplatz 2 der Fahrstuhl durch Kurzschluß der elektrischen Leitung in Brand gerathen. Zwei Alarmrungen nach Quiskystraße 16 und Christburgerstraße 4 waren auf Anruf zurückzuführen. In beiden Fällen waren Balken in Brand gesetzt. Ein Schornsteinbrand mußte Schwedterstraße 258 abgelöscht werden. — Ein Zimmerbrand rief die Wehr nach Wasserthorstraße 20. Gegen

10 Uhr Abends mußte nach Lindenstraße 81 ausgerückt werden, wo ein Kellerbrand beseitigt werden mußte. — Sonnabend Abend brach in einem Zimmer des Konfistoriums der Mark-Brandenburg S. Hagenstraße 26 ein Zimmerbrand aus, der die Schaaldecke und Alfenregale einäscherte. — Montag früh gegen 6 Uhr war die Straße 4 Leuchtgas ausgeströmt und hatte sich entzündet. Die Gefahr konnte von der schnell herbeigerufenen Wehr leicht beseitigt werden. — Größere Ausdehnung erlangte ein Schadenfeuer, das Rittergasse 7 ausbrach und den Inhalt einer Kucherkammer von einer Schlächterelei vollständig zerstörte. — Klopstockstraße 25 war außerdem ein Zimmerbrand abzulöschen, bei dem der Unterarzt Dr. Krause noch Brandwunden erlitt.

Aus den Nachbarorten.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Charlottenburg. Heute Diskutirabend im Lokale „Bismarckhöfe“. Anfang pünktlich 9 Uhr. Tages-Ordnung: „Unser Parteiprogramm“. Ref.: Genosse Sabor.

Der Schöneberger Lehrerverein beschäftigte sich in seiner letzten Vereinsversammlung mit der Schularztfrage. Der Referent bezeichnete einzelne Forderungen der Letzte als dem Interesse der Schule entgegenstehend. Die Lehrerschaft müsse sich ganz entschieden dagegen verwahren, daß dem Schularzt eine Stellung eingeräumt werde, die ihn als Aufsichtsbeamten des Lehrers erscheinen lasse. Diese Einrichtung könne nur dann segensreich wirken, wenn der Arzt die Stelle eines Beraters des Lehrers einnehme. Rektor Albrecht kennzeichnet den Stand der Frage in den maßgebenden städtischen Körperschaften. Danach erhebe die Anstellung von Schularzten an den hiesigen Schulen zum 1. April dieses Jahres als gesichert. Seine weiteren Ausführungen beschäftigten sich mit der Aufgabe, den Rechten und Pflichten der Schularzte. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß den hiesigen Schularzten eine Stellung zugewiesen werde, die dem Interesse der Schule und den Wünschen der Lehrerschaft entspreche. Folgende Resolution gelangte darauf zur Annahme: „Der Lehrerverein erkennt an, daß durch die in Aussicht genommene Anstellung von Schularzten eine für die Schule segensreiche Einrichtung geschaffen wird, spricht aber die Hoffnung aus, daß durch die Dienstannweisung für Schularzte die Lehrpersonen in ihrer Autorität den Kindern gegenüber und in ihrer Selbständigkeit nicht beeinträchtigt werden.“

Die Steglitzer und Friedenauer Geschäftsinhaber beschäftigen sich bereits seit mehreren Wochen mit der Frage des Reuener-Laden schlusses. Es haben schon einige Versammlungen stattgefunden, in welchen die Art und Weise einer zweckentsprechenden Agitation eingehend zur Erörterung gelangte. Man beschloß, bei sämtlichen Geschäftsläden durch Juturaler anzufragen, ob sie die frühere Ladenzeit-Stunde einzuführen gewillt seien. Das Resultat der Umfrage soll dann in einer späteren allgemeinen Versammlung verhandelt werden, welche endgiltige Beschlüsse zu fassen hätte.

Die niedrigste Gemeindesteuer wird unter den westlichen Vororten Berlins, wie auch bisher, in dem neuen Etatsjahre 1899 wieder die Gemeinde Wilmersdorf mit 90 pCt. erheben, wenn man von der neuen Gemeinde Grunewald absieht, die mit ihrem Beschluß, die Einkommensteuer auf nur 50 pCt. festzusetzen, ein Unikum geschaffen hat, dem die größeren Gemeinden niemals werden nachzueifern können. Den zweitniedrigsten Steuerfuß hat Charlottenburg mit 97 pCt., während Schöneberg, Friedenau, Steglitz und Niddorf je 100 pCt. erheben. Doch ist in dem Steuerfuß Niddorf's nicht, wie in dem der drei anderen Vororte und bei Wilmersdorf und Grunewald, die auf 33 1/3 pCt. bemessene Kreissteuer mit enthalten, sondern dieselbe wird dort besonders erhoben. Das bevorstehende Ausscheiden aus dem Kreise Teltow bietet aber auch Niddorf jetzt die Aussicht, in naher Zeit der Kreissteuer-Zahlung entbunden zu werden. Unter den übrigen Vororten steht am ungünstigsten Groß-Lichterfelde da, indem es zuletzt 110 pCt. und im neuen Etatsjahre sogar 120 pCt. erheben muß.

Der Teltower Kreisstag ist für den 23. d. M. zu einer Sitzung einberufen. Derselbe wird sich u. a. mit der Abänderung von Amtsbezirken zu beschäftigen haben. Es wird beabsichtigt, die Gemeinde Schamargendorf von dem Amtsbezirk Nr. 2 — Deutsch-Wilmersdorf — abzugleichen und zu einem eigenen Amtsbezirk zu machen. Derselbe soll die Gemeinde Grunewald von dem Amtsbezirk 39 — Spandauer Forst — abgetrennt und ebenfalls zu einem eigenen Gemeindebezirk gemacht werden. In weiteren wird sich der Kreisstag über einen Vorschlag, betr. die Auseinanderlegung des Kreises mit der Stadtgemeinde Schöneberg für den Fall deren Ausscheidens gemäß § 4 der Kreisordnung, sowie über einen Vorschlag, betreffend die Neuwohnen zum Kreisstage nach dem Ausscheiden der Städte Schöneberg und Niddorf aus dem Kreisverbande, schlüssig zu machen haben. Dem Kreisstag wird auch eine Vorlage betreffend Erlaß statutarischer Festsetzungen über die Fürsorge für Kreiskommunalbeamte infolge von Betriebsunfällen, sowie eine Vorlage, betreffend die Befolgungs- und Anstellungsordnung für die Bureau- und Kassenbeamten des Kreises Teltow unterbreitet werden.

Mit dem Bau des neuen Rathhauses in Charlottenburg wird schon am 1. April begonnen werden.

Selbst geküßt hat sich gestern der Kriminalpolizei in Charlottenburg der Geschäftsdreihende Seifert, ein Mann von 27 Jahren, der für die Gesellschaft „Prompt“ thätig war. Seifert war früher Landwirth, suchte vergeblich eine Inspektorstelle und wollte dann seinen Lebensunterhalt durch Sammeln von Aufträgen für die genannte Wuhngesellschaft erwerben. Da er kein Geld hatte, so brachte ihm seine Thätigkeit wenig ein, und aller Mittel beraubt, erdichtete er falsche Aufträge, um die Gebühr einzuziehen. Seine Selbstbeziehung bezieht sich auf 33 Fälle. Seiner Bitte, ihn in Haft zu nehmen, wurde entsprochen.

Einen Selbstmordversuch aus Verzweiflung über ihre kürzlich erfolgte Emision machte die Schuhmachere Wittwe Marie Nagolski in Niddorf, Prinz Handjerystraße wohnhaft. Sie war durch andauernde Krankheit ihres Mannes, die mit dessen Tod endigte, in die bitterste Noth gerathen. Die „Schonbe“ der Emision konnte die Arme nicht verwenden und versuchte sich mittelst einer Wäscheleine zu erhängen. Doch war ihr Vorhaben bemerkt worden und es gelang den Hausbewohnern, sie wieder ins Leben zurückzuführen.

Durch die Aufmerksamkeit eines Kriminalbeamten ist in Charlottenburg ein arger Vertrauensbruch aus Tagelicht gekommen. Einem Kriminalbeamten des 7. Reviers fiel seit einiger Zeit ein Mann auf, der in Schankwirtschaften Kassirmesser, Taschenmesser und andere Stahlwaaren zu einem außerordentlich billigen Preise verkaufte. Er fand auf den Waaren übereinstimmend den Stempel eines bekannten großen Geschäftes von L. in der Schamstraße und setzte dessen Inhaber von dem auffallenden Handel in Kenntniß. Den Händler stellte er als einen Messerschmied Max Schulz fest. Nun ergab sich, daß Schulz ein Vertrauensmann des Geschäftsinhabers war, der seit 2 1/2 Jahren bei ihm arbeitete und ein solches Ansehen genoss, daß er oft lange Zeit ganz allein im Laden gelassen wurde. L. hatte zwar schon seit längerer Zeit wahrgenommen, daß ihm neue Sachen und auch alte, die ihm zur Ausbesserung übergeben wurden, abhanden kamen, und er hatte schon manchen Schadenertrag leisten müssen. Niemals aber hätte er auch nur entfernt daran gedacht, daß sein Vertrauter der Dieb sein könnte. Und doch war es so. Eine Hausdurchsuchung bei Schulz förderte ein ganzes Waarenlager zu Tage und der lügetreue legte dem auch ein Geständniß ab. Dagegen befreitete er, 133 Mark, die auf unerklärliche Weise aus der Ladenkasse abhanden gekommen sind, entwendet zu haben. Der Kriminalpolizei ist es bisher gelungen, für etwa 50 Mark gestohlene und verkaufte Waaren wieder herbeizuschaffen.

Für das Personal der Gefängnisse in Spandau soll nun endlich, gleich den sonstigen königlichen Instituten, ein Badeanstalt errichtet werden, an welcher es bisher noch mangelte. Es sind für diesen Zweck zwei Gebäude in Aussicht genommen, deren

jedes mit zwölf Mannen und sechs Donchebädern ausgestattet werden soll.

Aus Lübben berichtet die „F. O. S.“: Der Einjährig-Freiwillige Jägerbataillon durch die Unvorsichtigkeit eines Jägers erschossen. Dieser hantierte mit einem Gewehr, hatte es eben geladen, als auch schon der Schuß los- und dem Einjährigen durch den Kopf ging.

Vermischtes.

Von einer verhängnisvollen Pulver-Explosion, der etwa sechzig Menschenleben zum Opfer gefallen sind, ist Toulon und Umgebung heimgeführt worden. In dem Marine-Pulvermagazin in Lagoubran, zwischen Toulon und La Seyne, welches etwa 50 000 Kilogramm schwarzes Schießpulver enthalten soll, ist Sonntag früh 2 1/2 Uhr aus noch nicht aufgeklärter Ursache eine furchtbare Explosion erfolgt.

Von den sieben Soldaten, welche die Wache bei dem Pulvermagazin hatten, sind vier getötet und drei schwer verwundet worden. Die Katastrophe forderte auch zahlreiche Opfer unter den Bewohnern des nächstliegenden Viertels, dessen Häuser vollkommen dem Erdboden gleich gemacht sind. Unter den Trümmern sind bisher einige sechzig Tode und 110 Verwundete hervorgezogen worden. Vier von den Verwundeten sind bereits gestorben, drei weitere befinden sich in hoffnungslosem Zustande. Man glaubt, daß noch etwa 15 Tote unter den Trümmern liegen. Die Arbeiten zur Auffindung der Opfer dauerten den ganzen Tag. Die Identität der Getöteten festzustellen, ist meist unmöglich. Die Aufräumarbeiten gestalteten sich sehr schwierig. Ein ganzes Viertel von Lagoubran ist zerstört. Auf zwei Kilometer im Umkreise ist alles verwüstet, die Häuser zerstört und die Felder verheert. Zahlreiche Schäden sind bis 4 Kilometer in die Stadt Toulon hinein angerichtet. In der Vorstadt St. Jean Dubar sind Thürten und Fenster zertrümmert. Der Knall der Explosion wurde bis Nizza gehört, die Erschütterung wurde an der ganzen Riviera verspürt. Der Municipalrat trat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen und beschloß Maßnahmen zur ersten Hilfeleistung für die Betroffenen. Der Marineminister sandte ebenfalls Hilfe. Die Untersuchung über die Ursache der Explosion hat bis jetzt keine greifbaren Resultate ergeben. Jedenfalls muß man von jedem Gedanken

an Böswilligkeit absehen. Die Marinebehörden glauben, daß eine heimliche Verletzung in einer Kiste mit rauchlosem Pulver stattgefunden hat. Die benachbarten Pulvermagazine sind unbeschädigt. Der Marineminister hat 10 000 Franks geschickt. Der Präsident der Republik Loubet und der Ministerpräsident Dupuy sandten jeder 500 Franks nach Toulon als erste Beihilfe für die Familien der Opfer der Explosion.

Vier neue Opfer der Pulverexplosion sind gestorben, drei weitere befinden sich in einem verzweifelten Zustande. Man glaubt, daß noch etwa 15 unter den Trümmern liegen.

Ueber ein Eisenbahnunglück wird aus Bukarest gemeldet: Der Schnellzug von Bukarest nach Jassy ist Sonntag früh zwischen Barcova und Giurda entgleist. Ein Reisender und ein Geiger wurden getötet, 14 Personen wurden verwundet. Der Postwagen wurde zertrümmert, doch blieben die in demselben beschäftigten Beamten unversehrt.

Aus Hamburg wird berichtet: Auf dem Schleppdampfer „Erna“ fand eine Kesselplosion kurz vor Beginn der Fahrt statt. Der Maschinist Cäftein und ein Geiger sind durch Dampf verbrüht und getötet.

In Bromberg brannte die Dampfgerberei von Buchholz nieder. Der Schaden wird auf 300 000 M. geschätzt.

Zu der Nacht von Ruggia sind, wie aus Triest berichtet wird, sechs Männer bei einer Bootsfahrt vom Vorkurs überfahren worden. Das Boot kenterte; von den sechs Insassen konnte nur einer gerettet werden.

Ueber eine folgenschwere Katastrophe in einem Eisenbahnzuge wird aus Petersburg berichtet: In dem nach Dvinsk kommenden Abend abgehenden Personenzuge ist ein Waggon dritter Klasse durch die Explosion eines mit Benzin gefüllten Ballons verbrannt. Sechs Frauen und ein Mann wurden getötet; sechzehn Personen wurden schwer verwundet ins Krankenhaus gebracht.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends 7 1/2, bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

Zurück. Für Ihre interessanten Mitteilungen besten Dank. Mehrerwähnt. Ist persönliche Begegnung nicht möglich?

Karneval. Berlin. Die von Ihnen benannte Quittung befindet sich in der Nr. 49 vom 28. Februar d. J. Seite 25 von oben.

Nr. 44. Baderheim. Näheres ist noch nicht bekannt gegeben.

Nr. 2. I. Kommen Sie in die juristische Sprechstunde. 2. Rein.

C. G. 46. 1. Den Namen „Dem rothen Kreuz“ tragen eine Menge von Vereinen, deren ursprünglicher Zweck ausschließlich die Pflege verwundeter Krieger, bez. die Vorbereitung für diesen Beruf - Ausbildung von Pflegern u. s. w. - war. Allmählich haben diese Vereine den Kreis ihrer Thätigkeit erweitert, und sie dienen jetzt verschiedenen allgemeinen Wohlthätigkeitszwecken. 2. Die Grundsätze für Pungenfrank am Grabwiese in Eigenheim des „Volkshilfsvereins vom rothen Kreuz“. 3. Unseres Wissens stehen in der genannten Gegend keine Freizeitanlagen zur Verfügung, sondern es finden nur Kranke Aufnahme, die aus eigenen Mitteln das Freigeleg - drei Mark pro Tag - zahlen, oder für die eine Krankenliste oder Versicherungsgesellschaft diese Zahlung übernimmt. Sichere Auskunft hierüber wird durch schriftliche Anfrage bei der Heimstättenverwaltung zu erhalten sein. Wenn aber der bet. Kranke, um dessen Aufnahme es sich handelt, Mitglied einer Krankenliste ist, oder der gesetzlichen Alters- und Invaliditätsversicherung unterliegt, so thut er gut, sich in erster Linie an den Kasernenarzt, bez. unmittelbar an die „Alters- und Invaliditätsversicherungskassa“, Berlin O., Klosterstr. 41, zu wenden.

H. B. 117. Rein. - F. S. 5. 1. Rein, wenn Sie dies nicht können, ohne sich und Ihre Familie zu schädigen. 2. Klage. 3. Ja, für die gemeinschaftlichen Kosten halten Sie auch. - B. N. 41. Ja. - Genosse. Rein, wenn für Ihren Gewerbetrieb die Baaren bestimmt waren, sonst ja. - Kasernenbau Wien. Um die Frage zu beantworten, müßten wir erst den Vertrag mit dem Arbeiterhändler einsehen. - Hedwig K. Viedigstraße. 1. Dann haben Sie Anspruch. 2. Die Grundsatzfrage wird abgewiesen. - S. D. 182. 1. Finden Sie im Adreßbuch. 2. Ihr Mann kann intervenieren. - Kaiser. 1. Ja. 2. Bis 10 Uhr. - J. O. Rein, wenn Sie das Armenrecht haben. - B. R. G. III. Beantworten Sie zunächst die Beschriftung des Testaments und wiederholen Sie dann die Anfrage unter Beifügung einer Abschrift. - C. G. 55. Der Vertrag gilt auf ein Jahr. - H. S. 49. Die Fragen können nur beantwortet werden, wenn Sie uns den Inhalt des Testaments mitteilen. - W., Hildorf. Rein.

Witterungsbericht vom 6. März 1899, Morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Hand in mm	Wind- richtung	Witterung	Temp. u. C.	Stationen	Barometer Hand in mm	Wind- richtung	Witterung	Temp. u. C.
Schwetzingen	763	SW	Wolkig	-2	Darparanda	762	R	Wolkig	-1
Hamburg	765	SW	Wolkig	-2	Petersburg	760	SW	Wolkig	-8
Berlin	768	SW	Wolkig	-5	Leit	760	SW	Wolkig	-5
Wiesbaden	770	SW	Wolkig	-6	Aberdeen	764	SW	Wolkig	-3
München	770	SW	Wolkig	-9	Paris	767	SW	Wolkig	-3
Wien	771	SW	Wolkig	-8					

Wetter-Prognose für Dienstag, den 7. März 1899.
Wärmer bei ziemlich heftigen südwestlichen Winden und zunehmender Bewölkung; nachher etwas Regen. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 7. März.
Opernhaus. Der Streifschuß. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Julius Caesar. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Hermann Genfchel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Kora. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Raja. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neubühne. Der Schloßwagen - Komtrollen. Vorher: Hum Einflieger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Hofmusik. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die kleinen Richard's. Hierauf: Die Engländer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Verbotene Früchte. Vorher: Die Neuerwählten. Anfang 8 Uhr.
Weihen. Der Fiskus. Am Wirtshaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Schibboleth's Engel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Der Kaufmann von Venedig. Anfang 8 Uhr.
Selle-Alliance. Das Mädchen von Schöneberg. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädtisches. Hermann Genfchel. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Studenten - Studien. Anfang 8 Uhr.
Myko. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Das Land der Fjorde“. Opernvorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Pohage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Luisen-Theater

34. Reichsbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Der Kaufmann von Venedig.
Aufführung in 5 Akten
von William Shakespears.
Uebersetzt von K. W. v. Schlegel.
Mittwoch: Der goldene Cylinder.
Donnerstag: Der süßenbesüßener.
Freitag: Der goldene Cylinder.
Sonntags Nachmittags:
19. Schiller - Vorstellung:
Wilhelm Tell.
Abends: Der goldene Cylinder.

Metropol-Theater.

Berlinerstr. 55/57. Dir. Rich. Schultze.
Dienstag:
Die kleinen Richard's.
Operette in 3 Akten v. André Messager.
Hierauf:
Die Engländer.
Tanzoper in 14 Bildern von H. Regel und J. Bayer.

Ostend - Carl Weiß - Theater.

Gr. Frankfurterstraße 132.
Nur noch 3 Aufführungen!
Der Brandstifter
Sensationelles Ausstattungsdrama mit Gesang in 5 Akten von G. Drouotovsky.
Musik von L. Fall.
Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-Konzert.
Vorgangsbillets haben Gültigkeit.
Mittwoch bis Freitag: Der Brandstifter. - Sonnabend: Benefiz für Joh. Dill. Sum 137. Male: Der deutsche Michel.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Gr. Erfolg des neuen
März-Programms.
Um 8 1/2 Uhr:
Berliner Waschermädel.
Gesang-Burleske
von Wily. Gerike.
Fridolin Pfeffer. Dir. Winkler.
Neu! Vergissmelnacht, Quart.
Plötzenrolle. - Little Nanon.
Alfredo Truppe. Helma Mähle.
Ernst Sprecher. Gust. Schmidt.
Ada und Victor. Helma Voss.
Lebende Photographien.
Anf. 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
Billet-Vorv. Vorv. v. 11-1 Uhr.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
(Weibel,
Pietro, Britton,
Siebl, Krone,
Köhl, Schneider
und Schrader.)



Frauen-Emanzipation

Burleske von Weyfel.
Anfang 8 Uhr. - Entree 50 Pf.,
Vorverkauf 40 Pf., Num. Balkon
75 Pf., Balkonloge 1 Mk., Orchester-
Loge 1,50 Mk., Fremden-Loge 2 Mk.
Tageskasse von 11-1 Uhr.
Jeden Freitag: Neues Programm.

Urania

Taubenstraße 48/49.
Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Im Hörsaal:
Dr. Nass: „Die Schwermetalle“
(Experimental-Chemie 9.)
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Geöffnet
von 9 Uhr früh bis
10 Uhr Abends.
Son 6 1/2 Uhr ab:
Théâtre
variété.
Um 8 1/2 Uhr:
Die
Palästinafahrt
Sr. Maj. d. Kaisers
in hundert
35 cm groß.
Projektionsbildern u.
erleucht. Vortrag.

Castan's Panopticum.

Ital. Sänger- u. Tänzer-Gesellsch.
„Santa Lucia“.
Die berühmten „lebenden
Bilder“.
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Apollo-Theater.

Das beste Programm
der Saison.
Lilli Freedy. Mlle. Sidley.
Miss Barma. O. K. Sato.
Wallno und Mertens. Se-
gomer. Vendaro - Trio.
Frl. Werther. 3 Torsarys.
Paul Jülich. Curtis und
Gordon. Scheherazade.
Serenadas. The 5 Juliars.
Der Kosmograph.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vorverkauf tägl. im Theater
u. beim „Kunstlerdank“, Unter den
Linden 69.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.

Direktion: J. M. Hätt.
Täglich:
Konzert- und Spezialitäten-
Vorstellung mit reich wechselndem
Programm.
Sonnabend, den 11. März cr.:
Benefiz für den bedröhten Glimorichen
und Regisseur Gustav Kluck unter
Mitwirkung bedeutender Künstler.
Nach der Vorstellung:
Canzkränzchen.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's
Quartett-Humoristen
Heute, Dienstag:
Theaterskandal
und zum ersten Mal:
Der Jubilar.
Mittwoch: Der Jubilar.

Typographia

Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser.
M. d. A. S. B. Dirigent: Fr. Plath.
Sonntag, den 12. März, in L. Keller's Festsälen,
Koppenstrasse 29:
Vokal- und Instrumental-Konzert
unter Mitwirkung der
Solisten des Neuen Berliner Sinfonie-Orchesters.
Nach dem Konzert: BALL.
Hieran theilnehmende Herren zahlen 50 Pf. extra.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr, Anfang 6 1/2 Uhr. Eintrittspreis 40 Pf.
an der Kasse 50 Pf., Kinder 10 Pf. Liedertexte an der Kontrolle
gratis. - Billets sind im Bureau des Vereins Berliner Buchdrucker,
Ritterstrasse 88 1 Tr., im Setzsaal des „Vorwärts“, Beuthstrasse 2,
Hof 4 Tr., sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.
Heute Dienstag, Abends 9 Uhr:
Übungsstunde in den Arminhallen, Kommandantenstrasse 20.

Neue freie Volksbühne.

Sonntag, den 12. März 1899, Nachmittags präz. 2 1/2 Uhr.
im Ostend-Carl Weiss-Theater:
Ohne Liebe
Lustspiel in 2 Akten
von W. von Guener-Gleichenbach.

Ohne Liebe

Die Verlobung der Wägel beginnt 1 1/2 Uhr. - Die Mitglieder
werden dringend ersucht, recht pünktlich zu sein, denn die Vorstellung
beginnt präz. 2 1/2 Uhr und werden dann die Zugangsbesitzer zum Theater-
raum gelassen, jedoch Nachzügler erst nach Schluß des ersten Aktes Zutritt
erhalten können. - Einige Neuaufnahmen werden noch durch die
Zahlstellen vorgenommen.

Sonntag, 26. März: Extra-Vorstellung im Schiller-Theater:

Die Kreuzschreiber.
Bauernkomödie mit Gesang in 6 Bildern von J. Augener.
Karten sind bereits am Sonntag im Theater zu haben.
150/3

Wiener Volks-Theater

Oranienstr. 52 (Moritzplatz).
Eröffnung
Mittwoch, den 8. März cr.

Alcazar-Theater

Dresdenstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Neu! Täglich: Neu!
Alles was zum Bau
gehört!
Romische Bilder aus dem Berliner
Sozialleben mit Gesang u. Tanz.
Neu! Neu! Neu!
Ada und Otfried Relay,
voriges Mal's Gefangenduet.
Vorher:
Ein bengalischer Tiger.
Lustspiel von Brifbarre.
Wochent. 7 1/2 Uhr.
Anfang: Sonntag 6 1/2 Uhr.
Entree an Sonn- u.
Wochentagen 30 Pf.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.

Wedding-Park

Haller-Strasse 178.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sanger.
Biogler, Wolf, Hohenberg etc.
Entree 30 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.

Mähr's Theater

Cranien - Straße 24.
Täglich:
Rezept gegen Schwiegersmutter
und
Im wunderschönen Monat Mai.
Spezialitäten.
Sonnabend 6 1/2 Uhr.
Avis! Am 14. März cr.: Benefiz
für Clara Hayn.

Gebrüder Richter-Theater

57 Lothringer-Straße 57.
Revü! Revü!
Vater und Sohn.
Bolschewik mit Gesang in 4 Akten
von Wilhelm Richter.
Geinrich Wuffig. . W. Richter.
Vorher:
Wie deuten Sie darüber?
Poffe in 1 Akt von Carl Wed.
Anfang: Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 Uhr.

Jmbs' Festsäle

(Ostbahn-Park)
71 Rüdersdorfer Straße 71,
an Ahrenner Platz.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sanger
Herren Gäme, Cahnlitz, Zimmermann,
Stangenberg, Grubow und Raake.
Nachher: 465b
Frei-Canzkränzchen.

Louisenstädt. Klubhaus,

16, Annenstr. 16,
empfehl. seine Säle u. Vereins-
zimmer zu Festlichkeiten u. Ver-
sammlungen. Frei: Palmsonntag,
1. u. 3. Chierfeiertag. Nach Ostern
alle Tage frei mit Ausnahme Montag,
Donnerstag und Freitag, wo die
Krd.-Bildungsschule d. Saal besetzt. *

Bereine und Gewerkschaft!

Empfehle mein Weiz- u. Patrisch-
Bierlokal nach franz. Willard und
Vereinszimmer für 40-50 Pers.
sonen, auch geeignet für Jubiläen.
G. Ladewig, Kommandantenstr. 65,
nahe Alte Jakobstraße.

W. Noack's Theater

Brannenstr. 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag:
Theater-Vorstellung.
Die Schule des Lebens.
Schauspiel in
5 Akten von Dr. G. Kaupach.
Nach der
Vorstellung: Canzkränzchen.

5 1/4 Pf. Brot 50 Pf.

H. Albrecht's
Bäckerei
Wrangeistr. 9, Krantstr. 19.
Goldsteinstr. 28, Laubstr. 2

Möbel,

dear u. Theilzahlung,
billigst Franz-
furter Allee 110 I,
Ed. Königbergerstr.

Für 30 Mark

fertige hochfeine Anzüge nach Maß für
30 Mk. fertige feine Sommer-Anzüge
nach Maß.
Riesenstofflager
Krausenstr. 14. I (kein Laden).

Zähne 1,50 M.

Reparaturen 2 M.
guten 1 M. Plomben 1 M. Dr. E. Fahr-
mann, Dentist, Schwedterstr. 245 a,
Ed. Rastanten-Allee. 8224

Polo. Sandor Trio.

Morgen, Mittwoch, den 8. März:
Persien.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Osten).

Dienstag, den 7. d. M., Abends 8 Uhr, bei Dreuer (Königsbau), Gr. Frankfurterstr. 117:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Stadtverordneten **Braun** über: „Die nächsten Stadtverordnetenwahlen“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Versammlung wird präzis eröffnet. — Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. — Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Achtung! Droschkenkutscher. Achtung!

Die in der „Allgemeinen Fahrzeitung“ angekündigte Versammlung findet nicht am 17. März, sondern am **Donnerstag, den 9. März, Abends 9 Uhr, in Stechert's Saal, Andreas-Straße 21,**

mit folgender Tagesordnung statt.
1. Die soziale Lage der Arbeiterschaft und die Mittel zur Verbesserung. Referent: Genosse **G. Wagner**.
2. Berichterstattung über unsere letzte Lohnbewegung.
3. Wahl von Revisoren. 4. Diskussion.
Zahlreichen Besuch erwartet **Das Agitations-Komitee.**

Achtung! Maurer. Achtung!

Donnerstag, 9. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Luisenstädt. Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37:
Große öffentliche Maurer-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der Arbeiterschutz im Baugewerbe. Referent Reichstags-Abgeordneter Genosse **Hoch**.
2. Stellungnahme zum Bauarbeiterkongress event. Wahl von Delegierten zu demselben. 3. Verschiedenes.
181/17 Die Lokalkommission. J. K.: Karl Panser.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Mittwoch, den 8. März, Abends 8 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen.
Moabit: im Lokale des Herrn Jaksch, Turmstraße 84.

Tages-Ordnung:
Berichtangelegenheiten und Verschiedenes. 78/13
In dieser Versammlung müssen sämtliche Werkstätten vertreten sein.

Wedding und Gesundbrunnen:

im Lokale des Herrn Raabe (Kolberger Salon), Kolbergerstr. 23.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Werkstatt- und Verbandsangelegenheiten.

Schönhauser und Rosenthaler Vorstadt

bei Wernau, Schwedterstr. 23.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Verbands- und Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Die Versammlung wird präzis eröffnet.

Osten und Nordosten: bei Mann, Straußbergerstr. 3.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Obmänner. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Jede Werkstatt des Bezirks muß vertreten sein.

Südosten: bei Rautenberg, Oranienstr. 180.

Tages-Ordnung:
1. Besprechung über Werkstattangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Westen und Südwesten: bei Zabell, Lindenstr. 106

Tages-Ordnung:
1. Werkstattangelegenheiten. 2. Verschiedenes. — Anfang 8 1/4 Uhr.

Musikinstrumenten-Arbeiter

im Lokale des Herrn Zabell, Linden-Straße 106.
Tages-Ordnung:
1. Der Abzug bei Rieber u. Co. und das Verhalten der Kommission.
2. Branchangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht, daß jede Werkstatt vertreten ist.

Drechsler.

Osten: bei Mahle, Roppenstr. 41.
Süd-Ost u. Süd-West: bei Metzner, Oranienstr. 184.
In dieser Versammlung sind die Kollegen der Werkstätten von Dem. Fröbe, Soltmannstr. 23 und Simonstr. 11 besonders eingeladen.

Norden: bei Hoppe, Adersstr. 145.

Die Kollegen der Werkstätten von Rehner, Schulgen dorferstr. 6, Baustian, Ruppinerstr. 44, und Wagemann, Joachimstr. 10, sind besonders eingeladen.
Tages-Ordnung in allen Versammlungen:
Werkstatt- und Verbandsangelegenheiten. — Pflicht ist es, daß jede Werkstatt vertreten ist.

Branchen-Versammlung der Stellmacher.

Donnerstag, den 9. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schiller, Reichenhallerstr. 57.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Erscheinen dringend notwendig.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin.)
Die nächste Mitglieder-Versammlung findet nicht Donnerstag, sondern **Samstag, den 19. März, Nachmittags 4 Uhr, im Kolberger Salon,** statt. Die Mitglieder werden ersucht, vollständig und pünktlich zu erscheinen, da die Versammlung präzis 4 Uhr eröffnet werden muß.
Um 5 Uhr findet im obigen Lokale eine

Öffentliche Versammlung

statt, in welcher Genosse **Adolf Hoffmann** über: „Himmel, Hölle und deren Bewohner“ spricht. Nach der Versammlung
Gemüthliches Beisammensein.
Siehe auch Inserat in Nr. 5 des „Proletarier“. Die Ortsverwaltung.

B. Günzel, Lothringerstr. 52.

Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, Basen, Marx etc. in Glas, Porzellan, Metall, Eisen, Kupfer, Silber, Gold, sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preisverantw.)

Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Sonnabend, den 11. März 1899:

X. STIFTUNGS-FEST

in den Räumen des Feen-Palastes, Burg- und Wolfgangstrassen-Ecke.
Auftreten des gesamten Theater-Personals. Gesangs-Aufführungen von mehreren Arbeiter-Gesangsvereinen.

Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten Thiele.

TANZ
Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennige nach.
Anfang präz. 8 Uhr. Programm gratis. Billet 25 Pfennige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, dass die Broschüre: „Das Dresdener Zuecht aus Urtheil vor dem Deutschen Reichstage“ von Anfang nächster Woche an bei den Bezirksführern in Empfang genommen werden kann. [246/8]

Achtung! Töpfer. Achtung!

Am Mittwoch, den 8. März, Abends 6 Uhr, im Saale des „Alten Schützenhauses“, Linienstraße 5:
Öffentl. Versammlung der Töpfer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Die Bedeutung des allgemeinen Bauarbeiter-Kongresses. Referent Genosse **Dietrich**. 2. Unsere Taktik im Jahre 1899. 3. Gemeinlichliches. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vertrauensmann: **H. David**.

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Donnerstag, den 9. März 1899, Abends 8 Uhr:
Öffentliche Versammlung in Cohn's Festsälen, Beuth-Straße Nr. 20.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur Lohnbewegung in diesem Jahre. 2. Stellungnahme zum Bauarbeiter-Kongress. 3. Der Kongress der durch Vertrauensmänner zentralisierten Gewerkschaften in Braunschweig. Anträge und Wahl der Delegierten. 4. Der 1. Mai.
Die Vertrauensleute.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin.)
Dienstag, den 7. März, Abends 6 Uhr, bei Herrn Nämann, Brunnenstr. 188:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
Der Streik der Formner und Keramiker der Firma Gähert. 110/18

Versammlung.

Mittwoch, 8. März, Abends 8 1/2 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Georg Wagner** über: Die Entwicklung der Industrie in den letzten Jahren. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Bezirksleitung.

Achtung! Schlosser.

Sonnabend, 18. März, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:
Vergnügen der Schlosser
bestehend aus Konzert, Gefangensvorträgen der Gesellschaft „Streizelewig und Tanz.“

Billets à 25 Pf. sind bei den bekannten Vertrauensleuten sowie im Bureau, Annenstr. 30, zu haben.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Klempner. Achtung!

Am Mittwoch, den 8. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Cohn's Festsälen (grosser Saal), Beuthstrasse 20:
Öffentliche Versammlung der Klempner.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Dr. Weyl** über: „Sozialhygiene und Sozialreform“. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zum Bauarbeiterkongress und Wahl der Delegierten hierzu. 4. Verschiedenes.
In dieser Versammlung sind alle Klempner, sowie der Vorstand und die Delegierten der Droschkenkutscher, sowie der Kollegen folgender Firmen ganz besonders eingeladen: Warm & Schüller, Dietrich, Sachse, Hober, Groulich, Neumann, Thom, Schultz, Alexanderstraße.
Der Vertrauensmann.

Verständ gewesene Uhren

goldene, silberne Damen- u. Herren-Remontoir-Uhren mit zweijähriger Garantie, goldene Ringe, Trauringe, Ketten, sämtliche Goldwaren, Brillantringe, Ohringe, Broches, alles modern, wie neu, verkauft spottbillig
Konzeß. Leihhaus, Neue Schönhauserstr. 11 I.

Verständ gewesene Uhren

goldene, silberne Damen- u. Herren-Remontoir-Uhren mit zweijähriger Garantie, goldene Ringe, Trauringe, Ketten, sämtliche Goldwaren, Brillantringe, Ohringe, Broches, alles modern, wie neu, verkauft spottbillig
Konzeß. Leihhaus, Neue Schönhauserstr. 11 I.

Verständ gewesene Uhren

goldene, silberne Damen- u. Herren-Remontoir-Uhren mit zweijähriger Garantie, goldene Ringe, Trauringe, Ketten, sämtliche Goldwaren, Brillantringe, Ohringe, Broches, alles modern, wie neu, verkauft spottbillig
Konzeß. Leihhaus, Neue Schönhauserstr. 11 I.

Verständ gewesene Uhren

goldene, silberne Damen- u. Herren-Remontoir-Uhren mit zweijähriger Garantie, goldene Ringe, Trauringe, Ketten, sämtliche Goldwaren, Brillantringe, Ohringe, Broches, alles modern, wie neu, verkauft spottbillig
Konzeß. Leihhaus, Neue Schönhauserstr. 11 I.

Verständ gewesene Uhren

goldene, silberne Damen- u. Herren-Remontoir-Uhren mit zweijähriger Garantie, goldene Ringe, Trauringe, Ketten, sämtliche Goldwaren, Brillantringe, Ohringe, Broches, alles modern, wie neu, verkauft spottbillig
Konzeß. Leihhaus, Neue Schönhauserstr. 11 I.

Verständ gewesene Uhren

goldene, silberne Damen- u. Herren-Remontoir-Uhren mit zweijähriger Garantie, goldene Ringe, Trauringe, Ketten, sämtliche Goldwaren, Brillantringe, Ohringe, Broches, alles modern, wie neu, verkauft spottbillig
Konzeß. Leihhaus, Neue Schönhauserstr. 11 I.

Verständ gewesene Uhren

goldene, silberne Damen- u. Herren-Remontoir-Uhren mit zweijähriger Garantie, goldene Ringe, Trauringe, Ketten, sämtliche Goldwaren, Brillantringe, Ohringe, Broches, alles modern, wie neu, verkauft spottbillig
Konzeß. Leihhaus, Neue Schönhauserstr. 11 I.

Verständ gewesene Uhren

goldene, silberne Damen- u. Herren-Remontoir-Uhren mit zweijähriger Garantie, goldene Ringe, Trauringe, Ketten, sämtliche Goldwaren, Brillantringe, Ohringe, Broches, alles modern, wie neu, verkauft spottbillig
Konzeß. Leihhaus, Neue Schönhauserstr. 11 I.

Verständ gewesene Uhren

goldene, silberne Damen- u. Herren-Remontoir-Uhren mit zweijähriger Garantie, goldene Ringe, Trauringe, Ketten, sämtliche Goldwaren, Brillantringe, Ohringe, Broches, alles modern, wie neu, verkauft spottbillig
Konzeß. Leihhaus, Neue Schönhauserstr. 11 I.

Brotbäcker

16236
kann für eigene Rechnung eine Brotfabrik übernehmen. Freie Rente. Zu erfragen Friedenstr. 60, Mühlgraben.
Warenwaaren-Geschäft mit Deklamations-Niederlage fruchtlos halber (s. zu verkaufen) Leingasse 15.

Klempnerei

verbunden mit Installation für Gas- und Wasseranlagen, ist wegen Kurruhelegung für 700 M. zu verkaufen. Ost. unter C. 10 an d. Exp. d. Zig. 116209
700 M. werth Holzmarktstraße 40, part.
Wirtschaft wegnachhalter zu verl. Röhner, Dönh. 10. 16245
Geschäftsführer (s. Spreckl. 6 25 M. Komptoir, Stollungen, Reußen etc. auf Abbruch zu verl. Röh. u. M. K. 24 Berlin N. 64 Postamt. 16129
Baustellen, Schvorort, Quadratmeter 6 M., verkauft 16000
Fischer, Breslauerstr. 30.
Schiffstr. d. Kolbe, Roppenstr. 94, b.

Arbeitsmarkt.

Achtung, Stockarbeiter!
In der Stockfabrik von Gebr. Noa, Treddenerstr. 28, haben fünfzig Cellulose-Arbeiter wegen Differenzen die Arbeit eingestellt. 175/15

Zug fernhalten!

Der Vertrauensmann d. Stockarbeiter. Farbigenmacher verlangt **Göpfert**, Blumenstr. 63 Quergeb. III. 16315
Berflößer u. Farbigenmacher **Boose**, Blücherstr. 57a. 16296
Berflößer verlangt **Göpfert**, Blumenstr. 63 Quergeb. III. 16300
Tücht. Farbigenmacher (s. verl. Wollfauerstr. 29. 16215

Tüchtige Schriftmaler

(s. verl. gesucht)
Gebrüder Rudolph, O. Thier-Strasse Nr. 5.

Waschmeister

tüchtiger, bei sofort. Eintritt und gutem Einkommen gef. Offerten sub G. 578 befördert **Wag Gerschmann**, Potsdamerstr. 128.

Ein Verfrüh mit guten Vorkenntnissen im Buchen wird verlangt.

Probearbeiten erbeten. 16075
Chromolithographisches Atelier, Schornhorst-Strasse Nr. 18, 1. Etz. 16210

Lehrling verlangt

Schneidemeister Gräbenstr. 73. 16106
Auf best. Beschäft. in Strassenbau, dauernd, verl. Lehmann, Drosselstr. 9. 16048

Junge Mädchen

mit guter Schulbildung finden in meinem

Warenhauser

Gelegenheit und Ausbildung zu tüchtigen Verkäuferinnen.
Hermann Schlesinger, Wollfauerstr. 29.

Waffen- und Tassenarbeiterinnen

im Hause verlangt bei hohem Lohn 16026
Betr. 15, III.
Schürzenarbeiterinnen verl. 16056
Gebr. Ruppinerstr. 10.

Schürzenarbeiterin im Hause, auch

Verwandten Angest. 23, 3 Etz. 16088
Arbeiterinnen auf Jodett anher dem Hause, gute Preise. 16119
Stettin, Gubenstr. 9, part.

Schürzenarbeiterin verlangt

16145
Tentel, Radostr. 13.
Arbeiterin u. Verfrühlerin auf Jodett verl. Kothe, Nordhafen 6.
Anwärterin verl. Dresdenerstr. 28 d. I. 16339

Lehrdame für Buch, Polamentieren

u. Weiswaren verl. Max Salomon, Frankfurterstr. 13.

Lehrmädchen

auf Kantastischen gegen sofortige Vergütung verlangt. 15026
Josef Schreyer, Gollmannstr. 17.

Lehrmädchen

auf Kantastischen gegen sofortige Gehalt sucht **Leonhardt**, Rittersstr. 41. 14803*

Fahrräder

verpändet gewesene, gebraucht u. neue erstklassige Damen- u. Herrenräder verkauft spottbillig 71/5*

Concess. Leihhaus

Neue Schönhauserstr. 11, I.

Deutscher Vortier

Deffert- u. Walfrautbier 1. Rang. Brauerei Vargholter, geg. 1730.

Bedarfsartikel für Elektrotechnik

empfeht 10006
G. Peschmann, Adersstr. 130.
Induktions-Apparate, u. Akkumulatoren, Glöhchen, Elemente. Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Bayrisch. Malzbier-Brauerei

Marienburgersir. 17.
Mittwoch, den 8. März er.:
Märzen-Weissbier
2 Ltr. 25 Pf. 1111L*

Möbel

an Theilzahlung.
J. Kellermann, Neue Jakobstr. 26.

Für die Angehörigen der Berufsklassen in Dresden

gingen bei der Expedition des „Vorwärts“ folgende Beiträge ein: Verein Berliner Droschkentischer 25.—, Gesangsverein Vorwärts I, Familienkränzen bei Wille, 10. Februar, durch Nähtze 90.—, G. Kaiser 1.—, Gesamtheit bei einer Gedenkfeier vom Gesangsverein Einigkeit R. W. 7.—, Ein armes Luder 1.—, T. 2.—, Jann-Nirborf 1.—, Drei Gewerbetreibende-Beitrag durch Kröbel 1,50, Eugen Herzberg 3.—, O. Bob 1.—, Körner u. Proff 18,80, Maack, Schornhorststraße, 3.—, Von Tischlergehilfen der Firma Friedmann, Dreieckstraße, 1. Rate 4,25, Mittagstafel 1.—, Zusammenkunft in der Mitgliederversammlung des Baderverbandes, durch Heischold 9,35, Nobels Berliner Brauerei, Müllerstraße, durch Heischold 9,60, Silberergänzt — 50, Nähtfelder Kupfergeschmiede 6.—, Verein für Körper- und Naturheilkunde, Magazinstr. 17, 5,75, Kus der Kiemerei von Wils, Joha 2,50, Durch Branc 8,80, Habura 1.—, Von den Maurern Währheim durch Müller 20.—, G. S. 2. 3.—, Sammlung Verein Immergrün, Zonnenmünde 27.—, Auch im pfeifschwarzen Amberg werden diese Opfer aufs tiefste bemitleidet 2,10, Summa 255.—, Mart.

Versammlungen.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am Montag, den 27. Februar, Dr. Luz einen äußerst interessanten und lehrreichen Vortrag über das Thema: „Chemie in der Küche“, auf welchen eine Diskussion folgte. Nachdem eine Anzahl neuer Mitglieder aufgenommen worden war, theilte die Vorsitzende mit, daß Dr. Löwenfeld, Direktor des Schiller-Theaters, dem Verein eine Anzahl Willets zu der vollständigen Kunstausstellung im Rathhaus zur Verfügung gestellt habe, und forderte die Mitglieder auf, diesen Kunstbetrachtungen reges Interesse zu schenken. Mit der Mittheilung, daß in der nächsten Vereinsitzung, Montag, den 18. März, Hr. Dr. Hgogdzinsky einen Vortrag halten wird, wurde die Sitzung geschlossen.

Die Formier tagten am Sonntag bei Cohn in der Deuthstraße, um über die Besichtigung des Formertages zu verhandeln. Sämtliche Redner stimmten darin überein, daß eine Einigung der im Metallarbeiter-Verband und im Zentralverband der Formier organisierten Formier notwendig sei. Fast ausnahmslos wurden die persönlichen Beziehungen zwischen den beiden Organisationen verurtheilt. Durch die jetzige Spaltung sei die Agitation ohne Erfolg und ebenso auch die unbedingt nötige Kontrolle der Kollegen unmöglich. Nach der sehr lebhaften Diskussion wurden fünf Delegirte gewählt und zwar sollen K. Förster, Stobach und Raffatsch den Metallarbeiter-Verband vertreten, Louis Müller und Bernide den Zentralverband der Formier. Bestimmte Aufträge wurden ihnen nicht erteilt, da man der Ansicht war, daß der Formertag auch keine bindenden Beschlüsse fassen könne, sodas etwa der Zentralverband der Formier sich zu Gunsten des Metallarbeiterverbandes auflöst, oder die im Metallarbeiterverband organisierten Formier dem Zentralverband der Formier beitreten. Doch sollen die Delegirten dahin wirken, daß eine Kommission ernannt werde, die mit den Verbänden verhandelt. R. A. H. berichtet dann über den Streik bei der Firma Gähert. Der Meister habe Guharbeiten auf Entreprise übernommen und die Preise durchschnittlich um 25 pCt. reduziert. Die hohen Metallpreise sollten auf diese Weise auf die Arbeiter abgewandt werden. Es seien sogar noch höhere Abzüge in Aussicht gestellt worden. Eine gütliche Erledigung sei vom Meister abgewiesen worden. Auf Inzerate in der „Volks-Zeitung“ hätten zwar dreißig Kollegen bei Gähert angefragt. Sie würden aber, nachdem sie die Sachlage erfahren haben, nicht die Arbeit aufnehmen. Jetzt solle die Arbeit in andere Gießereien gegeben werden. Der Redner erwartet, daß sich die Formier solidarisch zeigen und die Firma meiden werden. (Beifall.) Die folgenden Redner wiesen besonders darauf hin, daß die Fabrikanten den vom Formier nicht verschuldeten Ausschuss nicht zahlen wollen und stels die Kollegen entlassen, die unter Verufung auf das Versprechen, das die Fabrikanten im Jahre 1897 vor dem Gewerbegericht gegeben haben, auf der Erfüllung dieses Versprechens bestehen. In einer ganzen Reihe von Fällen könnte nachgewiesen werden, daß die Fabrikanten wortbrüchig geworden sind. Wenn das so weiter gehe, kämen die Berliner Metallarbeiter noch so weit, wie die Hamburger, die nicht einmal mehr Umschau nach Arbeit halten dürfen. Auch wurden wieder verschiedene Fälle vorgeführt, in denen Formier, die auf der Erfüllung der von den Fabrikanten vor dem Gewerbegericht eingegangenen Verpflichtungen bestanden, vom Arbeitsschein in der Gartenstraße boykottiert wurden. Die immer mehr einwirkenden Mißstände und der Fortschritt der Arbeiter sollen in einer öffentlichen Versammlung über besprochen werden. R. A. H. konnte erklären, daß die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes einstimmig beschlossen habe, alle Formier, die wegen Forderung des Bezahls des Ausschusses gemahregelt werden, zu unterstützen. Ferner theilte er mit, daß die Dreher der Firma Gähert kein Bild anfertigen wollen, das aus einer anderen Gießerei kommt. Alle Kollegen sollen der Ortsverwaltung sofort Nachricht geben, wenn von ihnen die Verarbeitung der Gähert'schen Modelle verlangt wird. Nach der Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung verpflichtet jeden Kollegen, Bezahlung für unverschuldeten Ausschuss zu fordern. Da die Praxillen der organisierten Eisenindustriellen darauf hinauslaufen, die 1897 vereinbarten Friedensbedingungen illusorisch zu machen, muß es Pflicht jedes Kollegen sein, gleichgültig, welche Maßnahmen das Unternehmens trifft, strikte auf diesem Beschluß festzuhalten.“ Außerdem wurde die Erwartung ausgesprochen, daß alle Metallarbeiter aus den Werkstätten, die vom Zustand bei der Firma Gähert in Mitleidenschaft gezogen werden könnten, sich ausnahmslos in der Versammlung am Dienstag einfinden, in der nähere Stellung zu diesem Zustand genommen werden soll.

Der Holzarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin, hielt am Sonntag eine stark besuchte außerordentliche Generalversammlung im Keller'schen Saale ab. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Zunächst hielt Robert Schmidt einen Vortrag, in welchem er den von reaktionärer Seite gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter geführten Kampf kennzeichnete, und demgegenüber betonte, daß die durch die Verhältnisse bedingte Klassenbewegung Arbeiterbewegung durch keine, wenn auch noch so gewaltthätigen Machtmittel von ihrer Bahn abgebracht werden könne. — Zum folgenden Punkt der Tagesordnung: Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises, führte G. Lode aus: Schon in der vorigen Generalversammlung sei mitgeteilt worden, daß der Verband der Holzindustriellen beabsichtige, einen von Arbeitgebern und -nehmern gemeinsam geleiteten Arbeitsnachweis einzurichten. Inzwischen haben nun mehrfach Verhandlungen zwischen Vertretern beider Theile stattgefunden. Während die Unternehmer Anfangs für eine Verbindung des geplanten Arbeitsnachweises mit dem Zentral-Arbeitsnachweis waren, haben die Vertreter der Arbeiter sich nur unter der Voraussetzung zur Mitwirkung bereit erklärt, daß ein vom Zentral-Arbeitsnachweis unabhängiger Fach-Arbeitsnachweis eingerichtet werde. Dazu haben sich denn auch die Unternehmer bereit erklärt. Der weiteren Forderung der Arbeiter, daß der Nachweis für diejenigen Geschäftsinhaber, bei denen ein Streik ausgebrochen ist, während der Dauer des Streiks gesperrt sein müsse, hätten die Arbeitgeber entschieden widersprochen und zu versetzen gegeben, daß, wenn die Arbeiter auf dieser Forderung beharren, der ganze Plan scheitern würde. Rummehs hätten sich die Vertreter der Arbeiter-Organisation bereit erklärt, die Streik-Klausel so zu fassen, daß denjenigen Unternehmern, die sich weigern, bei ausgebrochenen Differenzen zwischen ihnen und ihren Arbeitern mit der Ortsverwaltung des Verbandes der Holzarbeiter zu verhandeln, die Vermittelung von Arbeitskräften für die Dauer des Streiks abgeschnitten werde. Die Einsetzung

eines sogenannten unparteiischen Arbeitsvermittlers hätten die Arbeiter abgelehnt mit der Begründung, daß eine zweideutige Arbeitsvermittlung nur von einem in dem Berufe bewanderten Fachmann besorgt werden könne und sie daher fordern müßten, daß auch einer ihrer Vertreter als Arbeitsvermittler angestellt werde. Das Kuratorium, welches die Aufsicht über den Arbeitsnachweis zu führen hat, solle zur Hälfte aus Arbeitgebern und zur Hälfte aus Arbeitern bestehen. Die letzteren müßten durch die Organisation gewählt werden. Ferner verlangen die Arbeiter, daß ihrer Organisation das Recht eingeräumt werde, eine Kontrolle nach der Richtung auszuüben, daß die Unternehmer, denen Arbeitskräfte zugewiesen werden, auch angemessene Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewähren. Wenn diese Forderungen der Arbeiter berücksichtigt werden, dann hätten sie die Gewähr, daß ihre Interessen nicht durch den Arbeitsnachweis geschädigt werden, und deshalb bräuchten sie gegen die Einrichtung eines solchen keine Bedenken haben. In der Diskussion sprachen sich nur zwei Redner gegen ein weiteres Verhandeln sowie überhaupt gegen jedes Zusammengehen mit den Unternehmern aus, während die übrigen Redner die Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises unter Wahrung der Arbeiterinteressen sympathisch begrüßten. Es wurde erwähnt, daß eine kürzlich abgehaltene Meisterversammlung sich gegen die Forderungen der Arbeiter erklärt habe, so daß es also scheint, als ob das ganze Projekt schließlich am Widerstand der Arbeitgeber scheitern werde. Die Versammlung ermächtigte durch einen fast einstimmig angenommenen Beschluß den Vorstand der Ortsverwaltung, auf der Grundlage der von G. Lode vorgelegten Forderungen weiter zu verhandeln, aber wenn dieselben nicht bewilligt werden, jede weitere Verhandlung abzubrechen.

Die Studienteure beschlossen in ihrer Versammlung am 20. Februar, am 16. April die Treptower Sternwarte zu besuchen. Hierfür hielt Dr. Joel einen recht interessanten Vortrag über die Entdeckung des Nordpol. Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung betrafen interne Angelegenheiten.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und der Umgegend hielt am Sonntag eine gut besuchte außerordentliche Generalversammlung ab, um über die einheitliche Verbreitung des obligatorisch eingeführten Vereinsorgans „Die Einigkeit“ zu beraten. Nach einer langen eingehenden Diskussion, in der fast alle Redner der Meinung Ausdruck gaben, daß sich die bisherige Form der Verbreitung durch die Mitglieder in den einzelnen Bezirken nicht bewährt hat, gelangte folgender Antrag mit allen gegen wenige Stimmen zur Annahme: „Die Versammlung beschließt: 1. Die wöchentlichen Beiträge werden von 10 auf 15 Pf. festgesetzt. Es werden aber für die Monate Januar und Februar, also neun Wochen, keine Beiträge erhoben, so daß im Jahre 43 Wochenbeiträge erhoben werden. Hierfür leistet der Verein unentgeltliche Zustellung der „Einigkeit“. 2. Um eine einheitliche und regelmäßige Verbreitung zu erzielen, beschließt die Versammlung: Ein jeder Bezirk bestimmt sich einen Verbreiter, wenn möglich einen Kollegen, der nicht mehr im Stande ist in seinem Berufe thätig zu sein. Hierfür erhält der Verbreiter pro Mitglied und Quartal 20 Pf. 3. Der Kassirer wird angewiesen, mit den Hilfskassieren genau Wuch zu führen über die Mitglieder in jedem Bezirk und hat dann den Hilfskassieren am Schluß jeden Quartals die 20 Pf. für jedes Mitglied und Quartal für die Verbreitung der „Einigkeit“ auszugeben, die sie sofort den Verbreitern zu überliefern haben. 4. Sämtliche Verbreiter über die unpünktliche Lieferung der Zeitung sind an die Hilfskassierer des betreffenden Bezirks, in wiederholten Fällen an den Kassirer zu melden.“ Ein weiterer Antrag, nach welchem auch diejenigen, die länger als vier Wochen arbeitslos sind, ebenso wie in Krankheitsfällen von der Beitragszahlung für diese Zeit entbunden werden sollen, wurde nach kurzer Diskussion bis zu einer späteren Generalversammlung vertagt. Unter „Vereinsangelegenheiten“ wurde dem Vorstande aufgegeben, am 18. März einen Kranz auf den Gräbern der Märzgefallenen niederzulegen. — Ein Antrag: die Professore „Gewerkschaften und Koalitionsrecht der Arbeiter“ von R. Schöppel auf Vereinslisten anzuschaffen und den Mitgliedern je ein Exemplar unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, wurde, nachdem derselbe von R. B. P. H. und W. A. S. befürwortet worden war, einstimmig angenommen. — Die Abrechnung vom letzten Wochenball ergab eine Einnahme von 480,50 M., eine Ausgabe von 126,50 M., so daß ein Ueberschuß von 354 M. zu verzeichnen ist. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, den Kassirer Webern von diesem Ueberschuß 100 M. zu überweisen. Nach Erledigung interner Vereinsangelegenheiten erfolgte der Schluß der Versammlung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Am 2. März tagte im Lokale von Wehrditt, Manteuffelstr. 75, eine Versammlung der Stimm- und Tischler, die den Bericht der Kommission entgegennahmen, die Erhebungen in dieser Branche vorgenommen hatte. Bei der Laufzeit der Arbeiter war die Kommission auf vielfachen Widerstand gestoßen. Es entspann sich hierüber eine sehr rege Diskussion und wurde sodann folgender Antrag angenommen: Die Kollegen in den einzelnen Fabriken haben ihren Gesamtverdienst zu berechnen, und da, wo der Durchschnittsverdienst unter 27 M. beträgt, zunächst auf gleichem Wege eine Besserung der Arbeitsverhältnisse anzustreben. Wo dies nicht möglich ist, ist von der Arbeitsniederlegung Gebrauch zu machen. Unter Berufungsangelegenheiten wurden die Firmen Brandt, Dieffenbachstraße; Densler, Briggerstraße; Venediz, Eisenbahnstraße, und Huse, Kopenstr. 9, einer eingehenden Kritik unterzogen.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Am 26. Februar hielt der Bund seine neunte Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Reumann erstattete den Bericht des Vorstandes. Abgehalten wurden 18 Vorstandssitzungen, 8 Ausschusssitzungen und 8 Uebungsstunden. Die höchste Beieiligung an einer Uebungsstunde betrug 927 Sänger, die wenigste 624. Die Ausschusssitzungen waren im Durchschnitt mit 133 Vereinen vertreten. Dem Bunde gehören 192 Vereine an, davon sind 185 Männerchöre, 6 gemischte Chöre und 1 Damenchor. 120 Vereine domizilieren in Berlin und 72 in der Umgegend. Die Gesamtzahl der Alt- und Sängerbeträgt 4211, passiv 806; insgesamt 5017 Mitglieder. An Unterstützungen wurden, außer den existenzbedingten Zuschüssen für drei Vereine, gezahlt: Kasse der Textilarbeiter 200 M., Samariterkolonne 150 M., Niedergemeinschaft 100 M. Der Rechenschaftsbericht des Kassirers Kaiser, welcher den Anwesenden gedruckt vorlag, ergiebt folgendes: Vom 1. Oktober 1897 bis 31. Dezember 1898 betragen die Einnahmen 5586,55 M., die Ausgaben 4208,38 M.; mithin der Ueberschuß 1378,17 M. Die Einnahmen und Ausgaben vom 1. Januar bis 13. Februar 1899 ergaben ein Minus von 308,35 M., verbleibt demnach ein Bestand von 929,82 M. Nach erfolgter Diskussion wurde dem Kassirer Decharge erteilt. — Der Antrag des Vorstandes, das Statut dahin abzuändern, die Generalversammlung findet jedes Jahr im Monat Februar statt, wurde angenommen. Alle weiteren eingelaufenen Anträge auf Abänderung des Statuts wurden abgelehnt. — Die Verfassung des ausgeschlossenen Vereins „Echo“ in Panow wurde einer Kommission überwiesen. Die hierauf folgende Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes: 1. Vorsitzender Reumann, Restaurateur, Brunnenstr. 150; 2. Vorsitzender Häbner, Steinbruder, Wilhelmstr. 132; 1. Schriftführer Otto Rasche, Zigarrengeschäft, Mariannenstr. 23; 2. Schriftführer Fr. Kortum, Tischler, Manteuffelstraße 50; 1. Kassirer Al. Kaiser, Buchdrucker, Am Friedrichshain 31; 2. Kassirer Rob. Reper, Blumengeschäft, Mariannenstr. 2.

Der Textilarbeiter-Verband (Zentrale II) tagte am 21. Februar. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Mitgliedes A. S. H. n. e. r, der in interessanter Weise eine Biographie Gottfried Knebel's gab. Zur Erledigung gelangten alsdann einige interne Angelegenheiten. Zum ersten Vorsitzenden wurde Karl Müller gewählt.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschebranche feierten am 28. Februar die Besprechung der Mißstände bei der Firma G. Niese fort. Schließlich wurde beschlossen, die bei der Firma beschäftigten zu einer besonderen Versammlung einzuladen. Hergt gab hierauf den Bericht über den Arbeitsnachweis. Darnach hatten sich 79 Buchweider, 8 Näherinnen, 2 Plätterinnen und 4 sonstige Arbeiter einschreiben lassen. Von den Fabrikanten wurden verlangt: 48 Buchweider, 6 Näherinnen, 4 Plätterinnen, 4 Stempelerinnen und 8 verschiedene Arbeiter. Davon nur dauernd 36 Stellen besetzt werden. Redner führte Klage über die Kollegen und Kolleginnen, welche es nicht für nötig halten, den Arbeitsnachweis zu benutzen konnten.

Nirsdorf. Am 22. Februar war eine außerordentliche Generalversammlung von der hiesigen Zahlstelle des deutschen Holzarbeiter-Verbandes einberufen, in der zunächst die Wahlen der Delegirten zum Gewerkschaftslongreg vollzogen wurden. Von den vorgelegten Delegirten erhielten G. e. n. e. r, W. e. s. t. u. m. und L. i. n. d. n. e. r. G. e. r. t. die meisten Stimmen. Hierauf beschloß sich die Versammlung mit der Frage betreffend die Anschließung der Zahlstelle an die Berliner Filiale. Ein dahingehender Antrag wurde nach längerer Debatte abgelehnt.

Trebbin. Vor Kurzem fand hier eine Volksversammlung in dem einzigen der Arbeiterklasse zur Verfügung stehenden Lokale, dem „Schwarzen Adler“ statt. Es ist schon eine lange Zeit her, seitdem die Sozialdemokraten in unserem Orte an die Öffentlichkeit treten konnten, denn wie überall in den der Reichshauptstadt entfernteren liegenden Städten und Dörfern, so ist auch hier das Abtreiben von Lokalen an der Tagesordnung. Es war daher der Arbeiterklasse erst wieder in letzter Zeit möglich, einen Saal zu erhalten, wie lange aber die Freude dauern wird, muß die Zeit lehren, denn Chilianen gegen den Wirth haben bereits begonnen. Das Referat über: „Das Friedens-Manifest des Kaisers von Rußland und die Reichthumsverteilung“ hatte Reichstags-Abgeordneter H. i. b. e. l. l. übernommen, der unter regem Beifall das Thema behandelte. Da von einer Diskussion Abstand genommen wurde, schritt man zur Wahl der Lokalkommission. Unter Verschiedenem forderte der Kreisvertrauensmann G. e. r. a. r. d. t. die Anwesenden zum Eintritt in den Arbeiter-Bildungsverein auf und schloß nach 6 Uhr mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie die aus 500 Personen bestehende Versammlung.

- Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Vorsitzender: Adolf Reumann, Brunnenstr. 150. Alle Änderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Friedr. Kortum, Manteuffelstr. 50, vom 11. Dienstag, abends 9—11; Uebungsstunden und Aufnahme neuer Mitglieder. — „Einigkeit“ I, Schiller, Rosenhaldenstr. 57. — „Gerechtigkeit“ (Wesfen), Werner, Bülowstr. 59. — „Olympia“, Martin, Rannunstr. 88. — „Hond in Hand I“, Drahtschmidt, Holzgasse 102. — „Kreuzberg“, Ederstr. Mariendorferstr. 5. — „Edelweiss“, Steinhagen, Weichstr. 15. — „Echo I“, Wändner, Oienstr. 19. — „Wiederhall“, Schmeier, Admiralstr. 21. — „Freiheit II“, Derguth, Adlerhof, Lypenstraße. — „Märchenblätter“, Spät, Georgenstraße 68. — „Unser Jagt II“, Moabiters Klubhaus, Deufelstr. 9. — „Freies Lied“, Friedrichshagen, Schumannstr. Frankfurt Allee 181. — „Roths Reife II“, Doh, Schönberg, Grunewaldstr. 110. — „Roths Reife II“, Rosin, Ruppinerstr. 42. — „Vorwärts IV“, Schulze, Rathenow, Jägerstr. 25. — „Alpenglocke“, Gold, Große Frankfurterstr. 133. — „Eichenkranz I“, Jean Dollon, Prenzlau, Schönebergstr. 67. — „Waldlager Harmonie“, Wildbrodt, Müllerstr. 7. — „Vorwärts VII“, Schurbaum, Rawitz in der Park. — „Frohmann“, Bredow, Rummelsburg, Große und Kautzstr. 64. — „Alasie“ (gemischter Chor), Reper, Oranienstr. 184. — „Sangeslust II“, Kalkäne, Triftstraße 41. — „Weiße Rose“, Watsch, Reinickendorf, Reichensstraße 101a. — „Arbeiter-Rath“, Gieske, Rowanow, Weißbühlstr. — „Alliance“ (Maler), Restaurant, Kaiser Franz, Oranienplatz 7. — „Glasarbeiter“, Geißler, Spandau, Müggelseimerstraße 29. — „Edmundo“, Daub, Götzenstraße 3. — „Kreuzberger Harmonie“, Mülling, Admiralstraße 180. — „Melodia II“, Pappel, Allee 114. — „Rohr-Ost“, Hübner, Landsberger Allee 184. — „Alpenländer“, Krause, Wienerstr. 37. — „Freie Beibühne“, Böttcherstr. 51/52. — „Grüne Eiche“, Habensneider, Nirsdorf, Hermannstr. 197. — „Freiheitskämpfer“, Sommer, Grünstraße 20. — „Einig“, Scheere, Blumenstr. 38. — „Kongoroch“ (gem. Chor), Rummelsburg, Ziele, Türschmidt- und Wozortstr. 66. — „Cecilia“ (gem. Chor), Brandenburg a. H., Wettermann, Wilhelmstr. 111. — „Luf“, Kierurg, Dresdenstr. 68. — „Schneeglöckchen II“, Potsdam, Dahn, Sponauerstr. 33. — „Terzilia“, Restaurant Waldemarstraße 37. — „Froh-Ostmann“, Haller, Palaststr. 18. — „Lura II“, Charlottenburg, Barisch, Seefendenerstr. 11. — „Einigkeit II“, Heide, Müllerstraße 66. — „Verband Deutscher Galvanisiergehilfen“, Wölschel, Jägerstr. 36.

- Arbeiter-Rath und der Umgegend. Änderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Eugen Rasche, Nirsdorf, Walslowstraße 1, IV. Dienstag: „Kausch“, Gildoraba, Grüner Weg 120, Weiling. — „Grüne Eiche“, Urbanstr. 87, Greizer. — „Amalema“, Forsterstraße 19, Udel. — „Neuer Berliner Rathklub“, Reichensbergerstr. 146, Drogge. — „Wald“, Schöneberg, Dampfstraße 97, Donath. — „Domingo“, Waldemarstr. 16, Taubert. — „Roths Reife“, Boeckstr. 21, Krebs. — „Kollera“, Reichensbergerstr. 157, Bergner. — „Einigkeit I“, Nirsdorf, Wändnerstr. 49. — „Nathan“, Einieonstr. 13, Kirche. — „Amerikan“, Weidenweg 22, Hüllonsstr. — „Palmerio“, Lamprecht, Kabanen-Allee 95. — „Korea“, Weidenweg 90, Zunge. — „Waldmeister“, Marienburgerstraße 16, Götze. — „Neuer Ham“, Langenbeckstr. 4, Teilmeyer. — „Arbeiterbund“, Grünauerstr. 5, Gadowstr. — „Blättenbust“, Gathenindstr. 1, Hebe. — „Anhuga“, Briggerstraße 46, Herzog. — „Vange Eiche“, Friedrichshagen, Rummelsburgerstr. 23, Reigel. — „Pfeifenkopf“, Coptrist, 4, Wolf. — „Stambul“, Neu-Weihenlee, Streustr. 3, Stegemann. — „Gemeinschaft I“, Etemerstr. 7, Götzer. — „Diana“, Eddy, Bremerstr. 71. — „Immergrün“, Ransgolt, Eichenstr. 18. — „Lairo“, Putzmannstr. 9, Engler. — „Blau Weiße IV“, Putzstr. 20, Reimann. — „Blau Weiße II“, Nigarstr. 126, Bogt. — „Kongoroch“, Landsberger Allee 44, Kalkäne. — „Gemeinschaft II“, Brangelstr. 89, Ludwig. — „Nordpol“, Demnitzdorferstr. 25, Friede. — „Waldenblau“, Wändstr. 56, Dinte.

- Gesang, Turn- und gefellige Vereine. Dienstag: Gesangsverein „Fischer Wille“, Alexandrinerstr. 32, Dietrich. — Arbeiter-Sänger, „Einigkeit“, Reichensbergerstr. 19, Lehmann. — „Wald“, „Christ“, Wronkestr. 11, Blum. — „Jugendbau“, Vordorferstr. 17, Reuter. — „Vergnügungs-Verein“, Blumenstr. 38, Reich. — „Rustik“, Norddeutsche Klänge“, Schwimmländerstraße 51, Reuter. — „Wald“, Tischler, Arden, Langestr. 108. — „Rustik“, „Einigkeit“, Grünhaldenstr. 3, Demmerling. — „Quartett“, Wölschel, Gaussestraße 72, Weisner. — „Tentener“, Concordia, Glatzstr. 30, Scholz. — „Wald“, der gem. Chor, Rosenhaldenstr. 57, Schiller. — „Geflügelklub“, „Don Juan“, Lindenstr. 106, Jubel. — „Vergnügungs-Verein“, Manteuffelstr. 9, Rasmol. — „Gesang“, „Schilhorn“, Wiedomstr. 33, Döbner. — „Turno“, „Chor“, Weichstr. 15, abds. 8 1/2 Uhr, Blumenstr. 63a. — „Theater“, Wändnerstr. 11, abds. 14 Uhr, Kalkäne. — „Rustik“, Thalia, Eichenstr. 95, Jekow. — „Rustik“, „Vezio“, Schädler, Putzstr. 32. — „Gatklub“, „Schlechte Karte“, Raitner, Oberbaumstr. 5. — „Waldharmonieverein“, „Symphonie“, Freund, Schulstr. 104. — „Gesang“, „Endlich Beimit“ (gem. Chor), Schwarz, Glatzstr. 16. — „Gesang“, „Müggelseimer Nord“, Franz, Damerstr. 8. — Arbeiter-Theaterverein, Charlottenburger Wälschenstr., Bayer, Charlottenburg, Wälschstr. 96. — „Fischer Gesangsverein“, „Humor“, Mann, Straßburgerstraße 3. — „Hilfsklub“, „Frohmann“, Zimmermann, Grüner Weg 29. — „Arbeiter-Turno“, Weihenlee, Uebungsstunde abends 8—10 Uhr, Kalkäne, Hof, Parkstr. — Orchesterverein „Einigkeit“, Rautenberg, Oranienstr. 180.

- Arbeiter-Schwimmerbund. Anfragen an G. Bralle, Schulstr. 24. Dienstag: Schwimmklub „Vordorfer“, Uebungsstunde abends 7 Uhr, Bad der Wasserfreunde, Kommandantenstr. 78. Arbeiter-Turnerbund. Dienstag: Turno, „Nichte“, Berlin, abds. 8—10 Uhr; 2. Männerabth.; „Stalfer“, 55/56; 4. Männerabth.; Stephanstraße 3; 5. Männerabth.; Kalkäne, 67; 6. Männerabth.; „Stallfischer“, 64; 1. Lehrlingsabth.; Friedenstr. 37; 2. Lehrlingsabth.; Boeckstr. 21; 1. Damenabth.; Mariannenstr. 1a. — Turno, „Eiche“, Spandau, Männer- u. Jugendabth., Klein's Hotel (Wilhelmsplatz), abds. 7 1/2—9 1/2 Uhr; Uebungsst. — „Freie Turnerschaft Nirsdorf“, Wälsch, Kalkäne, abds. 113. 9 1/2 bis 8 1/2 Uhr; 1. Schülerabth., 8 1/2—10 1/2 Uhr; 1. Männer- und Lehrlingsabth.; — „Turnerschaft b. B. Rensau“, Männerabth., Reichensbergerstraße 13/132, abds. 8—10 Uhr, Damenabth., Mariannenstr. 47, abds. 8 bis 10 Uhr. — Turno, „Froh und Frei“, Groß-Wälscherfeld, Vogel, Gaussestraße 104, abds. 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr. Les- und Diskursklubs. Dienstag: „Siden“, Gwalb, Schönleinstr. 6. Arbeiter-Typographenverein. „Stolze“ (Einigungsstetm), Doulfen-Schützelschhaus, Amnstr. 16, abds. 8 1/2 Uhr. In die Maurer-Charlottenburg! Heute Abend findet in „Bismarckshöhe“, Wälschdorferstr. 39, eine Versammlung statt, in welcher der Reichstags-Abgeordnete Stolle über: „Die Mißstände im Baugewerbe im Königreich Sachsen und Preußen“ referiren wird. Nicht eines jeden Kollegen, auch der Arbeitslosen, ist es, in der Versammlung zu erfragen. J. A. W. Schütz.

Heute, Morgen und folgende Tage.

Porzellane

Fein bunt dekorierte

bestehend aus **Ess-, Kaffee- und Theeservices.**

Grosse Posten bunt dekorierte **Rococo-Teller**, tief und flach, Stück **25 Pf.**, **Dessert- und Gemüse-Teller**, Stück **18 Pf.**, **Compot-Teller 13 Pf.**; ebenso **Porzellan-Tassen**, bunt dekoriert, Paar **15 Pf.**, grosse weisse **Saucières**, Rococo, mit Untersatz, Stück **28 Pf.** und viele, viele andere Gegenstände zu bekannt billigen Preisen.

Elegante Weingläser

Rothwein (weiss) **18 Pf.** Rheinwein (grün) **18 Pf.** Champagner **20 Pf.** Liqueur mit süssem Ungarwein **15 Pf.** Römer **20 Pf.**

Grosse reinleinenene Tischgedecke für 6 Personen (Tafeltuch mit 6 Servietten) **5 Mark**, für 12 Personen (Tafeltuch mit 12 Servietten) **9,50 Mark.**

Magazin A. Lubasch,

Kommandantenstrasse 44/44a.

Yellow-Kid-Zigaretten. 50/3*

Rum

Selber zu machen

nehme man 1 Originalfl. Reichel's Echte Jamaica-Rum-Basis für 75 Pf., 1 Liter Weingeist (Spiritus vini) zu 1,40 Mk. und 1 Liter Wasser.

Die Mischung ergibt einen feinen kräftigen Rum von dem wundervollen Aroma u. Geschmack des Jamaica-Rums, da meine Jamaica-Rum-Basis dieselben eigenartigen Vorzüge und Merkmale in Natur besitzt. Der daraus hergestellte Rum ist im Verhältnis eine naturgetreue Wiedergabe des echten Jamaica-Rums und eignet sich vorzugsweise zur Thee- u. Grodbräuung. Echt nur in Originalflaschen mit meinem Namenszug und einzig und allein nur direkt bei

OTTO REICHEL, Eisenbahnstr. 4, Fernspr. IV 3100. Auf je 6 Flaschen eine Flasche gratis. Bei 12 Flaschen außerdem gratis Deutschland. Verkaufsstellen nirgends! Zufendung durch meine Gespanne frei Haus, selbst einzelne Flaschen, auch Weingeist. Kundwärts durch die Post. Die Selbstbereitung von Cognac, Nordhäuser und Liqueure, an 50 Sorten feinsten Magenbitter, mit den Combinirten Original-Reichel-Essenzen (Patentamtlich geschützt). Kaufende ehrenvolle Anerkennungen. Prospekte und Rezepten gratis und franko, nach Bedarf zu hochfeinem Eler-Cognac.

Möbelverkauf

Oranienstrasse 73, an der Kommandantenstrasse (früher Schützenstr. 2), in meinem vier Etagen hohen Gebäude, großes Möbel-Spezialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungen. Einrichtungen, Brautleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein solides Lager vor Ort zu besichtigen. Verlangen Sie mein Preisverzeichnis gratis und franko. Durch größere Masseneinkäufe und Ersparnis der theuren Rohmaterialien bin ich in der Lage, billige und geschmackvolle Wohnungseinrichtungen schon für 100, 200, 300-400 Mark, hochlegante von 500-6000 Mark zu liefern. Fertige Wohnzimmer zur Ansicht. Wohnungseinrichtungen auf Theilzahlung unter den günstigsten Bedingungen. Beantworte ohne Rücksicht. Eigene Tapezier- und Dekorationswerkstatt. Brautleute erhalten hübsches Braut-Möbelset als Zugabe. Kleiderspind 18, Waldschloß, Kleiderspind 18, Roumode 15, Spiegel 7, Tischplatte mit Matrasse 18 Mk., Ruhebaum u. Rahmageni furnirte Kleiderspinden, Vertikal 22 Mk., Kleiderspindbänke mit Sprungelboden 40, elegante Salontischgruppe 45 Mk., Salonarmatur 60, 75 und 105 Mk., Wandelsofa mit Sattelstühlen 75, Herrenschreibtisch 45, reichgeschmückter Buffet 100 Mk. Bei ganz billigen Preisen werden die großen Vorzüge verliehen gewesener, zum Theil sehr wenig benutzter Möbel verkauft, darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer. Täglicher Eingang gebrauchter, einfacher u. feiner Möbel. Gebraute Möbel werden 3 Monate kostenfrei ausdewahrt, durch eigene Gespanne in die Wohnung gebracht und aufgestellt, auch außerhalb.

Das beliebteste Getränk!

M. & W. Müller's

Möbel-Magazin Otto & Slotawa, Tischlermeister. Berlin NW., Bremerstrasse 67. 2. Geschäft: Thurmstrasse 81. [10029*]

Sarg-Magazin mit Beerdigungs-Comtoir.

Wir bringen hiermit unser aus feinstem Saazer Stadthopfen und bestem Malz hergestelltes, von Fachleuten anerkanntes

Pilsener Bier

in empfehlende Erinnerung.

Berlin, Johannisstrasse 18-19.

Telephon Amt III Nr. 8085.

Münchener Brauhaus A.-G.

Milchkübel, Kannen, Satten, Gemässe, Wiegeschalen, Buttermaschinen, Butterknetter sowie sämtliche milchwirtschaftliche Bedarfsartikel.

Herm. Jordan
Fabrik: Kl. Markus-Strasse 28.
Filiale: Hallesche 78, Lehrter Elguts-Bahn, Telephon VII. 3163. [1117*]

Möbel und Polsterwaren. Großes Lager. Arbeit, anerk. billige Preise, empfindl. Reichensbergerstr. 5. Auch Theilzahlung! Fernsprecher: Amt IV. 447.

Ginsegnungs-Anzüge
in Tuch, Satin, Diagonel und covercoats-Stoffen, 12-27 Mk. 1- und 2-reihig.
M. Schulmeister, Schneidermeister, Dresdenstr. 4, am Rotth. Th.
Bitte genau auf die Firma zu achten.

Möbelspeicher.
Fabrik u. Lager kompl. Wohnungs-Einrichtungen. Billige Preise. Auch wird Theilzahlung gehalten. [11209*]
J. Kelm, Tischlermeister, Kottbusser Ufer 52, an der Admiralstraße.

Jede Uhr 
zu reparieren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutes nur **1 Mk. 50 Pf.** (außer Bruch), keine Reparaturen billiger. Goldene Broden und Ohrringe, zusammen von **5 Mk. an.** Rollo goldene Ringe, 333 gekloppt, mit Steinen, von **2,50 Mk. an.** Duk. Trauringe, 900 gekloppt, à Duf. **10,25 Mk.**, bis 188 gekloppt, Stück von **10 Mk. an.**, bis 333 gekloppt, Stück von **6 Mk. an.**
E. Rothert, O. Andreasstrasse 62. T. Stolz, N. Chausseestrasse 78.

D. Wurzel & Co., Brangelstraße 17, Ede Mantelstrasse.
Wäsche ausschließlich eigener Fabrikat. Spezialität: Arbeiter-Verwandschaft; Blau Geyer-Jacken Nr. 1,65, feigend je Größe um 10 Pf., blau Geyer-Hosen, in allen Längen, Nr. 1,65. Arbeiterhosen, Blousen, Waler-Hittel u. Monteurhosen. **D. Wurzel & Co., Brangelstr. 17.**

Für 3 Mark
Reste, sehr groß, zu Anabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen, schöne Kleider 7-10 Mk. für 12 Mk. H. Cheviot- und Kammergarnstoffe, Jacketts und Holzereste, so lange der Vorrath reicht
im Riesenstofflager
14. Oranienstr. 14, 1. Et., kein Laden. [226L*]

Sophastoffe
auch Reste in Nipol, Damast, Erde, Phantasia, Gobelin und Plüsch (spottbillig!) [6129*]
Frohen Frank! in allen Qualitäten zu Fabripreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Mäskens-Costume verleiht billig
Fr. C. Frommholz, Glanzerstr. 78, Ede Adlerstr.
Reine Costume zeichnen sich durch höchste Eleganz aus u. wurden meistensich mit ersten Preisen gekrönt. Costume in Anlauf von 1 Mk. 50 ab. [1068*L]

Für 3 Mark
bis 6,50 Prima Kammergarn, Sommer-Paletotstoffe, Cheviots. [10632*]
Berlin C. Hoher Steinweg 4 (kein Laden, am Rathhaus). Erste Besugdonelle für Schneider. **Carl Engel.**

Mäskensball
Zähne und Stiefel werden verliesen Sorauerstr. 25. [6419*]
Mäskens-Garderobe gr. Auswahl, solide Preise, empfiehlt **Stenzel, Kottbusser Damm 8.**

Nordlicht & Original-Literflasche 1,00 Mark.
Nordlicht-Magenwein besteht aus Nordlicht mit süssem Ungarwein 744L*
Käuflich in allen besseren Colonial- und Destillations-Geschäften } & Originalflasche 1,25 Mark.
Kornbranntweinbrennerei Berlin, Waldemar-Strasse 29.

Berliner Genossenschafts-Bäckerei
(Eingetr. Gen. u. d. G.)
(Schutzmarke.)  (Schutzmarke.)
Neue Hochstrasse 18. - Planufer 16.
Telephon Amt III, 2931.

empfehlen wir vorzügliches Roggenbrot. Durch Vertrag mit einer großen Mühle sind wir in der Lage, unserer werthen Kundschaft ein wirkliches reines Roggenbrot zu liefern.
Von vielen Genossen ist schon oft die Frage an und gelehrt worden, weshalb wir auch nicht Brot liefern, das 6 Pfd. oder 6 1/2 Pfd. wiegt, für 10 Pf. Allen denen erwidern wir: Es ist traurig, daß eine große Masse der Arbeiter unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen gezwungen ist, solch Brot zu essen; denn bei den jetzigen Getreidepreisen ist es unmöglich, für diesen Preis ein wirklich gutes, reines Brot zu liefern. In derartigen Geschäften wird nur das schlechteste Mehl, oft schon verdorben, verarbeitet. Ein Brot hiervon dient wohl dazu, den Magen zu füllen, aber dem Körper die verbrauchten Kräfte ersetzen thut es nicht. Kindern und Greisen, die eine gesunde Lebensweise führen, ist es oft sogar schädlich, weil es sehr schwer zu verdauen ist.

Der Vorstand.
Joseph Peter, Goldwaaren-Handlung,
Streng reelle Bedienung. 81. Petersburgerstr. 81.

Karol Weil's Seifenextrakt
darf zu keiner Wäsche und niemals in der Küche fehlen.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen! M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M. **Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.**

Möbel
Kleiderspinden, einfach, v. 20 Mk. an, furnirt v. 30, Kleiderspinden v. 30, Schlafsofa v. 30, Wohnzimmersofa v. 25, Wandelsofa v. 60, Tischgarnituren i. all. Fabr. v. 100, Bettstellen u. Federboden v. 30, Kleiderspindeln mit Decke v. 33, Kammortelletten v. 25, Kommoden, Kleiderschiffe von 15, Sophastühle, Kleiderspinden von 15, Kleiderspindel u. 2 1/2, sowie alle sonstigen Möbel in großer Auswahl allerbillig. Beständige Einrichtungen, besonders preiswerth, transportfrei.
Möbel auf Theilzahlung. unter Garantie, unter vollständigsten Bedingungen. **Schier, Möbelabrik, Neanderstrasse 13.**
Amerikanische
Uhren-Reparatur-Werkstatt von **S. Kubacz, Uhrmacher Chausseestrasse 25.** Jede Uhr zu reinigen und reparieren, außer Bruch, 75 Pf. Neue Feder 75 Pf. Eigene Reparaturwerkstatt für Gold, Silber und optische Sachen. 15326

GENERAL-Fundbüro. 93. **Betten** Gardinen, Steppdecken, Vorhänge, Wasserbed., Teppiche, **Paletots** Bettvorleger, Tischdecken, Angige, Hosen, Opernpl., Remontorturen, Regulat., Uhrketten (potitill. Paudleise Reanberstr. 6.)
M. Krüger's Speise-Leinöl frisch und garantiert rein **NUR AUS** solchen Flaschen überall käuflich. Engros: Lager **SO., Skalitzerstr. 105.**

Möbel und Wohnungs-Einrichtungen zu Fabrik-Preisen. Eigene Werkstelle im Hause. [11109*] **Bukow, Invalidenstr. 13.** Lager: Barriere u. I. Etage.

Dr. med. Schaper, prakt. Homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Zahn-, Geschlechtsleiden. Franckenstr. 11. Sprechst. 9-1, 4-8. **Schöneberger Ufer 25.**

Homöopath. Poliklinik: Montag, Mittwoch, Sonnabend 10-12, 2-4. **Friedrichstraße 111. I. [1086L*]**
Möbel, einzeln wie in ganzen Wohnungs-Einrichtungen, solid und billig. Gebrauchte u. verliesen gemessene Möbel zu besonders niedrigen Preisen je p. **Oranienburgerstr. 91 im Laden.**

Möbel-Ausstellung
des Kaufhauses
166. Oranien-Strasse 166,
am Oranienplatz.

Selten günstiges Angebot!
Dauerhafte Auszieh-Tische Mk. 14,90.
Bettstelle, nussbaum poliert mit Federmatrasse u. Keilissen, dauerh. Polster, gut. Preis **24,-.**
Schlafsofa mit Sitzauszug, gutem Polster und dauerhaftem Bezug Mk. 33,-.

Kleiderschrank m. Muschelaufsatz Mk. 26,-.
Küchenspind mit Muschelaufsatz Mk. 20,-. [1100L*]
Dauerhafter Küchentisch Mk. 6,-.